

38. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Dezember 2009, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 2978

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayerische Klimaschutzziele verschärfen - Klimaschutzprogramm fortschreiben
(Drs. 16/2956)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD)

**Klimakonferenz in Kopenhagen:
Bayern braucht eigene Ziele und Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel** (Drs. 16/2959)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)

Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa machen: Klimaprogramm Bayern 2020 fortschreiben (Drs. 16/2977)

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 2978 2983 2987 2990

Ludwig Wörner (SPD)..... 2980 2991

Markus Blume (CSU)..... 2982 2984

Thorsten Glauber (FW)..... 2984 2985 2991

Maria Scharfenberg (GRÜNE)..... 2985

Tobias Thalhammer (FDP)..... 2985 2986 2987

Staatsminister Dr. Markus Söder..... 2988 2990

2991 2992

Dr. Christian Magerl (GRÜNE)..... 2992

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/2956..... 2993

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/2959... 2993

Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/2977..... 2993

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)

Schuldenpräventionsprogramme für Jugendliche (Drs. 16/2957)

Brigitte Meyer (FDP)..... 2993

Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 2994

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 2994

Dr. Linus Förster (SPD)..... 2995

Thorsten Glauber (FW)..... 2996

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 2997

Staatssekretär Markus Sackmann..... 2997

Beschluss..... 2998

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU), Dr. Otto Bertermann, Karsten Klein, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)

Häusliche Pflege erleichtern (Drs. 16/2958)

Joachim Unterländer (CSU)..... 2998 3000

Christa Steiger (SPD)..... 2999 3000 3005

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter

Bauer (FW)..... 3000

Renate Ackermann (GRÜNE)..... 3002 3007

Dr. Otto Bertermann (FDP)..... 3004

Manfred Ländner (CSU)..... 3005

Staatssekretär Markus Sackmann..... 3006 3007

Beschluss..... 3007

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Markus Reichhart und Fraktion (FW)

Besetzung des Verwaltungsrats bei der Bayerischen Landesbank (Drs. 16/2960)

Hubert Aiwanger (FW).....	3007	3008
Ernst Weidenbusch (CSU).....	3008	3009 3010
Bernhard Pohl (FW).....	3010	
Volkmar Halbleib (SPD).....	3010	
Inge Aures (SPD).....	3011	
Eike Hallitzky (GRÜNE).....	3012	
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP).....	3013	
Staatsminister Georg Fahrenschon.....	3014	

pers. Erklärung gem. § 112 GeschO

Dr. Günther Beckstein (CSU).....	3016
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1).....	3016
Ergebnis der namentlichen Abstimmung	3018

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reformbedarf am "Feldversuch G 8": Q-11-Misere stoppen! (Drs. 16/2961)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)

Q-11-Schülerinnen und -Schüler sind keine Versuchskaninchen - Sofort die Lernbedingungen in der G-8-Oberstufe verbessern (Drs. 16/2976)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Neue Oberstufe am Gymnasium begleiten (Drs. 16/2978)

Thomas Gehring (GRÜNE).....	3016	3017	3028
Ulrike Gote (GRÜNE).....	3017		
Karin Pranghofer (SPD).....	3018	3019	
Isabell Zacharias (SPD).....	3019		
Georg Eisenreich (CSU).....	3019	3021	
Theresa Schopper (GRÜNE).....	3020		
Eva Gottstein (FW).....	3021	3025	
Renate Will (FDP).....	3022	3023 3024	3025
Sepp Daxenberger (GRÜNE).....	3023		
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	3025	3026	
Harald Güller (SPD).....	3026		

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 3026 3028
3029

Horst Arnold (SPD)..... 3029

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag
16/2961..... 3030

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/2976...
3030

Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/2978 (s. a. Anlage 2)..... 3030

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 3035

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP)

Bericht zu Laserangriffen auf Flugzeuge (Drs. 16/2962)

Verweisung in den Innenausschuss 3030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

Zweite Säule der Forschungsförderung ausbauen! (Drs. 16/2963)

Verweisung in den Hochschulausschuss 3030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Bayer u. a. und Fraktion (SPD)

Ablehnung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes - Bayerische Interessen im Bundesrat vertreten (Drs. 16/2964)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 3030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FW)

Dialogforen ergebnisoffen führen (Drs. 16/2965)

Verweisung in den Bildungsausschuss 3030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehrbelastungen für Bayerns Bürgerinnen und Bürger verhindern

Keine Zustimmung zum so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat

(Drs. 16/2966)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 3030

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FW)

Vergütungspflicht für Strom aus Photovoltaikanlagen im Erneuerbare-Energien-Gesetz auf ursprüngliche Grünlandflächen ausdehnen

(Drs. 16/2967)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 3030

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Präsidentin Barbara Stamm..... 3030

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)..... 3031

Staatsminister Joachim Herrmann..... 3033

Schluss der Sitzung..... 3035

(Beginn: 09.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen in dieser frühen Morgenstunde. Es sind erstaunlich viele hier.

(Heiterkeit)

Ich eröffne die 38. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Klimaschutzziele verschärfen - Klimaschutzprogramm fortschreiben
(Drs. 16/2956)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD)
Klimakonferenz in Kopenhagen:
Bayern braucht eigene Ziele und Beiträge im Kampf gegen den Klimawandel (Drs. 16/2959)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u. a. und Fraktion (FDP)
Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa machen: Klimaprogramm Bayern 2020 fortschreiben (Drs. 16/2977)

(Unruhe)

- Nachdem Ruhe eingetreten ist, können wir jetzt anfangen. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Hartmann. Herr Kollege Hartmann, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal schönen guten Morgen. Ich freue mich, dass doch einige zu dieser Zeit schon hier sind. Ein Teil

der SPD-Kollegen hat wahrscheinlich gestern etwas zu lange gefeiert.

(Harald Gller (SPD): Na, na, na! - Unruhe)

Bei den GRÜNEN sieht es leider auch nicht besser aus, zugegeben. Aber ich freue mich, Herr Söder, dass Sie noch pünktlich zur Debatte gekommen sind.

(Zuruf von der CSU: Zwei GRÜNE, die hier sind! Darüber wollen wir nicht reden!)

"Wäre die Welt eine Bank, Ihr hättet sie längst gerettet." Dieser Text stand am 6. März dieses Jahres in ganz großen Lettern auf einem Transparent an der Hypo Real Estate in der Nähe der Bayerischen Staatskanzlei. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind die Milliarden-summen, die damals an Steuergeldern in die Hypo Real Estate gepumpt worden sind, längst Geschichte.

Diese Woche haben wir in diesem Parlament heftig über die Milliarden debattiert, die der bayerische Steuerzahler in die Bankenwelt gepumpt hat - ein bitteres Zeichen einer Kontinuität, die immense staatliche Verschuldung nach sich zieht und immer wieder immense Summen in ein fehlgeleitetes Finanzsystem pumpt.

Die andere Seite: Für die Eindämmung des Klimawandels fehlt es an Geld, obwohl die Schuldfrage eigentlich längst geklärt ist: Die Verursacherlnder und die Opferlnder stehen fest. Es liegt auf der Hand, wer hier zu zahlen hat.

Trotzdem: Erst vorgestern hat die Kanzlerin Merkel den dreisten Versuch gestartet - das fand ich sehr erstaunlich -, die Transferleistungen, die für die Entwicklungsländer als Entwicklungshilfe bereits zugesagt worden sind, in die neuen Gelder einzurechnen. Also, wie man auf die Idee kommen kann, ist mir schleierhaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Menschen blicken gespannt nach Kopenhagen, und es ist in der Tat durchaus eine bedeutende Verhandlungsrunde. Es ist dringend notwendig und auch wünschenswert, ein internationales Abkommen zu bekommen. Das steht außer Frage. Aber eines muss uns allen doch bewusst sein: Es wird ein Konsens, ein Kompromiss sein zwischen Vorreitern und den Bremsern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren in diesem Hohen Haus, ich hoffe, dass wir uns alle einig sind, dass dieser Kompromiss, der in Kopenhagen erzielt wird, sicher nicht die Messlatte und nicht das Ziel der bayerischen Klimapolitik sein kann. Wir haben den Anspruch, nicht Mittelmaß zu sein, sondern wir müssen Vorreiter sein.

Schauen wir uns doch einmal die Bilanz der bayerischen Klimapolitik der letzten Jahre an. Nach der offiziellen Darstellung der Staatsregierung ist alles ganz hervorragend. Die Pro-Kopf-Emission an CO₂ ist in Bayern weit unter dem Bundesdurchschnitt. Was wollen wir eigentlich mehr?

Wenn man sich diese angebliche Spitzenposition Bayerns genauer betrachtet, kommt man schnell auf mehrere Punkte.

Erstens. Die historisch geschaffene Wasserkraft, die vor über 90 Jahren mit Oskar von Miller ihren Anfang nahm, trägt immer noch zu 15 % bis 20 % zur Stromversorgung bei. Das ist auch gut so.

Im Weiteren kommt der hohe Atomstromanteil in Bayern von fast 60 % hinzu. Er wurde damals durch den Wirtschaftsminister und vor allem durch Franz Josef Strauß vorangetrieben und hat uns in den Siebziger- und Achtzigerjahren in die Abhängigkeit von dieser gefährlichen Technik gebracht.

Eine ernsthafte Klimapolitik der Bayerischen Staatsregierungen der letzten 20 Jahre ist nicht zu erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das lässt sich an drei Punkten, an drei Ländervergleichen ganz deutlich darstellen.

Zum einen: Die energiebedingte CO₂-Emission ist in Bayern von 1990 bis 2006 um 2,1 % gefallen. Der Bundesschnitt liegt bei 17,3 %. Mir ist klar, jetzt kommt gleich der Einwand: Die DDR ist zusammengebrochen und alles liegt daran. Aber Bayern liegt im Bundesvergleich bei der Reduzierung der CO₂-Emission auf Platz 13, während nur fünf neue Bundesländer beigetreten sind. Daran sieht man: Wir sind wirklich im hinteren Mittelfeld.

Ein zweiter Punkt. Von der CSU wurde in den letzten Tagen immer wieder die Pro-Kopf-Emission an CO₂ in die Debatte geworfen. Auch hier ist etwas erstaunlich: Bundesweit sind die Pro-Kopf-Emissionen in dem genannten Zeitraum um 2,4 Tonnen zurückgegangen - das sind über 20 % -, in Bayern um 0,8 Tonnen, das sind knappe 10 %. Das heißt, wir sind im bundesweiten Vergleich wieder nur auf Platz 11, also auch nicht in der Spitzenposition.

Am drastischsten wird es deutlich beim Thema erneuerbare Energien im Stromnetz. Vor zehn Jahren war Bayern Spitzenreiter, ganz vorn in Deutschland. In den letzten Jahren wurden wir von anderen Ländern überholt und sind im Bundesvergleich auf Platz 6 abgerutscht, und die Tendenz ist sogar weiter fallend. Da

muss ich schon sagen: Spitzenpositionen und Vorreiterrollen sehen anders aus.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Aber abgesehen von der realen Klimapolitik in Bayern ist auch erstaunlich: Selbst bei der Datenlage und beim Datenerheben im Bereich Klimaschutz hinkt Bayern wirklich richtig hinterher. Zum Beispiel ist Bayern im Länderarbeitskreis Energiebilanzen eines von drei Bundesländern, die bis zum heutigen Tage die Zahlen für 2006 noch nicht gemeldet haben. Zur Erinnerung: Wir haben jetzt bald 2010. Des Weiteren: Zum Beispiel beim Thema CO₂-Verursacherbilanz, vom gleichen Länderarbeitskreis Energiebilanzen erhoben, weigert sich Bayern als einziges Bundesland, die Zahlen zu melden. Warum eigentlich?

Das noch Erstaunlichere - es wurde lange vor meiner Zeit hier im Plenum immer wieder heftig diskutiert - ist das Klimaprogramm der Bayerischen Staatsregierung, 350 Millionen Euro schwer. Das klingt erst einmal gut, ist es aber nicht. Es ist eine Mogelpackung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur zwei Drittel dieser Gelder überhaupt fließen in die Minimierung von Treibhausgasen, und von diesen zwei Dritteln wiederum werden 80 % zur energetischen Sanierung staatlicher Gebäude hergenommen, was durchaus richtig und wünschenswert ist, aber eine große CO₂-Einsparung erreichen wir damit nicht; sie wird nur im Promille-Bereich liegen.

(Zuruf von der CSU: Wo denn sonst?)

Ein weiterer Punkt: Ein Thema, das ganz aktuell durch die Medien ging, ist, dass unser Umweltminister, zurzeit ja auch schon "Lebensminister" genannt, Markus Söder, in Sachen Klimaschutz eigentlich so gut wie gar nichts getan hat. Das Einzige, was ihm gerade eingefallen ist, besteht darin, der internationalen Climate Group beizutreten - eine Aktion, die nicht viel kostet und genauso viel bringt. Zudem ist die Climate Group gar nicht ganz unumstritten. Dort sind eine ganze Reihe von Unternehmen dabei, die auf den Ausbau der Atomkraft und beim Klimaschutz massiv auf die CCS-Technik setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben in der letzten Woche den Medien, auch der "Süddeutschen Zeitung", entnommen: Der renommierte Klimaforscher Hartmut Graßl, von Herrn Stoiber damals in den Bayerischen Klimarat berufen, hat harte Klimaziele gefordert. Als Zwischenziel bis 2020 sollten fünf Tonnen CO₂-Ausstoß pro bayerischem Bürger zugelassen sein. Was fällt unserem Umweltminister ein? Ihm fällt eigentlich nur ein, das Ziel auf 2030 zu verschieben und

sich so doppelt so viel Zeit zu lassen, wie es Professor Graßl gefordert hat.

Wie wir alle wissen - das ist unumstritten -, heißt das Ziel: zwei Tonnen pro Kopf CO₂-Ausstoß bis 2050. Dieses Ziel möchte eigentlich jeder erreichen.

Aber ich frage die Staatsregierung und den Minister Söder: Wie soll das eigentlich funktionieren? Sollen wir in den nächsten 20 Jahren den Ausstoß um 1,7 Tonnen pro Kopf reduzieren? Und wollen wir in den 20 Jahren danach drei Tonnen schaffen?

Wir alle wissen: Je näher wir an das Ziel von zwei Tonnen kommen, desto klarer wird, dass die letzten Tonnen die schwierigsten sein werden, während die ersten am einfachsten zu erreichen sind. Es kann nicht funktionieren, wenn wir mit wenig Reduktion anfangen und uns nachher steigern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bayerische Staatsregierung muss ihre Haltung zur Klimaschutzpolitik endlich überdenken und die Fehler korrigieren. Die Verstricktheit mit der Atomlobby und der Autoindustrie ist mit der Klimadebatte nicht vereinbar. Wir haben in Bayern viele Möglichkeiten, aktiven Klimaschutz zu betreiben. Es geht nicht nur darum, die staatlichen Gebäude zu sanieren.

Sie wissen genauso gut wie ich: Die Energieeinsparverordnung wird in vielen Fällen nicht eingehalten. Sie haben es in der Hand, die Kontrollen zu verschärfen. Die Vorgaben müssen eingehalten werden, damit später nicht nachsaniert werden muss.

Sie haben es in der Hand, die Kraft-Wärme-Kopplung in Bayern massiv auszubauen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass der konventionelle Kraftwerkspark von der Leistung, also vom Wirkungsgrad her grottenschlecht ist. Das gilt vor allem für die Atomkraftwerke. Deren Wirkungsgrad ist durchschnittlich 33 %.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Windkraft in Bayern ein Schattendasein führt. Wir haben in fast jedem Bundesland bei den erneuerbaren Energien einen höheren Anteil der Windkraft als der Fotovoltaik. In Bayern ist es genau umgekehrt. Wir haben mehr installierte Leistung bei den Solaranlagen als bei der Windkraft. Dabei ist die Windkraft viel wirtschaftlicher und kostengünstiger. Da gibt es einen massiven Nachholbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einen weiteren Bereich, in dem die Staatsregierung sofort handeln kann. Wir alle wissen, dass die Subventionierung des Flugverkehrs in der Klimaschutz-

debatte keine zukunftsweisende Maßnahme ist. Sie haben es in der Hand, die dritte Startbahn zu canceln, also nicht zu bauen.

Sie haben es in der Hand, für die Verkehrsprobleme Lösungen zu suchen und Gelder umzulenken, Gelder in den Nahverkehr zu bringen, statt zum Beispiel auf die A 94 zu setzen.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Elektroauto nur ein Teil der Lösung sein wird. Entscheidend ist, dass wir in den Städten mehr auf den öffentlichen Personennahverkehr setzen müssen. Lenken Sie doch einmal mehr Geld in diesen Bereich hinein. Sie haben viele Möglichkeiten, dafür etwas zu tun. Es ist höchste Zeit, aufzuwachen und ein Klimaziel zu setzen, das der weltweiten Lage, aber auch den Möglichkeiten Bayerns angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel kann ganz klar nur heißen: Bis 2020 müssen fünf Tonnen Pro-Kopf-Ausstoß bei CO₂ erreicht sein. Dahin müssen wir kommen. Sonst reden wir um das Thema herum und bewirken nichts.

Wir werden dem Antrag der CSU-Fraktion deshalb nicht zustimmen. Es ist ein netter Versuch, jetzt von unter sechs Tonnen zu sprechen. Aber das ist so eine Sache. Man schreibt vielleicht eine Fünf vor das Komma, und dann lässt man zusätzlich möglicherweise noch 5,999 Tonnen zu. Das kann es nicht sein. Bekennen Sie sich doch einmal zu dem Ziel von fünf Tonnen Pro-Kopf-Ausstoß bis 2020. Dieses Ziel ist erreichbar. Wir müssen es erreichen. Alles andere wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

Den SPD-Antrag können wir mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nicht erst seit Kopenhagen und Kyoto ist in Bayern das Thema Klimaschutz in aller Munde. Die Einzige, die den Mund immer furchtbar voll genommen, aber nichts realisiert hat, war die CSU. Deswegen freut es mich heute, dass Sie es geschafft haben, endlich über Ihren Schatten zu springen, zumindest in Teilen. Ihr Antrag hat in vielen Punkten die Positionen der SPD von vor acht Jahren übernommen. Herzlichen Dank! Guten Morgen!

Sie haben acht Jahre Klimaschutz verschenkt, mit all den Kosten und Problemen, die daraus entstehen. Sie wissen genauso gut wie wir, dass jeder Euro, der jetzt

investiert wird, 20 Euro Reparaturkosten spart. Diese Rechnung haben nicht wir aufgestellt, sondern Wissenschaftler. Offensichtlich hat Ihnen das gute Zureden auf der Zugspitze gut getan. Denn der Antrag ist erst danach entstanden, wie wir wissen. Offensichtlich hat Ihnen Herr Professor Graßl noch kräftig ins Gewissen geredet - sofern vorhanden. Er hat Sie offensichtlich davon überzeugt, dass die Reduktionsziele nicht ausreichen.

Allerdings sind Sie inzwischen wieder halbherzig geworden. Bisher haben Sie immer von sieben Tonnen gesprochen. Dazu hat Ihnen Herr Graßl gesagt: Das haut so nicht hin; Sie müssen schneller werden. Jetzt reden Sie von sechs oder fünf Tonnen, statt ein mutiges Ziel zu definieren, an dessen Erreichung wir alle arbeiten sollten. Es darf nicht sein, dass wir die Sache hinaziehen und hinauszögern bis zum letzten Moment, um das Zukunftsziel von zwei Tonnen zu erreichen. Man muss heute daran herangehen, und zwar möglichst schnell.

Sie versuchen immer - vorsichtshalber muss man wohl sagen: Teile von Ihnen versuchen es -, einen Widerspruch zwischen Arbeitsplatz und Zukunft aufzubauen. Die meisten Arbeitsplätze werden künftig in diesen Technologien entstehen, ganz egal, um welchen Sektor es sich handelt. Wir sind schon heute auf einem guten Weg dorthin. Aber wir müssen das Ganze noch beschleunigen und politisch so begleiten, wie es meine Fraktion seit Jahren fordert.

Dazu gehört nun einmal, dass Sie, Herr Minister, mit Ihren Rechenkunststücken aufhören, mit denen Sie die Dinge schönrechnen wollen. Dazu gehört auch eine konsequente Überwachung. Wir können nicht fordern, dass KfW-50-Häuser und KfW-40-Häuser gebaut werden. Denn wenn man diese Häuser näher untersucht, stellt man fest, dass sie die Anforderungen nicht erfüllen. Wegen der freiwilligen Selbstkontrolle der Architekten kommen wir da ins Stolpern.

Es wäre gut, wenn wir kontrollierten, was die Leute da auf den Markt werfen. Wir müssen kontrollieren, ob die Vorgaben tatsächlich erfüllt werden. Wann haben Sie zuletzt einen solchen Bau einmal kontrolliert? In Bayern noch nie! Sie machen das noch nicht einmal bei den eigenen Gebäuden. Damit rechnen Sie sich's schön.

Dass Menschen, die solche Häuser kaufen, gelegentlich über den Tisch gezogen - um nicht zu sagen: betrogen - werden, ist ein weiteres Beispiel dafür, dass wir uns hier schönrechnen und schönreden, statt konsequent zu überwachen. Denn wir müssen doch erstens sicherstellen, dass Menschen, die für eine Leistung zahlen, nicht betrogen werden. Zweitens müssen wir sicherstellen, dass wir uns nicht in die eigene Tasche

lügen. Sonst werden die CO₂-Bilanzen überhaupt nicht mehr stimmen. Das fällt auf uns alle zurück. Deswegen ist es wichtig, in dieser Richtung weiterzumachen.

Richtig begeistert hat mich, dass Herr Professor Graßl in seiner offenen Art festgestellt hat, dass das niederbayerische Werk ein Fossil ist. Damals hat Herr Huber auf Herrn Stoiber eingewirkt, um eine CO₂-Bilanz zu bekommen, die nicht unseren Vorstellungen entspricht. Offensichtlich ist er immer noch der Schutzpatron der Kernenergie. Wenn er das bleiben will, muss er sich gegen die bayerische Bevölkerung stellen. Die ist auf diesem Weg viel weiter.

Wir wollen aus der Kernenergie heraus, und zwar so schnell wie möglich. Wenn Sie sagen, es handle sich um eine Brückentechnologie, dann beruht das auf Ihrer Erklärungsnot, in der Sie sich in dieser Frage befinden. Sie wissen genau, dass die Menschen das Zeug nicht mehr wollen. Aber Sie halten weiterhin daran fest, in der Hoffnung, dass es einen Schwenk gibt. Da werden Sie sich irren. Die Menschen wollen das nicht, weil sie sich nicht Millionen von Jahren der Zukunft durch eine überkommene, alte Technologie, die längst erledigt ist und nur in den Köpfen mancher CSU-Leute steckt, verbauen lassen wollen.

Das wird sich noch geben. Wir haben gerade erlebt, dass Sie in der Frage des Pro-Kopf-Ausstoßes und auch in vielen anderen Dingen einen Schwenk machen.

Ich erkenne an, dass es in der CSU beim Klimaschutz einen gewissen Wandel in den Köpfen gibt. Das ist offensichtlich auch jungen Abgeordneten geschuldet, die die Dinge ernster nehmen als die Vorgänger. Über den Wandel freue ich mich. Aber es ist ein halbherziger Schritt. Wir müssen die Entwicklung beschleunigen. Wir müssen mehr tun. Bei den Anreizprogrammen dürfen wir nicht immer darauf warten, was uns der Bund gibt, sondern müssen letztlich selber kräftig dazulegen. Dies haben wir nicht getan.

Das beste Beispiel ist das von Ihnen so groß propagierte Programm zur Sanierung staatlicher Gebäude. Dieses Programm haben Sie mit Mitteln ausgestattet, die geradezu lächerlich sind. Wenn wir das Programm mit den Mitteln, die Sie bereitstellen, durchziehen, brauchen wir 25 Jahre. 25 Jahre lassen Sie das Klima warten, selbst bei den staatlichen Gebäuden, statt eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Im Übrigen könnten damit aufgrund niedrigerer Heizkosten viele Steuermittel eingespart werden. Stattdessen lässt man es tropfen und tröpfeln. Ich vermisste im Übrigen auch dort die ehrliche Bilanz, ob die Ziele, die wir uns gesetzt haben, mit dem, was wir verbauen, tatsächlich erreicht werden. Es wäre spannend, zu überprüfen und zu evaluieren, was dort los ist.

Mit Genugtuung nehme ich zur Kenntnis, dass Sie sagen, dass die Taktiererei, die Minister Schnappauf als Luftblasen- und Sonntagsredner begonnen und die Herr Söder fortgesetzt hat, nun unterbrochen wird, weil gesagt wird: Wir müssen das, was wir wollen, auch dahin gehend evaluieren, ob es erreicht wird. Das war bisher nicht der Fall; das hat man bisher verweigert. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie das jetzt zusammen mit uns wollen. Wir sind gespannt, wie diese Berichte ausfallen werden und vor allem, welche Konsequenzen wir daraus ziehen werden, ob wir bei solchen Fragen nicht wieder doch mehr ins Ordnungsrecht gehen müssen, statt auf freiwillige Selbstverpflichtungen zu setzen. Das wird uns nämlich auf Dauer nicht weiterbringen. Nein, Kolleginnen und Kollegen, ganz im Gegenteil: Wenn wir das, was wir selbst alle zusammen - das sage ich ausdrücklich - angerichtet haben, korrigieren wollen, müssen wir dies schleunigst gemeinsam tun, aber auch dafür Sorge tragen, dass das, was wir wollen, auch kontrolliert und evaluiert wird, um sicherzustellen, dass dies nicht wieder Luftblasen werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir jährlich nachjustieren. Es kann auch einmal sein, dass ein falscher Weg dabei ist; das will ich gar nicht bestreiten. Wir bewegen uns auf einem neuen Feld.

Wir bitten Sie deshalb, unserem Antrag zuzustimmen. Wir hätten Ihrem Antrag gerne zugestimmt, wenn Sie die Kernenergie und alle anderen wesentlichen Punkte, die in unserem Antrag stehen und wesentlich weitergehend sind als in Ihrem Antrag, aufgenommen hätten. Wir werden uns bei Ihrem Antrag enthalten und dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Markus Blume das Wort.

Markus Blume (CSU): Guten Morgen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Wir beschäftigen uns heute mit einem Thema, nämlich dem Klimaschutz, bei dem wir im Grunde genommen alle an einem Strang ziehen müssen, weil wir am Ende alle im selben Boot sitzen. Insofern bin ich der Opposition durchaus dafür dankbar, dass sie das Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, weil es natürlich nicht reicht, nur nach Kopenhagen zu blicken und zu hoffen, dass dort gute, ambitionierte Ziele formuliert werden. Klimaschutz ist am Ende immer eine praktische Angelegenheit, bei der es darauf ankommt, konkret im eigenen Wirkungsbereich Verbesserungen zu erzielen, die auf CO₂-Vermeidung gerichtet sind.

Damit enden aber leider auch schon die Gemeinsamkeiten; denn wenn ich mir die Anträge der Opposition, sowohl der GRÜNEN als auch der SPD, ansehe, muss

ich feststellen, dass Sie alleine bei den Zielen stehenbleiben und an dieser Stelle Ihren üblichen ideologischen Überbau leider nicht verlassen können. Besonders an Sie gerichtet, Herr Hartmann, muss ich ehrlich sagen - das möchte ich vorwegschicken -, dass ich fast davon enttäuscht bin, dass es Ihnen nicht gelungen ist, in Ihrem Antrag die Kernenergie unterzubringen; denn sonst lassen Sie ja keine Gelegenheit aus, eine Debatte über die Kernenergie zu führen.

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, was Bayern in den letzten Jahren beim Klimaschutz erreicht hat. Bayern hat über Klimaschutz gesprochen und hat Klimaschutzprogramme aufgelegt, als Sie vermutlich noch zur Schule gegangen sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben seit 2000 ein Klimaschutzkonzept mit ambitionierten Zielen, mit konkreten Maßnahmen, die am Ende auch Wirkung entfalten. 2003 ist es fortgeschrieben worden. 2007 ist es sehr ambitioniert fortgeschrieben und mit einem gewaltigen, einem wuchtigen Haushaltsvolumen unterlegt worden. Wir sprechen immerhin über 350 Millionen Euro. Das ist eine Hausnummer, die Sie zur Kenntnis nehmen müssen. Das hat auch dazu geführt, dass Bayern heute - das haben Sie ja zugestanden - beim Klimaschutz Vorreiter ist. Man kann nicht immer nur auf die prozentualen Veränderungen blicken, sondern wir müssen auch sehen, wo wir heute stehen. Heute wird in Bayern pro Kopf ein Drittel weniger CO₂ ausgestoßen als im bundesweiten Durchschnitt. Das ist eine Zahl, die Sie bitte zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben völlig Recht: Klimaschutz stellt uns vor eine gewaltige Aufgabe, der wir uns auch stellen müssen. Da kann man gar nicht gut genug sein; das steht völlig außer Frage. Man darf dann aber nicht nur über Ziele reden, sondern man muss auch über konkrete Maßnahmen sprechen. Lieber Herr Hartmann, da bleibt Ihr Antrag reichlich unkonkret: Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung - was denken Sie denn, was im Bayerischen Klimaschutzprogramm steht? Ausbau der erneuerbaren Energien - ja was passiert denn in Bayern im Moment? Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass in Bayern weltweit die größte Fotovoltaikkapazität installiert ist. Ob das gut oder nicht gut ist, sei dahingestellt. Daran sehen Sie aber, dass hier etwas passiert. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Verstärkte Sanierung der öffentlichen Liegenschaften - jawohl, man könnte mehr machen. Wir machen viel und setzen 150 Millionen Euro für die Sanierung von öffentlichen Gebäuden ein, übrigens der Bereich, in dem sich CO₂ am effizientesten vermeiden lässt.

Zum SPD-Antrag gerichtet, Herr Wörner: Wir sind uns, das ist auch bei Ihnen deutlich geworden, im Grunde darin einig, wohin wir wollen und dass wir uns insgesamt auf einem sehr ambitionierten Pfad befinden. Ich muss Ihnen aber sagen: Ziele zu haben, von mir aus auch ambitionierte Ziele zu haben - wir können über eine Tonne hin oder her reden - ist gut, aber nicht ausreichend. Deswegen möchten wir weder dem Antrag der GRÜNEN noch dem Antrag der SPD zustimmen, sondern umgekehrt um Unterstützung für unseren Antrag werben, weil wir glauben, dass sehr viel mehr damit gewonnen ist, auf das Konkrete zu schauen, bei dem wir am Ende des Tages tatsächlich eine Verbesserung erreichen können.

Ganz konkret sehen wir zwei Handlungsfelder, in denen wir tätig werden müssen. Das eine ist völlig unzweifelhaft: Nach Kopenhagen, was immer dort auch herauskommen mag - wir alle hoffen natürlich, dass dort ein großer Wurf gelingt -, wird es notwendig sein, das bayerische Klimaschutzprogramm mit ambitionierten Zielen anzupassen. Man kann durchaus sagen: deutlich unter sechs Tonnen. Das ist ein Ansatz, und das heißt nicht 5,99, lieber Herr Hartmann, sondern "deutlich unter" ist nach meinem Verständnis etwas anderes. Natürlich ist es notwendig, dass wir auch ein genaueres Monitoring, eine genauere Evaluation dessen hinbekommen, wo wir stehen. Hierfür ist es natürlich nicht hilfreich, lieber Herr Wörner, wenn wir, wie in Ihrem Antrag gefordert, jährlich einen Klimaschutzbericht bringen; denn dann bewegen wir uns in einem Bereich statistischer Schwankungen, in dem sich keine sinnvollen Aussagen treffen lassen. In einem Jahr eines Wirtschaftsrückgangs stehen wir in der CO₂-Bilanz plötzlich sehr gut da. Das ist aber nichts Nachhaltiges. Wir müssen also über angemessene Zeitabstände sprechen.

Wir müssen dann den Blick auf das richten, was uns in Bayern bewegt, nämlich insbesondere die Situation im Alpenraum. Wir haben sehr viel dramatischere Veränderungen zu bewältigen als viele andere Länder in der Region. Wir müssen über die Energieoptimierung öffentlicher Gebäude sprechen, weil die energetische Gebäudesanierung der Bereich ist, in dem man mit jedem eingesetzten Euro am meisten CO₂ vermeiden kann. Wir müssen natürlich auch beachten, welche Wirtschaftsstruktur wir in Bayern haben. Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik waren nie ein Widerspruch und sind auch kein Widerspruch. Es besteht die Chance, Bayern zum Elektromobilitätsland Nummer 1 zu machen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Es schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern wird uns am Ende auch helfen, die Emissionen gerade im Verkehrsbereich wesentlich zu reduzieren.

Wir müssen auch über die Forschung sprechen. In den vergangenen Jahren wurde schon viel gemacht; wir

können aber sicherlich noch nachlegen. Das ist die eine Säule, in der es um das Klimaschutzprogramm und um dessen Überarbeitung im Lichte von Kopenhagen geht.

Die andere Seite - das ist ein Blickwinkel, der mir persönlich auch sehr wichtig ist - ist, dass wir bei allem, was wir tun, die Kostenkurve im Auge behalten. In den letzten Jahren haben wir leider die Situation gehabt, dass an manchen Stellen Wildwuchs entstanden ist. Man hat gesagt: Hier steht Öko drauf; hier lässt sich CO₂ vermeiden; rein damit. Man hat aber nicht gesehen, welche Vermeidungskosten entstehen. Wir halten es für erforderlich, dass der Energieatlas, der sich in der Entwicklung befindet, unter diesem Blickwinkel den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen, den Unternehmen und der öffentlichen Hand insgesamt eine gewisse Handreichung darüber gibt, welche Maßnahmen sinnvoll sind. Der Energieatlas ist ein ambitioniertes Projekt, das wir nachhaltig unterstützen. Wir würden uns wünschen, dass sich daraus am Ende eine Art CO₂-Leitfaden entwickeln ließe, ein Leitfaden zur Vermeidung von CO₂, und zwar zu einer kosteneffizienten Vermeidung.

Wir sehen insgesamt drei Bereiche, bei denen wir ansetzen müssen. Ein Bereich ist die Energieeffizienz, und zwar in allen Bereichen: Gebäude, Verkehr und Energieerzeugung. Ein weiterer Bereich sind neue Energien. Es ist klar: Wir müssen den Energiemix weiterentwickeln. Wir haben Ziele, die immer noch ambitionierter sein können; sie müssen aber auch auf bayerische Gegebenheiten passen. Wir haben nun eben einmal nicht so viel Wind wie an der Nordsee, und bei uns scheint nun eben die Sonne nicht so oft wie in anderen Ländern. Das möchten wir mit unserem Antrag, gerne auch im Wettbewerb um ambitionierte Ziele, erreichen. Aber wichtig ist es am Ende, im finanziellen Rahmen auch das Vernünftige zu tun. Das möchten wir mit unserem Antrag erreichen, und dafür werben wir um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Blume, kommen Sie bitte schön noch einmal an das Rednerpult zurück, denn der Herr Kollege Hartmann hat sich ganz am Schluss noch schnell zu einer Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege Blume, ich habe noch eine Frage zur Kraft-Wärme-Kopplung. Sie haben angesprochen, dass die Staatsregierung diese weiter fördern möchte. Wie passt es eigentlich zusammen, dass in der vorletzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses einem Antrag der FDP-Fraktion zugestimmt wurde, wonach die Regelung, dass Biogas nur

in Kraft-Wärme-Kopplung verwendet werden darf, im Erneuerbaren-Energie-Gesetz über eine Bundesratsinitiative gestrichen werden soll, da man doch eigentlich die Kraft-Wärme-Kopplung fördern möchte? Soweit mir noch bekannt ist, habe ich im Papier des Wirtschaftsministeriums vom Frühsommer dieses Jahres zur Energiesicherheit in keinem Punkt die Kraft-Wärme-Kopplung gelesen. Es war eine ganze Reihe aufgezählt, was man machen möchte. Aber nirgendwo stand die Kraft-Wärme-Kopplung. Wie passt das eigentlich mit Ihrer Aussage zusammen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Blume, bitte schön.

Markus Blume (CSU): Lieber Herr Hartmann, ich habe Ihnen vorhin schon erklärt, dass die jeweilige Lösung passgenau sein muss. Man kann generell die Aussage machen: Die Kraft-Wärme-Kopplung hilft uns, mit der Energie effizienter umzugehen, sie hilft uns, nicht nur Strom, sondern gleichzeitig die Wärme zu nutzen. Nur: Es muss jeweils passgenau sein. Da reicht es nicht zu sagen, wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung in der Fläche ausdehnen. Ich möchte darauf hinweisen, es gibt Situationen, wo heute Industrien, die in großem Maße in die Kraft-Wärme-Kopplung gegangen sind, gar nicht mehr in der Lage sind, die Wärme wegzubekommen. Das heißt, die Kraft-Wärme-Kopplung kommt irgendwo an ihr Ende. Es muss also alles im vernünftigen Rahmen stattfinden. Und das bitte ich Sie bei dieser Diskussion zu sehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster hat der Herr Kollege Thorsten Glauber das Wort. Bitte schön, Herr Glauber.

Thorsten Glauber (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Klimaprogramm 2020 der Bayerischen Staatsregierung ist oberflächlich und schwammig, lieber Herr Blume. Die Ziele sind unexakt definiert. Eine Erfolgskontrolle ist nicht eingebaut. Ein visionärer Klimaschutz sieht anders aus. Ich denke, es ist heute nicht für eine Lobhudelei und nicht dafür geeignet, sich selbst zu loben. Sich zurückzulehnen und sich auf dem verhältnismäßig niedrigen CO₂-Fußabdruck auszuruhen, ist völlig unangebracht.

Bayern muss Vorbildfunktion übernehmen. Wir müssen beim Klimaschutz die Vorreiterrolle übernehmen. Wir haben innovative Unternehmen und die Möglichkeiten, dort diese Vorreiterrolle zu stärken.

Beim Klimaprogramm 2020 haben Sie 150 Millionen Euro für die energetische Sanierung eingestellt. Wenn wir unser Abenteuer anschauen, das wir jetzt in Österreich erlebt haben, hätten wir für diese 3,75 Milliarden

all unsere öffentlichen Gebäude, all unsere Staatsgebäude energetisch sanieren können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Schauen Sie den Energieverbrauch unserer staatlichen Gebäude an. In welch erheblichem Maße werden unsere Haushalte belastet! Welch eine Entlastung wäre möglich gewesen! Wenn wir jetzt nach Kopenhagen schauen, wäre es wünschenswert, dass von Kopenhagen zum Beispiel ein Signal für den Luftverkehr ausgeht. Denn der Luftverkehr ist der größte Klimakiller und Klimabelaster. Es wäre endlich notwendig, dass für das Hätschelkind Luftverkehr eine weltweite Kerosinststeuer eingeführt wird. Das wäre unserer Umwelt geschuldet. Hier könnte die Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle übernehmen, und dafür könnte Bayern einen Anstoß geben.

Kommen wir auf die drei Anträge zu sprechen:

Der Antrag der GRÜNEN ist für mich inhaltlich sehr gut. Leider konnten wir uns mit den GRÜNEN nicht darauf verständigen, dass wir beim Thema "Straßenbau" den Straßenerhalt streichen. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag leider der Stimme enthalten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Bei dem Antrag der SPD-Fraktion halten wir Ziffer IV 10, wonach die Gewinne der Bayerischen Staatsforsten wieder vollständig in den Aufbau neuer Mischwälder investiert werden, für zu weitgehend. Es muss schon möglich sein, dass auch Einnahmen im Haushalt zum Beispiel für Bildung und Soziales investiert werden können. Also hier nur zu sagen, wir brauchen diese Mittel ausschließlich wieder für den Aufbau der Forsten, ist für uns zu weitgehend.

Als Letztes haben wir den Antrag von CSU und FDP vorliegen. Hier möchte ich die Elektromobilität herausgreifen. Am 23. Juni haben wir in diesem Haus schon einmal über die Chancen des Klimaschutzes und der Klimawirtschaft diskutiert. Zwei Millionen neue Jobs wären möglich; 750.000 hat die Automobilindustrie, eine Million könnten in der Öko-Energie geschaffen werden. Nehmen wir etwa die Elektromobilität: Wir haben ein Programm der Staatsregierung und wir investieren in die Region Nürnberg/Fürth 115 Millionen Euro. Nehmen Sie diese 115 Millionen und stärken Sie die Region Nürnberg/Fürth in der Elektromobilität. Schaffen Sie dort Forschungsstandorte für Firmen, die auf dem Gebiet der Elektromobilität aktiv sind. Wir haben viele kleine Betriebe und Mittelständler. Wir haben in Oberfranken ein Konsortium aus Automobilzulieferern wie etwa ofraCar. Wenn wir diese mit unseren Unternehmen MAN, Cefar, ZF, Bose und Bosch flankieren, die alle im Automobilbau tätig sind, dann

werden wir den Standort Nürnberg/Fürth stärken können. Wir würden dann Strukturpolitik für Oberfranken betreiben, wenn wir dort tätig würden.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Schaffen Sie als Staatsregierung Anreize für die Elektrofahrzeuge. In China und in Japan wird das gemacht. Man wird uns dort wieder überholen, wie es beim Hybridmotor schon einmal der Fall war.

Zuletzt: Ich bin schon gespannt darauf, was uns zum Abschluss unser Lebensminister, Herr Dr. Söder, wieder vom Erhalt der Schöpfung, von der Wirtschaftskompetenz und von der Umweltkompetenz der Staatsregierung erzählen wird.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Wirtschaftskompetenz haben Sie in den letzten zwei Jahren verloren. Beim Umwelt- und Klimaschutz sind Sie dabei, Kompetenz zu gewinnen. Es ist wie bei einem Kleinkind: Wenn man es oft genug lobt, wird es beim Laufen immer besser werden. Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe gerade eine Anmeldung zur Zwischenintervention. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das ein bisschen früher machen würden, dann können wir uns darauf einstellen. - Bitte schön.

(Hubert Aiwanger (FW): Bewegung ist gesund, Bewegung schadet nicht!)

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Der Herr Glauber war so schnell fertig, deswegen war es so kurzfristig.

Herr Glauber, Sie sagten gerade, bei unserem Antrag könnten Sie die Kürzung der Finanzmittel für den Neubau von Straßen zu Gunsten des Straßenerhalts nicht mittragen. Sie von den Freien Wähler meinen, die Finanzmittel, die eingestellt worden sind und werden, muss man ausschöpfen. Da kürzen wir gar nicht. Sie wollen das dann umschichten. Aber Sie wollen es ausschöpfen. Meinen Sie nicht, dass es an der Zeit ist, dass auch in Bayern darüber nachgedacht wird, dass man nicht Neubauten von Straßen in dem Maße realisieren muss, wie man es früher gemacht hat, sondern dass man mehr auf den öffentlichen Personennahverkehr und die CO₂-Reduzierung setzen muss? Gerade in diesem Zusammenhang müssen Sie auch so etwas sehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Glauber, Sie haben das Wort.

Thorsten Glauber (FW): Das ist kein Widerspruch in sich. Denn wir haben nicht gesagt, dass wir den öffentlichen Nahverkehr nicht stärken wollen. Nur: Ich kann Ihnen sagen, es gibt genügend Haushalte, wie wir in der Kommunalpolitik immer wieder erleben, bei denen man sagt: Sobald eine Straße gebaut wird, stimmen wir Ihrem Haushalt nicht zu. Das ist halt leider nicht möglich. Wir müssen immer abwägen, was möglich ist. Deshalb können wir leider nicht zustimmen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster hat nun der Herr Kollege Tobias Thalhammer das Wort. Bitte schön, Herr Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte am Anfang meiner Rede die Feststellung, dass unser Konstrukt "Dringlichkeitsantrag" eine ganz besondere Dringlichkeit erfährt. Ich bedauere es außerordentlich und zeige mich davon auch enttäuscht, dass die Dänen soeben als Gastgeber von Kopenhagen verlaublich haben, dass sie das Ziel, ein umfassendes Klimaabkommen zu erreichen, aufgegeben haben. Ich bedauere das sehr, denn es werden hier auch Chancen für die kommenden Generationen aufs Spiel gesetzt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- "Ticker" lesen, liebe Fraktion der GRÜNEN. Wenn Sie Kopenhagen so intensiv verfolgen, werden Sie das sicherlich auch mitbekommen haben. Das kam soeben über den "Ticker".

Nichtsdestotrotz und vor allem deshalb ist es wichtig, dass wir nicht nur nach Kopenhagen schauen, sondern dass wir das Thema des Klimawandels heute auch hier im Hohen Haus des Bayerischen Landtags diskutieren und uns diesem Thema zuwenden. Ich glaube aber nicht, dass es - wie im SPD-Antrag gefordert - einer expliziten Feststellung bedarf, um die Bedeutung der Klimakonferenz als Ziel ins Bewusstsein des Bayerischen Landtages zu rücken.

Ich glaube auch nicht, dass wir den Bund auffordern und für das Thema sensibilisieren müssen. Denn gerade unsere Bundeskanzlerin hat sich stets für den Klimawandel eingesetzt und ist sogar in den hohen Norden gefahren, um das Abschmelzen der Gletscher zu beobachten.

(Lachen und Zurufe von den GRÜNEN)

Obwohl sie heute nicht mehr dort oben steht, hat sie das Abschmelzen festgestellt.

Im Übrigen ist Herr Rüttgers ebenfalls nach Kopenhagen geeilt, wobei da schon ein ambitionierter Spagat zu sehen ist. Heute bekämpft er in Kopenhagen den Treibhauseffekt und letzte Woche noch hat er den Bau neuer Kohlekraftwerke gefordert. Das ist spannend. Wir werden das weiter verfolgen.

Dennoch müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Klimawandel mit Vernunft begleiten und dürfen ihm nicht mit Hysterie begegnen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir werden ihn vielleicht eindämmen, jedoch nicht verhindern können.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns entsprechend anpassen. Anders als die GRÜNEN sind wir der festen Überzeugung, dass neben den vielen engagierten Bürgern und Bürgerinnen auch die Wirtschaft ein Teil der Lösung unserer Klimaprobleme ist. Natürlich müssen wir auch hier weiter sensibilisieren. Jedoch sind das Know-how und das technologische Potenzial gerade hier in Bayern vorhanden und hervorzuheben.

Ich möchte mich explizit für die Anstrengungen unseres Wirtschaftsministers Martin Zeil bedanken,

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

der von Anfang an ganz bewusst auf die Innovationen im Energiebereich gesetzt hat.

(Unruhe und Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Er hat die Umwelttechnologien unterstützt und geht mit bayerischen Unternehmen auf Reisen, um die Innovationen und die bayerische Umwelttechnologie von Bayern aus in die Welt zu tragen. Das ist ein wichtiger Beitrag für Bayern und ein wichtiger Beitrag generell für den Klimaschutz. Herzlichen Dank, Herr Staatsminister!

(Zurufe von den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Da klatscht ja gar niemand!)

Wie Sie wissen, stehen wir für eine vernünftige Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie und sind der Meinung, dass die Ökonomie langfristig nur gedeihen kann, wenn sie auf einer intakten Umwelt und der damit verbundenen Nachhaltigkeit basiert. Demzufolge sehen wir das prinzipielle Verhindern von Infrastrukturmaßnahmen, wie im Antrag der GRÜNEN gefordert, nicht für richtig an. Ich glaube, Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, sind da ökonomisch wie auch ökologisch auf dem Holzweg.

Wir wollen einen Energiemix der Zukunft, der die Kernenergie als Brückenenergie zu den erneuerbaren Energien hin vorsieht. Die Erlöse aus der Laufzeitverlängerung sollen in die Innovationsforschung für die erneuerbaren Energien gesteckt werden.

Es ist somit eine falsche Behauptung, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu sagen, dass die herkömmlichen Energien die erneuerbaren Energien behinderten. Im Gegenteil. Diese Behauptung wird auch nicht dadurch richtiger, wenn diese falsche Behauptung immer wieder formuliert wird.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hartmann zu?

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe noch sehr viele Sachen zu sagen, mit denen ich Herrn Hartmann weiter reizen werde; deswegen empfehle ich Ihnen, Herr Hartmann, Ihre Frage bis zum Schluss aufzuheben. Sie können dann gebündelt auf meine Rede eingehen.

(Heiterkeit bei den Freien Wählern - Theresa Schopper (GRÜNE): Schwerer Start für ihn! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gut, Herr Thalhammer, fahren Sie also fort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns alle einig, dass wir CO₂ vermindern und sorgfältig damit umgehen wollen. Aber, liebe SPD-Kollegen, in Ihrem Antrag prangern Sie zwar zu Recht das Abholzen der Tropenwälder an, weil natürlich jeder abgeholzte Baum weltweit uns von unseren CO₂-Zielen weiter entfernt. Aber bitte kehren Sie auch vor der eigenen Haustür. Statt nur auf den Tropenwald zu sehen, schauen Sie bitte auch mal in den Bayerischen Wald. Fernab der Heimat prangern Sie das Abholzen an und in Ihrer eigenen Heimat schauen Sie sang- und klanglos zu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer will denn den Nationalpark Steigerwald? Wer tritt denn dafür ein?)

Sie begrüßen es sogar, wenn sich der Borkenkäfer breitmacht.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wer will nun den Steigerwald?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Gote, regen Sie sich bitte ab!

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie schauen zu, wie der Borkenkäfer ungehindert hektarweise Bäume auffrisst.

(Erneute Zurufe von den GRÜNEN)

Jeden dieser Bäume würden wir dringend für den Abbau von CO₂ benötigen. Jeder vom Borkenkäfer zerfressene Baum forciert den Klimawandel.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir schwächen dadurch den Klimaschutz mit über drei Millionen Tonnen CO₂.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Menschen für den Klimawandel begeistern und dürfen nicht nur immer neue Bürokratie schaffen. Wir schaffen immer neue Regelungen. Eine immer neue Bürokratie ist nicht der richtige Weg, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Wir müssen es schaffen, nicht nur Freaks für einen vernünftigen Umgang mit unseren Ressourcen zu begeistern, und umwelt- und energieeffizient zu leben. Wir brauchen jeden einzelnen Bürger, auch die Bürger, die nicht als oberstes Lebensziel eine Steigerung der Energieeffizienz anstreben. Und um alle Menschen zu begeistern und mitzunehmen, brauchen wir demzufolge auch vernünftige und realistische Ziele. Wir müssen Überzeugungsarbeit leisten und weiter sensibilisieren.

Kopenhagen - ich habe auf den traurigen Verlauf hingewiesen - sollte Kyoto fortsetzen und erweitern. Ich glaube aber schon, dass mit Aktionen wie sie die Stadt Kyoto mit dem "Do you Kyoto?-Day" an jedem Sechzehnten im Monat vorlebt, an dem man die Leute mit Aktionen sensibilisieren und sie immer wieder darauf hinweisen möchte, wie wichtig es ist, mit unseren Ressourcen schonend umzugehen, etwas für den Klimaschutz erreicht werden kann.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie produzieren doch nur heiße Luft!)

Ich glaube, dass es uns dadurch gelingt, die Leute weiter zu sensibilisieren und zu begeistern.

Ich begrüße es auch, dass von Schulen Bäumen gepflanzt werden und sich Umweltminister Söder hierfür explizit einsetzt.

(Zurufe und Lachen bei den GRÜNEN)

Mit solchen Aktionen können wir neben den Freaks auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Wir sollten weiterhin auf Überzeugungsarbeit statt auf

neue Bürokratie setzen und uns nicht im Bürokratie-dschungel verzetteln.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zu einer Zwischenintervention hat nun der Kollege Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Thalhammer, Sie hätten die Zwischenfrage ruhig zulassen können, Sie wäre nicht lang geworden, denn Sie haben jetzt gar nicht so sehr viel Konkretes mehr gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur ganz kurz: Eines erstaunt mich doch. Ihr Antrag hat die Überschrift "Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa machen". Als Hauptkritikpunkt gegen unseren Antrag nennen Sie die Verkehrspolitik. Sieht denn die FDP den Bau der A 94 und den Bau der dritten Startbahn als Beitrag zum Klimaschutz? Habe ich das richtig verstanden? Wo wird das denn bei Ihnen kritisiert? Sie setzen auf die dritte Startbahn und auf den Ausbau der Straßen und sehen darin einen Beitrag zum Klimaschutz. Das passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Hartmann, ich glaube, dass ich meinen Satz zur vernünftigen Partnerschaft zwischen Ökologie und Ökonomie mittlerweile so häufig gesagt habe, dass er eigentlich bei jedem hier im Hohen Hause angekommen sein müsste. Bei Ihnen anscheinend noch nicht. Deshalb wiederhole ich ihn.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe formuliert, dass natürlich die Wirtschaft mitmachen muss. Wir brauchen aber eine funktionierende Wirtschaft, um uns Ökologie leisten zu können. Ich habe also gesagt, dass die Wirtschaft auch einen Teil zur Unterstützung unserer Klimaziele beitragen wird. Demzufolge brauchen wir eine starke Wirtschaft, um uns die Ökologie leisten zu können.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ach so!)

Gerade das Thema Flughafen haben wir gestern schon gehabt und können es auch immer wieder bringen, lieber Herr Hartmann. Der Münchner Flughafen ist eine Erfolgsgeschichte; er ist ein Garant für Arbeitsplätze und den Wohlstand in unserer Region und für ganz Bayern. Demzufolge müssen wir ihn auch unterstützen,

auch im Interesse dessen, dass wir Umweltschutz betreiben können.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Thalhammer. Als Nächster hat nun das Wort Herr Staatsminister Dr. Markus Söder.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ist heute ein wirklich wichtiger Tag, ein Tag der weit über die Debatte hinausgehen wird, die wir jetzt hier im Landtag führen. Die Bewegungsszenarien, die wir mit dieser Debatte hier erreichen, sind wahrscheinlich deutlich geringer als das, was wir an anderer Stelle, nämlich in Kopenhagen, erreichen wollen.

Manches Argument, das zwischenzeitlich ausgetauscht wurde, wird, ehrlich gesagt, dem Anlass nicht gerecht. Die Grundproblematik, vor der wir stehen, ist doch, dass Beschlüsse, die getroffen werden, das eine sind, die Änderung des Klimas aber sowieso vorstatten geht - und das ist das andere -, wenn die Politik weltweit nicht in der Lage ist, grundlegendere Maßnahmen zu treffen und diese Maßnahmen nicht nur durch große Beschlüsse und Reden vorzugeben, sondern sie untereinander auch einzuhalten. Diese Veränderung ist nicht nur eine Frage von schönem oder schlechtem Wetter. Sie wird am Ende die Menschen in allen Bereichen treffen. In manchen Ländern der Welt wird es nicht nur Wanderungsbewegungen geben, sondern zum Teil sogar kriegsähnliche Auseinandersetzungen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Oh!)

Darum ist das eine fundamentale Herausforderung, und darum ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, Anspruch und Auftrag eines jeden Einzelnen, egal wie er politisch denkt, egal wie er sich ideologisch einordnet, egal ob er der Regierung oder der Opposition angehört, seinen Fundamentalbeitrag zu bringen, das Klima in der Welt so zu behandeln, dass es auch für die nächste Generation noch verträglich ist.

Ich war am Dienstag in Kopenhagen. Verglichen mit dem Bericht des Vertreters beispielsweise der Malediven, erscheinen die Probleme, die wir haben, wie Luxusprobleme. Er hat schlicht und einfach davon berichtet, dass die Existenz seines Volkes überhaupt zur Disposition steht. Denn wenn der Meeresspiegel weiter so steigt, kann der Süßwasserbereich nicht mehr erreicht werden, sodass die Menschen wandern müssen. Das sind andere Probleme.

Auch wir stehen natürlich vor Herausforderungen, in Bayern aktuell. Der Umweltausschuss war letzte

Woche auf dem Schneefernerhaus dabei. Wir haben mit verschiedenen Klimaforschern diskutiert, welche Veränderungen sich für Bayern ergeben. Wenn die Gletscher schmelzen, wird sich nicht nur der Wasserhaushalt fundamental verändern mit mehr Hochwassergefahr im Süden und der Problematik von zu wenig Wasser im Norden. Die Flora und Fauna verändern sich. Wenn wir wissen, dass sich schon durch ein Grad Klimaveränderung die Vegetationszone um 200 bis 300 Meter in die Höhe verschiebt, wird die Frage sein, ob das Fichtelgebirge in 30 Jahren durch die umfassenden Veränderungen des Waldökosystems überhaupt noch seinen Namen tragen kann. - Dies, meine Damen und Herren, sind alles fundamentale Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Darum müssen wir eine zweigleisige Strategie fahren. Erstens: Wir brauchen den Klimaschutz und wir bräuchten dazu in Kopenhagen verbindliche Ziele. Wir bräuchten übrigens auch einen Sanktionsmechanismus. Denn woran es seit Jahren krankt, ist nicht etwa, dass nicht viele guten Willens sind, sondern ob das, was versprochen wird, auch eingehalten wird. Wenn es uns nicht gelingt, wie zum Beispiel bei der WTO, klare Strafsanktionen zu erlassen, dass Länder, die etwas versprechen und es nicht halten, davon betroffen sind, wird das auf Dauer eine Riesenproblematik.

Zweitens: Es bedarf auch einer Klimaanpassung. Vorhin wurde gefragt, ob wir den Bund brauchen oder nicht. Dazu muss ich Ihnen sagen: Wir in Bayern geben in den nächsten Jahren viel Geld aus, fast eine Dreiviertelmilliarde, übrigens unabhängig von den Fragen, die gestern oder vorgestern diskutiert wurden. Wenn der Bund, damals unter Bundesumweltminister Gabriel, überlegt hat, dass aus den Erlösen des Emissionshandels Klimaanpassungsmaßnahmen ausschließlich im Ausland, nicht in Deutschland, finanziert werden, dann muss ich Ihnen sagen: Zunächst einmal muss sich die deutsche Politik um das eigene Land kümmern und helfen. Dazu bedarf es Unterstützung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Natürlich sind wir nicht perfekt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

- Herr Magerl, Sie sind da jetzt gerade zu mir gekommen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ich war in Geiselschaft der Bahn!)

Sie haben sich offensichtlich die Rede Ihres eigenen Kollegen Hartmann nicht anhören wollen. Denn zu Be-

ginn der Debatte waren ganze drei Grünen-Abgeordnete da, bei so einem Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

So wichtig kann es also wohl nicht sein.

Meine Damen und Herren, keiner sagt, dass wir perfekt sind. Keiner sagt, dass wir am Ziel sind. Aber wenn man umgekehrt argumentiert, wir seien so schlecht, dann bitte ich doch, die Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Wir liegen mit rund 6,5 Tonnen CO₂-Emission pro Einwohner und Jahr deutlich unter dem deutschen Schnitt. Zum Vergleich: Brandenburg - nicht von der CSU und der FDP regiert, Herr Thalhammer - 22,8 Tonnen. Bremen - dort sind sogar die GRÜNEN in der Verantwortung - 19,1 Tonnen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Ich will nicht sagen, dass die anderen alle Schuld auf sich laden. Aber ich möchte klarstellen, dass Bayern deutlich besser ist als Länder, die von Rot-Grün regiert werden. Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Übrigens bezieht das Umweltministerium seit Jahren ausschließlich Ökostrom, der zu 100 % aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Ob alle Bereiche, für die Sie Verantwortung tragen, das auch tun, weiß ich nicht.

Ich möchte in die Vergangenheit zurückschauen. Wir lassen uns an dem messen, was wir tun. Das ist manchmal gar nicht leicht. Da gibt es Herausforderungen, da gibt es auch manchmal Streitfragen, da gibt es auch Widersprüche. Da muss man manchmal kämpfen, um Gegenwartsinteressen mit Zukunftsherausforderungen in Einklang zu bringen.

Aber ich erinnere zum Beispiel daran, dass eine rot-grüne Bundesregierung 1998 - zur historischen Wahrheit ist das wichtig zu erwähnen - in ihrer Koalitionsvereinbarung das Ziel ausgegeben hat, den CO₂-Ausstoß zwischen 1990 und 2005 um 25% zu mindern. Die rot-grüne Bundesregierung, insbesondere mit Herrn Trittin, hat diese Einsparziele in jeder Form verfehlt. Ich bin ja nun wirklich offen für neue Argumente. Aber das, was Trittin in seiner Amtszeit geleistet hat, ist bestenfalls nichts im Vergleich mit dem, was Bayern geleistet hat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Lieber Herr Glauber, Sie sagen, das Bayerische Klimaprogramm sei ein bisschen zu schwammig. Wir verdoppeln den Beitrag der erneuerbaren Energien bis

2020 im Endenergiebereich auf 20 %, wir erhöhen die Endenergieproduktivität in Bayern um 30 %, wir geben 750 Millionen Euro für alle Bereiche des Klimaschutzes aus - wenn sie irgendwo etwas vergleichbar Konkretes finden würden, dann sollten wir uns über die Begrifflichkeit des Wortes "schwammig" noch einmal unterhalten. Das war ehrlich gesagt nichts.

Lieber Herr Wörner, der Professor, den Sie erwähnt haben, heißt übrigens Graßl, nicht Glasl - Glasl ist etwas anderes.

(Heiterkeit bei der CSU - Ludwig Wörner (SPD):
Hab ich doch gesagt!)

Herr Professor Graßl, den wir alle sehr schätzen, hat mich übrigens letzte Woche in einem Interview sogar gelobt - nur zur Kenntnisnahme -, nicht nur Herr Thalhammer, vielen Dank.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der war ja nicht dabei!)

- Ich weiß, das tut alles weh, aber nachdem Sie das auch so sehen, freut mich das sehr.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wer solche Freunde hat, Herr Söder!)

Wir sagen, dass wir realistische Ziele wollen. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Magerl in einer Debatte in diesem Jahr - seit einigen Minuten hier im Raum - im Landtagsplenum gefordert hat, Ziel müsse es sein, CO₂ pro Kopf auf null zu reduzieren. Meine Damen und Herren, man stelle sich vor, wenn das die Vision der GRÜNEN ist, dass wir am Schluss quasi nicht einmal mehr atmen, dann bin ich mir nicht ganz sicher, ob das realistische Ziele sind, die den Menschen dienlich sind.

Wir wollen realistische Ziele, und die heißen für uns ganz klar, unter 5 Tonnen CO₂ zu kommen - wir modifizieren, wir gehen weiter in unseren Zielen -, aber bis 2030. Wir stellen damit alle Bereiche voran, von denen wir sagen, da wollen wir uns ändern.

Ein Punkt davon ist die Energiepolitik. Herr Hartmann hat - Herr Thalhammer, zwar nicht in seinem Antrag, aber früher einmal - die ganze Palette der Kernenergie untergebracht. Eines sage ich Ihnen schon: Natürlich spielt die Energiepolitik dabei eine zentrale Rolle, unbestritten. Aber die Frage ist: Sind wir da schlecht in Bayern? Zwei Drittel des Stroms, der in Deutschland aus Wasserkraft erzeugt wird, kommt aus Bayern. Fast die Hälfte des Stroms, der aus Solarkraft erzeugt wird, kommt aus Bayern. Beim Wind sind wir deswegen nicht so weit vorn, weil die Topografie an den Küsten nun einmal eine ganz andere ist.

Man kann also sagen, dass sich Bayern im Bereich der erneuerbaren Energien von keinem Land der Welt etwas zeigen lassen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Aber es gibt einen Bereich - da stimme ich zu -, in dem ich gerne mehr machen möchte. Wenn in Deutschland der Wind weht, und zwar stark, muss Deutschland Strom exportieren. Warum? Meine Damen und Herren, wir haben ehrgeizige Ziele. Die Menschen waren auf dem Mond. Wir sind in der Nanotechnologie toll. Aber ein Bereich ist eklatant vernachlässigt worden; das ist die Speicherung von Energie. Wir haben keine substanzielle Speichertechnologie.

Die Große Koalition hat zu Beginn des Jahres 2005 in ihrem Koalitionsvertrag gesagt, dass dies eines der umweltpolitischen Ziele sei, das bis zum Jahr 2009 deutlich vorangebracht werden müsse. Die Bilanz des Umweltministers, der bis 2009 in Berlin im Amt war, nämlich Sigmar Gabriel, zeigt, dass bis auf den heutigen Tag in der Speichertechnologie nichts vorangekommen ist. Da müssen wir nacharbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Das sind die Fakten, die nicht einmal Sigmar Gabriel bestreitet.

Zum Ende: Ich nehme jedem Einzelnen hier das tiefe Bemühen um Veränderung und Verbesserung ab. Dass die Wege manchmal unterschiedlich sind, ist auch klar. Und natürlich gibt es aktuelle Herausforderungen, wenn man zum Beispiel sagt: Würde diese Straße noch etwas ausmachen oder nicht? Das sind manchmal schwierige Abwägungsprozesse. Da gibt es Streitigkeiten, auch bei uns. Aber eines muss klar sein: Am Ende geht es darum, dass wir dieses Land Bayern in dem weltweiten Prozess so gut wie möglich führen und die Menschen dabei mitnehmen. Anders wird es nicht gehen. Wir haben versucht, dazu unseren Beitrag zu leisten. Wir haben noch viel vor, und wir werden nicht nachlassen. Der gemeinsame Antrag von CSU und FDP scheint uns der beste Unterstützungsbeitrag für die Zukunft zu sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Ich habe zwei Anmeldungen für Zwischeninterventionen, die eine stammt vom Kollegen Hartmann, und die zweite vom Kollegen Glauber.

(Ludwig Wörner (SPD): Ich habe mich auch gemeldet!)

- Als dritte kommt noch die Zwischenintervention des Kollegen Wörner hinzu. Wir gehen jetzt in der genannten Reihenfolge vor. Herr Kollege Hartmann, Sie sind der Erste, dann folgen die Kollegen Glauber und Wörner.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich habe Ihrer Rede entnommen: Bayern lässt sich daran messen, was Bayern erreicht. Wie passt das damit zusammen, dass Bayern seine CO₂-Verursacherbilanzen an den Länderarbeitskreis Energiebilanzen gar nicht meldet? Warum tut man das nicht? Warum liegen die Zahlen von 2006 noch nicht vor? Es sind nur drei Bundesländer, welche die Zahlen noch nicht gemeldet haben. Wenn wir uns messen lassen wollen, müssen wir auch Zahlen vorlegen.

Noch eine Anmerkung zu Bremen: Wie lange regieren die GRÜNEN in Bremen mit? - Zwei Jahre! Sie werden doch keinen Vergleich mit den letzten 20 Jahren aufmachen wollen, wenn wir erst zwei Jahre dort mitregieren.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das Argument merke ich mir!)

- Die FDP darf sich das gerne merken, aber nicht die CSU in dieser Hinsicht.

Zur Kritik an Umweltminister Trittin während der rot-grünen Bundesregierung: Sie haben selbst die Solarkraft in Bayern in den Vordergrund gestellt und den Ausbau gelobt. Was war denn der Grundstock dieses Ausbaus? - Das war das EEG, das von Ihrer Partei jahrelang bekämpft wurde und dem im Bundesrat nicht zugestimmt wurde. Erst 2004 hat man erkannt, dass das eine Möglichkeit ist. Es ist dann einfach daneben zu sagen, Minister Trittin hat nichts erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ich sehe, meine Argumente haben bei Ihnen eine Wirkung hinterlassen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

- Das ist halt einfach so. Ich finde den Ansatz, wir müssten uns noch stärker messen lassen, wichtig. Ich strebe auch an, in den nächsten Jahren die Berichte und alle Zahlen zu Klimafragen gründlicher zu evaluieren als in der Vergangenheit

(Zuruf von den GRÜNEN)

- und öffentlich diskutieren, darauf können Sie sich verlassen -, weil wir in der Tat die Entwicklungen genau beobachten müssen. Wir waren vor Kurzem auf der Zugspitze: Allein die Permafrostentwicklung, die wir neu messen, hat extreme Auswirkungen auf den Zusammenhalt von Landschaften und für Leib und Leben von Menschen. Ich stimme Ihnen zu: Wir müssen in dieser Frage mehr tun und stärker evaluieren.

Sie sind nun seit zwei Jahren in Bremen an der Regierung, und ich stimme Ihnen darin zu, dass Sie in dieser Zeit die Welt nicht verändern können. Ich wollte das aber nur einmal sagen, damit Sie zur Kenntnis nehmen, dass Sie bei Ihren Freunden Ihre guten Vorschläge zur Verbesserung einbringen sollten.

Zur Solarkraft muss ich Ihnen noch eines sagen. Eines steht wohl fest: So wie es jetzt ist, kann es nicht als optimal bezeichnet werden. Warum? - Ich habe mich in der letzten Woche mit den Umweltverbänden unterhalten, die sagen, man brauche eine deutliche Veränderung des EEG betreffend Solarkraft; denn das, was in der Vergangenheit gemacht wurde, führt dazu, dass wir riesige Solarparks haben, dass eine Art Solargroßindustrie entsteht, die das eigentliche Ziel der dezentralen Energieversorgung nicht erreicht. Wir müssen vielmehr anstreben, die Vergütungen so zu gestalten, dass umso mehr gezahlt wird, je kleiner und je dezentraler Anlagen sind, und umso weniger gezahlt wird, je mehr die Leute in große Flächen hineingehen. Das Zubauen von ökologisch wertvollen Flächen kann wohl nicht das Ziel sein, das wir in der Solarenergie verfolgen sollen. Da haben wir einen gemeinsamen Änderungsbedarf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Staatsminister. Als Nächster hat Kollege Glauber zu einer Zwischenintervention das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thorsten Glauber (FW): Herr Staatsminister, Sie geben mir doch sicher erstens darin recht, dass der Vergleich des Flächenlandes Bayern mit dem Stadtstaat Bremen, der außer dem Weserstadion nichts Grünes hat, schon ganz schön hinkt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich hätte mir zweitens schon gewünscht, dass Sie als fränkischer Umweltminister auf die Infrastrukturentwicklung und auf die Elektromobilität für die Region Nürnberg-Fürth eingegangen wären, also auf Bemü-

hungen, diese Region als Elektromobilitätsstandort auszubauen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Zu Erstens: Da gebe ich Ihnen nicht recht.

(Lachen bei den Freien Wählern)

Zu Zweitens: Da gilt der Grundsatz: Erst schauen, dann hauen. Lesen Sie das Konzept genau durch, das es im Energiecampus gibt. Da muss man ein bisschen lesen, aber das ist okay. Da steht genau drin, dass es das Ziel ist, auch da einen Beitrag für Speicher- und erneuerbare Energien zu liefern, auch zu Energieeffizienz und zu Automobilität, weil wir nämlich da beispielsweise im E-Drive-Centre etwas erreichen.

Nebenbei, zum Schluss: Nürnberg-Fürth ist Mittelfranken und nicht Oberfranken, auch wenn die Ausstrahlungswirkung groß ist.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, als Letzter hat sich Kollege Wörner zu einer Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Staatsminister, Sie gehen in Ihren Äußerungen unter anderem darauf ein, dass eine dezentrale Energieversorgung die Zukunft ist. Da gebe ich Ihnen recht. Warum halten Sie dann an der Kernkraft fest? Ist die dezentral? Sie halten an Offshore-Windanlagen fest, anstatt in Bayern dort, wo es möglich ist, kleinteilig zu arbeiten. Es gibt sehr wohl windhöffige Gegenden auch in Bayern. Sie haben bisher - das sage ich ausdrücklich - alles getan, um dort Windkraft zu verhindern.

Sie fordern völlig zu Recht Sanktionen gegen jene, die Verstöße gegen die Energieeinsparverordnung - EnEV - begehen und Häuser verkaufen, die bei Weitem nicht die Einsparungen erzielen, die sie sollen. Dasselbe Problem gibt es bei Modernisierungen. Da verlangen Sie von den Ländern Sanktionen. Was machen Sie denn in Bayern? Wo sind da Sanktionen und Kontrollen? Genau in diesen Fällen wäre es gut, wenn Sie bei uns anfangen würden. Das andere können wir gerne begleiten; dagegen habe ich gar nichts.

Die bayerische Bevölkerung hat am meisten und am intelligentesten auf der Grundlage der Erneuerbare-Energie-Gesetze der rot-grünen Regierung gehandelt. Wir in Bayern haben am meisten davon profitiert. Das loben Sie jetzt. Ich darf Sie daran erinnern, dass in der

Zeit, als Sie in der Enquete-Kommission saßen - da waren Sie noch nicht Minister -, ein Staatsminister Wiesheu - so lange ist das alles noch nicht her - neue Kernkraftwerke für Bayern geplant hat. Davon ist man im Moment zumindest ein Stück abgerückt. Die Zeit wird zeigen, ob Sie dabei bleiben. Ihr Koalitionspartner tendiert da ein wenig zu etwas anderem.

Wer zuerst Voltaik verteuert, dann aber von der Bevölkerung dazu gezwungen wird mitzumachen, sollte mit seinen Aussagen in solchen Fragen ein bisschen vorsichtiger sein. Vor allem Bayerns Landwirte profitieren derzeit mehr als Energiewirte aufgrund des rot-grünen EEG, trotz all der Mängel, die es da gegeben hat. Viele neue Gesetze haben aber Mängel. Man kann dazulernen. Davon profitieren alle, und dann soll man das nicht verteuern. Dann sind wir auf einen guten Weg.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Wörner. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Erstens, zur Dezentralität. Unser Bekenntnis zur Kernenergie ist wohl klar. Sie wollen, dass wir die Ziele der CO₂-Einsparung erreichen, und stellen Anträge, dass wir sie sogar noch schneller erreichen sollen. Es ist aber allein schon mathematisch vollkommen unmöglich, jetzt aus der Kernenergie auszusteigen. Glauben Sie denn im Ernst, dass die Substitution der Kernenergie durch Kohlekraft oder Ähnliches irgendein CO₂-Problem löst? Glauben Sie das wirklich im Ernst? Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Die Österreicher sind toll beim Einsatz der Wasserkraft. Woher aber beziehen sie einen Großteil ihres Stroms? Nicht aus der Kernenergie im eigenen Land, sondern sie importieren Kernenergie von anderswoher. Ich halte es auch nicht für sehr moralisch, wenn wir am Ende zum großen Ausstieg aus der tschechischen und sonstigen Kernenergie beitragen.

Wir haben in Bayern keine Offshore-Anlagen; die gibt es an den Küsten, und die sind der von Bayern denkbar am weitesten entfernte Ort, Herr Wörner.

(Zurufe von der SPD)

- Ich höre ganz genau zu, und wenn etwas gesagt wird, was nicht korrekt ist, dann möchte ich, dass Sie uns bei der Klärung der gemeinsamen semantischen und faktischen Basis helfen.

Bei Sanktionen geht es mir darum, was weltweit passiert. Wir diskutieren bei uns - übrigens zu Recht - die Frage einer Einsparung von etwa 6,5 %. Ich bin völlig dafür. Man muss aber die Relation zu den Herausforderungen herstellen, vor denen die USA, China, Brasilien und andere Schwellenländer stehen. Ich bin sehr

für eine Vorbildfunktion, da können Sie mir nichts vorwerfen. Meine eigene Fraktion erfährt zu ihrem Leidwesen auch, dass ich mit meinen Zielen vorangehe. Wenn es uns nicht gelingt, weltweit etwas zu verändern, sind unsere Bemühungen eher von untergeordneter Bedeutung. Ich glaube, hier sind wir uns einig.

Ein letzter Punkt. Die SPD war einmal mit Hans-Jochen Vogel der Vorreiter der Kernenergie. Ich gebe zu, dass das lange her ist. Daran sieht man aber, dass sich Meinungen weiterentwickeln können. Das EEG ist eine gute Basis. Allerdings verändert sich die Struktur. Die Förderungen, die früher gut waren, werden jetzt in eine falsche Richtung gelenkt. Ein Beispiel: Wir müssen daran arbeiten, die technologische Basis der Solarzelle zu verbessern; denn sie hat nur einen Wirkungsgrad von etwas über 20 % und daher momentan nicht die beste energetische Wirkung. Wir sollten Geld dafür ausgeben, die energetische Wirkung der Solarzelle zu verbessern, statt die Billigproduktion von Solarzellen zu fördern, die inzwischen die Chinesen übernommen haben. Wenn die Gewinner dieser Förderung nur unsere chinesischen Freunde und Partner sind, nützt uns das nichts.

Helfen Sie bitte mit, hier intelligente Lösungsvorschläge zu entwickeln. Damit kommen wir weiter als mit dem Schlagen ideologischer Schlachten der Vergangenheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nachträglich hat sich Herr Kollege Dr. Magerl zu Wort gemeldet, da die GRÜNEN noch Redezeit haben.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss den Vorwurf von Herrn Staatsminister Dr. Söder, wonach ich kein Interesse an dieser Debatte hätte, schärfstens zurückweisen. Herr Dr. Söder, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass ich aufgrund des vom Freistaat mangelhaft organisierten Nahverkehrs im Zug hängen geblieben bin und über eine Stunde Verspätung hatte. Das beweist, warum es in Bayern mit dem CO₂-Ausstoß an etlichen Stellen immer noch gewaltig hapert. Der Schienenverkehr wird von Ihnen immer noch nicht ausreichend gefördert und wie ein Stiefkind behandelt.

Herr Staatsminister, Sie sollten sich in diesem Zusammenhang zurückhalten. Sie werden komfortabel von einem Chauffeur mit einer Limousine, die 300 Gramm CO₂ pro Kilometer ausstößt, herumgefahren. Sie sollten denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die ihren Berufsverkehr umweltfreundlich organisieren möchten, nicht vorwerfen, dass sie kein Interesse an der Debatte hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2956, das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2959, das ist der Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2977, das ist der interfraktionelle Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Renate Will u. a. und Fraktion (FDP)
Schuldenpräventionsprogramme für Jugendliche (Drs. 16/2957)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Brigitte Meyer von der FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren! Im Straßenbild und in der Öffentlichkeit ist es schon fast eine Selbstverständlichkeit, dass Kinder mit einem Handy herumlaufen und damit telefonieren. Wahrscheinlich wird auch in diesem Jahr unter dem Weihnachtsbaum für viele Kinder und Jugendliche ein Handy liegen. Dieser Umstand hat uns animiert, einen Punkt aus dem Sozialbericht aufzugreifen, nämlich die Schuldenprävention für Kinder und Jugendliche. Die vorhandenen Präventionsprogramme richten sich in der Regel an Eltern von

Kleinkindern, an Schülerinnen und Schüler an Grund-, Haupt- und Berufsschulen sowie an Gymnasien.

Diese zahlreichen vorhandenen Präventionsprogramme scheinen in aller Regel weder vernetzt noch jemals auf ihre Wirkung hin evaluiert worden zu sein. Fängt Bildungs- und Chancengleichheit nicht auch beim richtigen Umgang mit Geld an? Sind Prävention und Information nicht ein besserer Weg als ein nachträglicher, mühseliger Schuldenabbau, möglicherweise über die Insolvenzberatung?

Ein Drittel aller Klienten der Schuldnerberatung ist noch keine 35 Jahre alt. Demnach ist davon auszugehen, dass diese Menschen bereits sehr früh einen unsachgemäßen Umgang mit dem Geld praktiziert haben. Schulden führen häufig zu einer Reihe von psychischen und physischen Leiden, welche durch wirksame Schuldenpräventionsprogramme vermieden werden könnten. Die im Sozialbericht aufgeführten Forschungsergebnisse legen nahe, dass nicht nur die Rahmenbedingungen für die Bezieher niedriger Einkommen und Familien, sondern auch die Allgemeinbildung von Kindern und Jugendlichen verbessert und die soziale Vererbung von Bildungsarmut überwunden werden müssen.

Die Ergebnisse belegen, dass die wirtschaftliche und finanzielle Bildung von Kindern und Jugendlichen hinter den veränderten Lebensbedingungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses weit zurückgeblieben ist. Konkret ausgedrückt heißt das, dass Kinder und Jugendliche nicht ausreichend auf das komplexe und komplizierte Angebot an Finanzdienstleistungen und auf die Regeln des Geldverkehrs vorbereitet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist sehr wohl bewusst, dass Schuldenpräventionsprogramme eigentlich bei den Kommunen angesiedelt sind. Dieses Thema liegt mir aber sehr am Herzen. Ich möchte, dass Schuldenpräventionsprogramme, wo sie angewendet werden, auch wirksam angewendet werden.

(Beifall bei der FDP)

Es kann nicht sein, dass wir dafür Geld ausgeben, diese Programme aber überhaupt nichts im Hinblick auf das eigentliche Problem bewirken oder wegen ihrer Vereinzelung und mangelnden Vernetzung in ihrer Wirkung schlichtweg verpuffen. Die zu begrüßende Eigenverantwortlichkeit und Pluralität der einzelnen Schuldenpräventionsprogramme für Kinder und Jugendliche darf nicht mit Unwirksamkeit und Alleingang einhergehen; denn dafür ist diese Thematik einfach zu wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Wir bitten deshalb die Staatsregierung, uns zunächst einen Überblick über die derzeit in Bayern angebotenen Präventionsprogramme zu geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie recht herzlich um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Brendel-Fischer das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landessozialbericht hat es deutlich gemacht: Vor allem junge Menschen haben häufig Probleme, mit dem zur Verfügung stehenden Geld zurechtzukommen, und sind von Überschuldung bedroht. Als Ursache steht die unwirtschaftliche Haushaltsführung an erster Stelle, die sich auch bei höheren Altersgruppen wie ein roter Faden durch die Schuldenbiographien zieht. Besonders betroffen sind die Bezieher niedriger Einkommen, aber auch junge Erwachsene, insbesondere dann, wenn die Familiengründung sehr früh oder unvorbereitet erfolgt, akut junge Alleinerziehende.

Umfragen zufolge ist bereits bei Teenies ein Trend absehbar, sich von Verwandten oder Freunden schnell einmal Geld zu leihen, um sich trotz eines finanziellen Engpasses einen Konsumwunsch zu erfüllen. Dabei spielt natürlich eine Rolle, welche Orientierung Heranwachsende zu Hause im Elternhaus erfahren. Selbstverständlich herrschen in den unterschiedlichen Familien sehr individuelle Werthaltungen vor, die sich förderlich oder eben auch hinderlich auf die spätere Lebensgestaltung auswirken. Hinzu kommen coole Sprüche von Marketing-Strategen, bei denen die schnellstmögliche Erfüllung von Konsumwünschen die Kernbotschaft ist.

Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass an unseren Schulen Chancen genutzt werden, den Umgang mit Geld möglichst handlungsorientiert, praxisnah und am Alltag der Jugendlichen ausgerichtet zu thematisieren. Planspiele und Projekte, Exkursionen und Schülerfirmen sind geeignete Methoden, die Jugendlichen aktiv zu beteiligen. Ganztagsangebote bieten hier besondere Möglichkeiten, auch unter Einsatz von außerschulischen Experten. Dass solche Angebote gern angenommen werden, beweist das Projekt "Fit in die Zukunft", das vom Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft getragen, vom bayerischen Verbraucherschutzministerium gefördert und sogar von der Universität Augsburg evaluiert worden ist. Solche Kurse sind effizient und nachhaltig, weil sie sich nicht mit Schulbuch und isolierten Lernbausteinen befassen, sondern die konkreten Anliegen der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen, nämlich den eigenen Handy-

Vertrag, das zur Verfügung stehende Taschengeld oder auch den eigenen teuren Medienkonsum.

Die Angebotspalette der Jugendarbeit ist ebenso ein geeigneter Platz, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Deshalb begrüßen wir den Berichtsantrag; denn er ermöglicht uns einen Vergleich der vorhandenen Angebote und lässt uns eine gute Weiterentwicklung auf den Weg bringen, die Prävention in den Mittelpunkt stellt und nicht zu einem späteren Zeitpunkt Insolvenzberater in die Gänge kommen lassen muss.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. - Frau Kollegin, Entschuldigung! - Sie waren schnell weg, bitte bleiben Sie am Rednerpult; denn Herr Kollege Pfaffmann hat sich für eine Zwischenintervention gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es natürlich sehr, wenn viel getan wird, um die Überschuldung von jungen Menschen in der täglichen Politik zu berücksichtigen. Sind Sie denn gleichzeitig bereit, die Gründe, die zu Geldmangel in den Familien führen, politisch zu bewerten, zum Beispiel durch die Abschaffung der Studiengebühren, durch eine Verbesserung bei den Nebenkosten der Beschulung in Höhe von monatlich über 100 Euro, durch die Aufgabe ihres Widerstands gegen den Mindestlohn und durch die Verbesserung der finanziellen Lage der Familien? Sind Sie bereit, diese Themen endlich politisch zu problematisieren und den entsprechenden Anträgen zuzustimmen, um präventiv zu wirken und die Gründe für den Geldmangel in den Familien gerade bei den Alleinerziehenden zu beseitigen, anstatt immer nur Berichte zu verlangen, die letztlich, wie Ihre Vorrednerin gesagt hat, in den Schubladen der Ministerien verschwinden?

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Brendel-Fischer, Sie haben das Wort.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Pfaffmann, ich denke, es gibt eine breite Palette von Möglichkeiten, die man nutzen muss. Bei dem vorliegenden Antrag geht es aber darum, den jungen Menschen bewusst zu machen, wie sie mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Einkommen auskommen.

Auf der Prioritätenliste müssen hier an erster Stelle die notwendigen Ausgaben stehen. Das gilt im Übrigen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Auch reiche Jugendliche haben hier oft ein Problem, das sie zwar nicht

gleich in die Überschuldung führt, aber es ist kein guter Lebensstil, den sie entwickeln. Wir wissen alle, dass es über kurz oder lang schnell passieren kann, dass man plötzlich sehr wenig Geld zur Verfügung hat. Wir kennen junge Leute, die plötzlich mit Hartz IV auskommen müssen und sich schnell auf den Weg machen müssen, um umzuschalten. Damit der Hebel so umgeschaltet werden kann, dass er richtig steht, braucht man die Strategie, dass zuerst das Notwendige kommt, dann das Nützliche und zum Schluss das Angenehme. Diese Reihenfolge gilt es einzuhalten, und zwar unabhängig vom Geldbeutel.

Für den Fall, dass Studiengebühren aufgrund der finanziellen Situation nicht geleistet werden können, gibt es eine Regelung. Sie wissen sehr wohl, dass über einem Drittel der Studierenden die Studiengebühren erlassen werden. Sie kennen auch die Geschwisterregelung. Es gibt die Subsidiarität in allen Lebensbereichen, in denen es möglich ist.

Der Antrag heute bezieht sich auf ein anderes Problem und hat einen ganz anderen Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Linus Förster das Wort. Bitte schön.

Dr. Linus Förster (SPD): Merry Christmas, Mr. President!

(Allgemeine Heiterkeit - Markus Sackmann (CSU):
Schauen wir mal, was die Rede für eine Bescherung bringt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie um etwas mehr Engagement, um den vielleicht von diesen Maßnahmen betroffenen Jugendlichen oben auf der Zuschauertribüne klarzumachen, dass es hier nicht um einen Schaufenstervortrag geht, sondern dass wir ernsthaft über einen kurzen und bündigen, aber bestimmt nicht falschen Antrag der FDP diskutieren. Ein paar Fragezeichen gibt es allerdings schon, gerade was "kurz und bündig" betrifft.

Erst einmal bin ich überrascht, dass dieser Antrag lediglich einen Bericht und dazu noch einen dringlichen Bericht über präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der Überschuldung bei Jugendlichen fordert, wobei Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, anscheinend schon genau zu wissen glauben, was man Ihnen berichten wird, nämlich dass die Präventionsmaterialien nicht hinreichend auf ihre Wirksamkeit evaluiert und die Maßnahmen zumeist nicht ausreichend vernetzt sind. Sie meinen, dass Kinder und Jugendliche bei uns

im Freistaat nicht ausreichend auf den richtigen Umgang mit dem Geld vorbereitet werden. Sie schreiben das in Ihrem Antrag und sagen, dass Sie das dem aktuellen Sozialbericht entnehmen. Warum fordern Sie also einen Bericht der Staatsregierung, der Sie, soviel ich weiß, angehören, statt konkrete Maßnahmen zu fordern, mit denen die Prävention verbessert werden kann?

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, weiter überrascht mich - das allerdings positiv -, dass Sie in Ihrem Antrag die soziale Vererbung von Bildungsarmut monieren. Ich hatte bisher immer den Eindruck - ähnlich wie Kollege Pfaffmann es in seiner Zwischenintervention angedeutet hat -, dass Sie eigentlich kein großes Problem mit unterschiedlichen einkommens- und schichtspezifischen Bildungschancen haben. Ich denke hier zum Beispiel an die Diskussion über die Studiengebühren. In diesem Punkt hat mich Ihr Antrag überrascht und erfreut. Wenn Sie im Kampf gegen die Staatsregierung in Sachen Bildungsgerechtigkeit Hilfe brauchen, stehen wir an Ihrer Seite.

(Beifall bei der SPD)

Unabhängig davon werden meine Fraktion und ich den Dringlichkeitsantrag unterstützen, weil wir Schuldenpräventionsprogramme grundsätzlich richtig und wichtig finden und präventiven Maßnahmen grundsätzlich Vorrang vor Strafen einräumen.

Damit bin ich beim dritten Punkt, der mich bei Ihrem Antrag überrascht hat. Mich wundert, dass Sie Ihr Koalitionspartner nicht zurückgepfiffen hat; denn schließlich gehört Präventionsarbeit nicht unbedingt immer zu den Wegen, die Ihre Kolleginnen und Kollegen von der CSU in der Jugendpolitik primär gehen wollen. Ich denke zum Beispiel an die Diskussion über die Verschärfung des Jugendstrafrechts.

Kommen wir zum Antrag. Dass aktive Präventionsarbeit zur Verminderung der Verschuldung von jungen Menschen bei uns im Freistaat wichtig ist, zeigt nicht zuletzt der Befund aus dem Zweiten Bayerischen Sozialbericht, wie Sie im Antrag richtig ausführen und wie auch die Rednerin der CSU richtig gesagt hat. Dort wird unwirtschaftliche Haushaltshaltung bei über der Hälfte der Fälle als Hauptgrund für die Überschuldung von jungen Menschen zwischen 19 und 25 Jahren angegeben. Dies zeigt, dass eine bessere Vorbereitung der jungen Menschen im Hinblick auf den richtigen und vernünftigen Umgang mit Geld wichtig ist. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die beste Vorbeugung gegen die Überschuldung von jungen Menschen die Vermeidung ihres Armutsrisikos ist. Nach der unwirtschaftli-

chen Haushaltsführung ist nämlich Arbeitslosigkeit die zweite Hauptursache für die Verschuldung der jungen Menschen im Freistaat, und gegen Arbeitslosigkeit hilft nun einmal keine Aufklärung über den Umgang mit Geld.

Die Befunde des Zweiten Sozialberichts zeigen, dass Bayern zwar bei der Kinder- und Jugendarmut im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet noch relativ gut dasteht. Aber was uns Sorgen bereiten muss, liebe Kollegen und Kolleginnen, ist doch der relative Anstieg der Kinder- und Jugendarmut, der bei uns in Bayern zu verzeichnen ist. Sorgen bereiten muss uns die Wohlstandsschere, die in Bayern immer weiter auseinanderklafft. Sorgen bereiten müssen uns die Kids, die mittags nichts zum Essen bekommen. Sie wissen, liebe Kollegen und Kolleginnen hier auf der Regierungsbank: Von dem Geld, das wir bei der Landesbank verloren haben, hätten wir zehn Jahre lang jedem Schüler in Bayern ein warmes Mittagessen finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Die beste Präventionsarbeit hilft nicht, wenn die Bayerische Staatsregierung weiterhin eine Politik macht, die immer mehr Jugendliche in die Armut treibt. Wir wissen alle: Der Schlüssel, nicht in die Armuts- und Schuldenfalle zu geraten, ist der Zugang zu Bildung und Ausbildung. Solange die Staatsregierung hier weiter vor sich hinräumt, wird sich an der Verschuldungsproblematik von Jugendlichen in Bayern nicht viel ändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch eine letzte Anmerkung zum vorliegenden Antrag. Wenn wir auf den Sozialbericht, auf den Sie sich beziehen, nicht zehn Jahre hätten warten müssen, wären wir schon viel früher auf die Diskrepanz zwischen zahlreichen bestehenden Programmen und deren fehlender Wirksamkeit aufmerksam geworden und hätten schon viel früher handeln können. - Frohes Fest!

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung liegt bei Herrn Glauber von den Freien Wählern. Bitte.

Thorsten Glauber (FW): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer hat das neueste Handy, wer hat die angesagtesten Klamotten, insbesondere von der richtigen Marke, T-Shirts für mehr als 150 Euro? Das ist eine Lektion, die Kinder und Jugendliche bereits sehr früh verinnerlichen. Wer bei Klamotten und technischem Equipment die Nase vorn hat, kann mithalten und wird akzeptiert.

Für manche Jugendliche kann das bereits der Startschuss in die Schuldnerlaufbahn sein. Sie wollen auf

eigenen Füßen stehen, bei den Eltern ausziehen, eigene Wohnung, eigenes Auto, eigenes Konto - ein eigenes Leben eben. Das jedoch steht allzu oft auf wackligen Füßen. Gerade bei jungen Berufsanfängern können die Einkünfte häufig nicht mit dem Lebensstil mithalten. Eine konkrete Vorstellung davon, was das Leben eigentlich kostet, fehlt, und der richtige Umgang mit Geld wird selten vernünftig gelernt.

Durchschnittlich 5 % der Zehn- bis Zwölfjährigen, 11 % der Dreizehn- bis Siebzehnjährigen, 17 % der Achtzehn- bis Zwanzigjährigen und gar 19 % der Einundzwanzig- bis Vierundzwanzigjährigen sind bei uns verschuldet. Schulden gehören zum Alltag. Das mussten wir hier in diesem Haus ja leider auch wieder erleben.

(Heiterkeit)

Die entscheidende Frage ist aber, wofür Schulden gemacht werden: für Investitionen in die Zukunft oder die Befriedigung von Konsumwünschen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Als ständiger Begleiter von Jugendlichen steht das Handy heute immer mehr im Fokus. Da ist ein Schuldenpräventionsprogramm durchaus sinnvoll, denn 85 % der Jugendlichen besitzen heute ein Handy, für das durchschnittlich 20 Euro bis 50 Euro ausgegeben werden. Besorgniserregend ist vor allem aber das, was der Münchner Armutsbericht 2007 belegt: Kinder aus sozial schwachen Familien sind von einem überproportional hohen Risiko bedroht, später wiederum arm zu sein. Das Schulbildungsniveau der ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher ist vergleichsweise niedrig, das Fehlen eines schulischen Abschlusses kennzeichnet ein Viertel dieser Gruppe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schaffen wir es nicht, allen Kindern gleiche Bildungschancen einzuräumen, werden sich die Kosten hierfür potenzieren. Im weiteren Lebensverlauf müssen die Kinder dafür die Rechnung tragen. Denn auch das hat der Sozialbericht gezeigt: Armut ist leider vererbbar. Laut Angaben der Jugendschuldnerberatung der AWO München hatten im vergangenen Jahr die jungen Ratsuchenden zwischen 4.000 Euro und 5.000 Euro Schulden - eine absolut besorgniserregende Tendenz.

Wir von den Freien Wählern unterstützen diesen Berichtsantrag. Wir haben aber auch die große Hoffnung, dass Sie dann auch in präventiven Maßnahmen enden, nicht nur in einem Bericht. Denn leider mussten wir bei dem Thema Jugend und Alkohol erkennen: Da war es nicht einmal notwendig, uns zu berichten und in irgendwelche präventive Maßnahmen einzusteigen. Leider ist

es aber so - Sie es können es in den Zeitungen tagtäglich lesen -, dass dieses Thema nicht vom Tisch kommen wird. Jugend und Alkohol ist ein Thema und genauso ist es die Schuldenprävention. Nicht nur berichten, sondern dann auch handeln!

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Hartmann nach vorn.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Auf der einen Seite haben wir steigende Lebenshaltungskosten, stagnierende und sinkende Löhne auf der anderen Seite, und dann haben wir auch wieder die gestiegenen Lebensansprüche und vor allem eine Wirtschaft, die fahrlässig einen Konsum auf Pump in den Fokus der Werbung rückt.

Für uns ist es ganz klar, dass wir diesen Berichtsantrag unterstützen. Das ist selbstverständlich. Es ist doch wohl auch jedem hier im Hohen Hause klar, dass die Prävention bei den Jugendlichen angesetzt werden muss.

Ich kann es ganz kurz machen, es wurde von meinen Vorrednern praktisch alles bereits gesagt, aber eine Bitte habe ich noch an die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion: Wir hoffen, dass dieser Berichtsantrag wirklich als erster Schritt gesehen wird und man anschließend auch die Konsequenzen daraus zieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die negativen Aussagen haben wir bereits im Sozialbericht, können wir dort nachlesen. Es kommt der Bericht als eine Art Zusammenfassung, vertieft auf dieses Thema, aber dann muss auch die Konsequenz folgen. Das ist ganz wichtig.

Für mich wie für unsere Fraktion ist es ein festes Anliegen: Eigentlich gehört ein Fach "Finanz- und Verbraucherkompetenz" in den Schulunterricht. Die Jugendlichen müssten rechtzeitig auf diese Themen eingestellt werden: Was heißt Schulden machen, wie entwickelt sich das? Es ist ganz wichtig, dass man tatsächlich an dem Thema dranbleibt. Mit einem Berichtsantrag allein werden wir dem nicht gerecht, was wir dringend machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zum Abschluss hat für die Staatsregierung Herr Sackmann ums Wort gebeten. Bitte.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch seitens der Staatsregierung begrüßen wir diesen Antrag. Wir halten ihn für gut und zielgerichtet.

Ich möchte aus gegebenem Anlass nur darauf verweisen, dass die Arbeits- und Sozialministerkonferenz erst vor wenigen Tagen hier in Bayern getagt hat und wir, die Länder, dort einen Antrag verabschiedet haben, von Bayern formuliert und einstimmig angenommen, der genau das, was gerade gesagt wurde, mit beinhaltet, nämlich, dass die Länder präventive Maßnahmen vorbereiten und hier auch entsprechend tätig sein wollen.

Natürlich ist es für uns alle miteinander schwierig, wenn wir im Schuldneratlas lesen, dass gerade bei den jungen Menschen ein deutlicher Anstieg der Verschuldung festzustellen ist. Aber ich darf gleichzeitig darauf verweisen, dass wir in dem Sozialbericht, den wir vor einigen Monaten vorgestellt haben, auch zu dem Ergebnis kommen konnten, dass Bayern nach wie vor die niedrigste Schuldnerquote hat. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass bei uns nach wie vor auch die Arbeitslosenquote am niedrigsten ist und wir hier auch entsprechende Ansätze finden.

Ich möchte jetzt nicht vertieft darauf eingehen - weil das dann auch Sache des Berichts sein wird -, was hier alles schon getan wird und getan werden soll. Ich denke zum Beispiel an die Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss Schuldnerberatung, an unser Projekt "Eltern-Talk" oder auch an Bereiche der Verbraucherbildung. Hier ist beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium vorgesehen und auch das Justizministerium hat entsprechende Dinge vorgesehen.

Meine Damen und Herren, wir werden das in dem Bericht darstellen, auf den ich damit verweisen möchte. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag, weil wir finden, es ist der richtige Antrag in der richtigen Zeit.

(Beifall bei der CSU - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Haben Sie denn vorher nicht mit den Ministerien zusammengearbeitet?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns hier oben liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2957 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von Herrn Schmid? - Nein.

(Zuruf von der SPD: Er stimmt für seine Fraktion ab!)

Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen - ein Beitrag zu Weihnachten.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u.
a. und Fraktion (CSU),
Dr. Otto Bertermann, Karsten Klein, Tobias
Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP)
Häusliche Pflege erleichtern (Drs. 16/2958)**

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Unterländer für die CSU. Bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Danke schön, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mit diesem Antrag, dass auch ausländische Hilfskräfte, die in Familien arbeiten, ebenso wie pflegende Angehörige oder deutsche Hilfskräfte notwendige pflegerische Alltagshilfen - die Betonung liegt ausdrücklich auf Alltagshilfen - erbringen können. Dies ist nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht möglich. Sie dürfen nach der gegenwärtigen Fassung des § 21 der Beschäftigungsverordnung nur hauswirtschaftliche Tätigkeiten ausüben, nicht aber sogenannte pflegerische Alltagshilfen.

Eine heute juristisch vorgegebene strikte Trennung zwischen dem hauswirtschaftlichen Bereich und einer pflegerischen Grundversorgung Pflegebedürftiger ist in der Praxis aber eine völlig unrealistische Sache.

Wir müssen uns in dem Zusammenhang einmal die Situation insgesamt ansehen. Es gibt viele Familien - nicht nur in den Ballungsräumen -, bei denen die Defizite an Pflegekräften stärker sind als in anderen Bereichen, wo hauswirtschaftlich tätige Kräfte aus dem osteuropäischen Raum angestellt und beschäftigt sind, weil pflegebedürftige Angehörige eine Unterstützung benötigen. Sie werden auch von älteren Menschen, von Senioren, in Anspruch genommen, weil die Leute aus verständlichen Gründen - das ist auch unsere politische Zielsetzung - in ihrem angestammten Wohnumfeld verbleiben wollen. Es muss unser Ziel sein, diesen Bedürfnissen der älteren Menschen stärker nachzukommen. Auf dieser Basis ist eine Rechtsänderung ein dringendes politisches Bedürfnis.

Wir haben in der Zukunft aus demografischen Gründen noch wesentlich stärkere Herausforderungen. Außer dem genannten gibt es weitere Themen. Ich nenne die Akquirierung zusätzlicher Pflegekräfte, die Finanzierung der Altenpflegeausbildung und Ähnliches.

Jetzt möchte ich mich auf das angesprochene Thema fokussieren.

Im letzten Jahr hat ein Gericht in München im Zusammenhang mit kriminellen Umständen - Handel mit solchen Kräften - ausdrücklich einen Fokus auf den politischen Regelungsbedarf gelegt. Ich verweise darauf, dass einer der führenden Pflegekritiker in unserem Land, Claus Füssek, der auch in diesem Haus sehr gut bekannt ist, auf die Situation hingewiesen und einen großen politischen Handlungsbedarf gesehen hat. Wir haben uns des Themas in diesem Haus wiederholt angenommen. Auch das Bayerische Sozialministerium hat sich damit befasst. Der politische Handlungsbedarf ist gegeben.

Die Möglichkeiten für osteuropäische Kräfte sollen in diesem Sinne verstärkt werden, in der Grundversorgung wie Familienangehörige und wie deutsche Pflegehilfen tätig zu sein.

Wie hat sich die Situation in dem Zusammenhang insgesamt entwickelt? Die Staatsregierung hat sich auch aufgrund einer Initiative, die aus dem Haus, aber darüber hinaus auch aus der eigenen Erkenntnis der Notwendigkeit kam, an den damaligen Sozialminister der Großen Koalition gewandt und eine entsprechende Änderung des § 21 der Beschäftigungsverordnung gefordert.

Gegenwärtig fallen unter die Regelung - das betrifft das, was hier an Beschäftigung zulässig ist - die Alltagsvorrichtungen, die Zubereitung von Speisen sowie unterstützende Hilfeleistung bei der Nahrungsaufnahme. Notwendig ist hier eine Ergänzung um grundpflegerische Maßnahmen.

Seitens der Staatsregierung wurde gefordert, dass das von der Bundesagentur entsprechend umgesetzt wird und dass entsprechende Merkblätter an die Agenturen für Arbeit gegeben werden. Dies ist offenkundig unterblieben, weil der Bundesarbeitsminister der Meinung war, dass eine Ausweitung dieses Tätigkeitsfeldes auf ausländische Haushaltshilfen, was die grundpflegerischen Tätigkeiten anlangt, nicht notwendig und aus pflegfachlichen Gründen abzulehnen sei.

Das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht nachvollziehbar. Früher war das grundsätzliche Problem vom Bundesarbeitsminister anerkannt. Ein Regelungsbedarf ist hier in der Realität offenkundig vorhanden. Wir müssen den gordischen Knoten, der durch eine fehlende Aufnahme der grundpflegerischen Tätigkeit gegeben ist, durchhauen, indem wir die Bestimmung ändern.

Aus diesem Grund hat die Koalition aus CDU/CSU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung ein entsprechendes Ziel aufgenommen. Uns ist es wichtig, dass durch

die Staatsregierung schnellstmöglich eine Initiative zur Konkretisierung des Aufgabenbereichs ergriffen wird.

In diesem Zusammenhang wird argumentiert, damit werde die Pflegefachlichkeit ausgehöhlt. Das geht aber voll an der Realität vorbei. Denn zu den eigentlichen pflegerischen Tätigkeiten werden ja die Pflegedienste und die ambulanten Dienste hinzugezogen.

Aber hier geht es um einfache Tätigkeiten, die sonst von Familienangehörigen oder Pflegehilfen übernommen werden. Eine Notwendigkeit zur Qualitätssicherung ist darüber hinaus auch deshalb nicht erforderlich, weil der Medizinische Dienst, gerade wenn ambulante Dienste hinzugezogen werden, die Pflegequalität immer sicherstellt.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen, weil er Realität, Anspruch und politische Notwendigkeit miteinander in Verbindung bringt, und zwar im Interesse unserer älteren, pflegebedürftigen Menschen und im Interesse eines humanen Pflegens zu Hause.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Steiger.

Christa Steiger (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die demografische Entwicklung und die Herausforderungen einer älter werdenden Bevölkerung sind unbestritten, ebenso der Wunsch, im Alter so lange wie möglich daheim in der gewohnten Umgebung zu bleiben. Bis dahin sind wir uns einig, Herr Unterländer.

Wenn wir uns vorstellen, dass das Durchschnittsalter beim Eintritt in ein Pflegeheim bei 85, 86 Jahren liegt, dann spricht das Bände. Mehrere intensive Blicke in den Sozialbericht sind diesbezüglich auch bei dem Kapitel "Pflege und ältere Menschen" hilfreich. Es ist eine Herausforderung für die Politik, für die Pflegekassen, die Wohlfahrtsverbände, die Pflegedienste und die Angehörigen, kurzum: für alle, zu organisieren, wie das menschenwürdige Leben im Alter sein kann.

Herr Unterländer, glauben Sie denn ernsthaft, dass der Dringlichkeitsantrag uns weiterbringt?

(Joachim Unterländer (CSU): Ja!)

Sie machen damit eine Tür auf und begeben sich auf ein Terrain, das "Pflege light" heißt.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen die Qualität infrage. Was glauben Sie denn, weshalb es im Pflegebereich eine entsprechende Ausbildung gibt, nämlich für Pflegehilfskräfte und Pflegefachkräfte?

(Joachim Unterländer (CSU): Das schließt sich doch überhaupt nicht aus!)

Die Frage, die wir im Bereich "Leben im Alter" und an den dazu notwendigen Hilfen lösen müssen, ist: Wie stelle ich die Qualität sicher? Wie stelle ich sicher, dass genügend Pflegekräfte da sind? Wie stellt man die Ausbildung sicher? Welche Netzwerke ambulanter und stationärer Hilfen sowie teilstationärer Hilfen müssen organisiert werden, zum Beispiel in der Tagespflege oder in der Kooperation zwischen hauswirtschaftlichen Hilfen und professionellen ambulanten Pflegediensten? Ich denke auch an kommunale Konzepte zur Versorgung im Alter. Wie gestalten wir dies alles insbesondere auch bezahlbar und mit Qualität? Diese Fragestellung ist eine Herausforderung. Sie ist nicht einfach zu lösen. Hier kommt unter anderem die Bürgerversicherung ins Spiel. Außerdem geht es um eine Ausbildungsumlage und um vieles mehr.

Kolleginnen und Kollegen, die Caritasstudie zum Thema ausländische Hilfskräfte zeigt doch deutlich auf, mit welchen Problemen wir es zu tun haben, nämlich mit Arbeitszeiten rund um die Uhr, 24 Stunden, sieben Tage die Woche. Das ist physische und psychische Ausbeutung. Wir können davor die Augen nicht verschließen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um Scheinselbstständigkeit und auch um Illegalität. Es geht um unseriöse Vermittlungsagenturen neben seriösen Vermittlungen, neben regulären Arbeitsverträgen und regulären Arbeitsverhältnissen. Das bleibt auf der einen Seite. Diese Auswüchse müssen wir bekämpfen. Ausländische Haushaltshilfen und ausländische Pflegekräfte müssen arbeitsrechtlich geschützt und auch entsprechend bezahlt werden, das heißt Arbeitnehmerschutz und Mindestlohn.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie wollen hauswirtschaftliche Kräfte ohne besondere Qualifikation zur Pflege zulassen. Sie sprachen von Grundpflege. Was sind denn notwendige pflegerische Alltagshilfen, wie Sie sie in Ihrem Antrag beschreiben? Wo beginnen sie und wo hören sie auf? Was Sie wollen, Herr Unterländer, unterläuft alle Qualitätsbedingungen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Genau!)

Ich erinnere Herrn Unterländer und auch die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Meyer, an unsere langen, ausführlichen Diskussionen zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz und zu den Eckpunkten der Ausführungsbestimmungen. Stationär werden hohe Anforderungen an Qualität und Qualitätssicherung gestellt. Sie haben zur Sicherheit der Bewohner hehre Worte ge-

funden. Das gleiche gilt auch für die ambulanten Pflegedienste. Im häuslichen Bereich gilt es aber dann plötzlich nicht mehr.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christa Steiger (SPD): Nein, ich gestatte keine Zwischenfragen.

Nach Ihrer Vorstellung kann dann eine hauswirtschaftliche Hilfe schon mal Medikamente eingeben, hat offensichtlich Kenntnis von der Dekubitusprophylaxe, hat offensichtlich Kenntnis darüber, wie man die ersten Anzeichen für einen möglichen Dekubitus erkennt, hat Kenntnis darüber, wie man mit Dehydrierung umgeht usw. usf. Wer überprüft die pflegerische Tätigkeit?

Wir wollen doch, dass Pflegefehler verhindert werden und wollen hilfsbedürftige Menschen nicht Risiken aussetzen. Auch die Angehörigen brauchen Sicherheit. Hinzu kommt der soziale Aspekt: die Sprache und die Verständigungsprobleme. Was mich besonders ärgert, ist der unterfränkische Ausflug von Frau Ministerin Haderthauer, die in einer unterfränkischen Zeitung zitiert wird, dass man doch für den häuslichen Bereich Pflegekräfte aus dem Osten nehmen könne; diese seien nicht nur billig, sondern entlasteten auch die unterbezahlten einheimischen Pflegekräfte. Was ist denn das für eine Philosophie?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU) - Harald Güller (SPD): Nicht dazwischenbabbeln!)

Es geht uns um den Schutz von Menschen. Was Sie in diesem Antrag formulieren, ist locker runtergerissen eins zu eins der Text des schwarz-gelben Koalitionsvertrages. Trauen Sie denn Ihren eigenen Leuten in Berlin nicht zu, dass sie ihren Koalitionsvertrag umsetzen?

Wir wollen, dass Menschen qualitativ ordentlich versorgt werden. Pflege braucht Qualifikation. Ihr Vorstoß öffnet Tür und Tor für den Missbrauch zum Schaden der betreuten Menschen. Wir lehnen diesen Antrag ab, weil er nicht zum Ziel führt.

(Beifall bei der SPD - Wortmeldung des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Mikrofon. - Es tut mir sehr leid, Herr Unterländer hat sich zuerst zu einer Zwischenintervention gemeldet. Sie wissen ja, es gibt nur eine pro Fraktion. Herr Unterländer, bitte.

Joachim Unterländer (CSU): Geschätzte Frau Kollegin Steiger, was gedenken Sie dann im Interesse der vielen tausend Haushalte zu tun, in denen Haushalts-hilfen mit pflegerischen Grundkenntnissen vorhanden sind, um ihnen tatsächlich eine Perspektive im Sinne der Angehörigen, der Familien und der Pflegebedürftigen zu geben? Wollen Sie sie in größere Probleme stürzen? Ist Ihnen bewusst, dass rechtliche Vorgaben durch die Fachkraftquote gegeben sind und dass pflegerische Grundtätigkeiten auf einer ganz anderen Ebene, nämlich jener der Alltagsverrichtungen stattfinden?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Frau Kollegin!

Christa Steiger (SPD): Geschätzter Herr Kollege Unterländer, ich habe vorhin ausgeführt, welche Dinge notwendig sind. Wenn eine Pflegekraft in einem Haushalt beschäftigt ist und die Qualifikation hat, kann sie auch pflegerische Tätigkeiten ausüben, wenn es hingegen eine hauswirtschaftliche Hilfskraft ist, nicht, geschätzter Herr Kollege Unterländer.

(Wortmeldung des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Ländner, eine Zwischenfrage ist nach einer Zwischenintervention nicht mehr möglich, da die Rednerin zu Ende gekommen ist. Das hat sich kurzfristig so ergeben; die Rede ist zu Ende. Sie wollten nun eine Zwischenfrage stellen. Das tut mir leid. Heute gibt es aber noch viele Möglichkeiten.

(Erwin Huber (CSU): Weil sie die Unwahrheit sagt und sich nicht stellt! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Na, na, na! Was heißt hier Unwahrheit? Die CSU hat Redezeit! Sie können einen zweiten Beitrag bringen! - Erwin Huber (CSU): Weil Frau Steiger vor ihm davongelaufen ist! - Unruhe)

Ich glaube nicht, dass es erforderlich ist, in die sehr sachliche Diskussion eine unnötige Schärfe hineinzubringen. Den Fraktionen steht noch Redezeit zur Verfügung: der CSU 11 Minuten 37 Sekunden, der SPD 10 Minuten 42 Sekunden, den Freien Wählern 21 Minuten 25 Sekunden, den GRÜNEN 17 Minuten 22 Sekunden und der FDP 18 Minuten 8 Sekunden. Ich meine, wir kommen mit diesen Redezeiten gut aus.

Als Nächster hat sich Herr Dr. Peter Bauer für die Freien Wähler zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die häusliche Pflege ist ein Thema, das uns in der nächsten Zeit noch öfter beschäftigen wird, denn es wird an Be-

deutung gewinnen. Aufgrund der negativen demografischen Entwicklung - das wissen wir alle - wird die Anzahl der älteren Menschen und damit auch die Anzahl der Pflegebedürftigen drastisch zunehmen. Daher muss zwingend oberstes Ziel sein, die Pflege der älteren Menschen so zu gestalten, dass die Senioren auch weiterhin im Wesentlichen selbstständig wohnen und leben können. Dies bedeutet eine deutliche Stärkung und Kräftigung der ambulanten Pflegeleistungen.

Erfreulicherweise werden derzeit viele Menschen - das wird weitgehend unterschätzt - noch zu Hause im häuslichen Umfeld gepflegt, nämlich zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen in Bayern, exakt 66,8 %. Diese Zahlen dürfen uns aber nicht zur Untätigkeit veranlassen. Vielmehr muss es unser Bestreben sein, möglichst viele ältere Menschen immer zu Hause zu halten und in ihrem sozialen und ihrem gewohnten Umfeld pflegen zu können. Diese Leistung ist gegenwärtig ohne ausländische Pflegekräfte nicht mehr zu erbringen. Ohne die ausländischen Pflegekräfte wäre der Mangel an Pflegepersonal noch wesentlich eklatanter und schwieriger zu bewältigen.

Darum ist es dringend erforderlich, dass die Staatsregierung Strategien und Konzepte entwickelt - natürlich geht es um ein Bundesgesetz, aber im Antrag steht ganz klar: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf die Bundesregierung weiter einzuwirken, dass ..." -, mit denen diesem zukünftigen Pflegemangel begegnet werden soll. Hier ist insbesondere auch das Potenzial von Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich meiner Kollegin im Sozialausschuss, Frau Ackermann, dafür danken, dass sie diesen innovativen Gedanken und Vorschlag in die Sitzung eingebracht hat. Das Potenzial von Migrantinnen und Migranten unter Berücksichtigung der sprachlichen und kulturellen Herkunft der pflegenden Personen soll genutzt und weiter ausgebaut werden. Geradezu widersinnig ist es, wenn ausländische Pflegekräfte zwar hauswirtschaftliche Tätigkeiten übernehmen dürfen, nicht aber leichte pflegerische Alltagstätigkeiten. Es gibt nämlich eine Vielzahl von solchen Alltagspflegetätigkeiten, die erforderlich sind; dabei handelt es sich nicht um akademische Pflegeleistungen, die wir natürlich auch brauchen. Viele Menschen brauchen Unterstützung beim Duschen, Baden, Rasieren, Essen einnehmen usw. Für diese Tätigkeiten sind nach unserer Auffassung keine besonderen Qualifizierungen notwendig, sondern Personen, die einfach helfen können.

Nicht verkannt werden darf hier die menschliche Nähe. Es ist ein wichtiger Aspekt unserer sozialen Kompetenz, dass hier von den pflegenden Personen menschliche Nähe gewährleistet wird. Auch hierzu braucht es

keine akademische Ausbildung, sondern die Menschen müssen einfach da sein. Deswegen sind hier auch ausländische Pflegekräfte sehr wichtig. Ich möchte aber noch einmal betonen, damit hier nicht etwas falsch verstanden wird: Die eigentlichen Pflegeleistungen, wie etwa Spritzen setzen und andere medizinische Begleitleistungen, müssen natürlich von qualifiziertem und gut ausgebildetem Pflegepersonal durchgeführt werden. Dies sicherzustellen, ist unsere Aufgabe und muss auch im Zentrum unserer Überlegungen stehen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich aber auch die ehrenamtlichen Pflegeleistungen nennen. Gerade auf diesem Gebiet können interessierte und engagierte Menschen, die sich für den Mitmenschen einbringen, mit viel Mitgefühl und Wärme die bedürftigen älteren Personen pflegen. Das soll natürlich nicht heißen - ich kann das nur nochmals wiederholen -, dass die aufwendigen medizinischen Versorgungen hier ausgebremst werden, dass wir hier einen Niedriglohnsektor schaffen. Das meine ich nicht; ich habe das vorhin schon betont.

Es ist deshalb außerordentlich bedauerlich, dass unsere Anträge zu dem Thema "Stärkung des ehrenamtlichen Engagements" von der Staatsregierung abgelehnt wurden. Vorher ist im Ausschuss so etwas einstimmig beschlossen worden; da möchte ich auf unser politisches Verständnis der Freien Wähler hinweisen. Wenn wir dann im Plenum über dasselbe Thema sprechen und abstimmen, geht wieder diese unsägliche Grenze durch unsere Reihen: Hier sitzen die, die das dann ablehnen, und da sitzen jene, die das, was im Ausschuss beschlossen wurde, nach wie vor vertreten. Es kann nicht sein, dass hier nur die Weisheitskompetenz sitzt und dort Ignoranten sitzen. Ich möchte jetzt keinen anderen Begriff verwenden, um nicht jemanden zu beleidigen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht das Verständnis von Politik des 21. Jahrhunderts. Die Menschen draußen im Lande erkennen diese Problematik. Sie haben kein Verständnis dafür, dass hier im Ausschuss in einer fachlichen Diskussion Einigkeit erzielt wird, aber im Plenum bei der gleichen Sachlage, ohne das etwas Neues dazugekommen ist, dagegen gestimmt wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das wissen die Menschen, das würdigen sie entsprechend. Von so einer Art Politik haben die Menschen die Nase voll.

Ganz besonders betonen möchte ich noch einmal die betreuten Wohngemeinschaften, ein innovatives Modell, das wir auch fördern sollten. In so einer Wohnge-

meinschaft leben durchschnittlich bis zu zehn pflegebedürftige Menschen zusammen. Diese Wohngemeinschaften verbinden die Vorteile des Heimes mit denen des häuslichen Wohnens. Diese innovative Wohnform ermöglicht es, dass pflegebedürftige Menschen sozusagen rund um die Uhr versorgt und betreut werden können. Das bringt gleichzeitig ein hohes Maß an selbstbestimmter Lebensführung bis ins hohe Alter. In dieser familiären Atmosphäre fühlen sich die Menschen wohl. Wir wissen aus neuen Untersuchungen, dass die motorischen Fähigkeiten dieser Pfleglinge zunehmen. Aber auch die geistigen Fähigkeiten nehmen in diesen Pflegeeinrichtungen, in diesen betreuten Wohnformen zu. Es kann doch nur unser aller Ziel sein; Herr Thalhammer, Sie einmal ausgenommen, denn Sie gehören zur jungen Generation. Aber ich sehe hier viele aus der Generation der Grauhaarigen, zu denen auch ich gehöre; wir stehen kurz davor. Wir müssen da doch auch für uns überlegen, was wir wollen: Wollen wir im Alter aktiv bleiben? Wollen wir im Alter sowohl motorisch als auch geistig aktiv bleiben? Hier bieten diese innovativen Wohnformen eine hervorragende Chance, das zu fördern und zu erhalten.

Der große Vorteil der ambulant betreuten Wohngemeinschaften ist weiterhin auch die Selbstbestimmung und die Selbstständigkeit der zu Pflegenden. Leider gibt es in Bayern zurzeit nur ca. 130 solche Wohngemeinschaften. Das sind nach unserer Meinung viel zu wenige; deshalb dieser Fokus auf diese neuen Wohnformen.

Diese Wohngemeinschaften bieten insbesondere auch für Menschen mit Demenz Möglichkeiten. Menschen zu pflegen, die dement sind, ist am schwierigsten. Die neuen Untersuchungen sagen uns ganz klar, dass in den nächsten Jahren die Zahl der an Demenz Erkrankten um 10, 20 % zunehmen wird. Konkret: Es wird Millionen von Bundesbürgern betreffen. Demenz hat aus medizinischer Sicht die fatale Wirkung, dass man sich zwar kämmen und waschen kann. Aber nach fünf Minuten weiß man nicht mehr, dass man sich gewaschen oder andere Tätigkeiten verrichtet hat. Das ist das Problem an der Demenz. Deshalb brauchen diese Menschen eine besondere Betreuung und Fürsorge, und dafür möchte ich mich einsetzen.

Ich möchte mich bei Frau Stewens ganz herzlich bedanken, die in den Anhörungen zur ambulanten Pflege ganz hervorragende Ansätze und Gedanken vorgebracht hat. So stelle ich mir eigentlich eine konstruktive Arbeit zwischen hier und dort vor.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das zeigt uns doch, warum wir hier sind. Wir sind doch nicht hier, um zu streiten, sondern wir sind hier, um ein

Problem, das auftritt, gemeinsam bestmöglich zu lösen. Natürlich müssen wir uns austauschen. Aber wir müssen es lösen. Insofern bedanke ich mich an dieser Stelle ganz besonders auch für die Vorarbeit im Ministerium. Ich habe darüber einiges nachgelesen, nachdem ich das Thema im Ausschuss bzw. in der Expertenanhörung öfter erlebt habe. Allen Respekt für diese Leistungen, die hier im Vorfeld erbracht worden sind. Wir müssen gemeinsam weitermachen. Wir müssen diese Zukunftsaufgabe, dieses Megathema in den Griff bekommen. Da sollten wir uns doch etwas zurücknehmen und die Probleme der Mitmenschen, die Probleme dieser pflegebedürftigen Menschen im Vordergrund sehen. Darum bitte ich Sie weiterhin um Ihre Unterstützung dieses großen sozialpolitischen Themas.

Ich möchte auch ankündigen, dass die Freien Wähler diesen Vorschlag unterstützen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich bitte jetzt für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Frau Ackermann an das Rednerpult.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um die Politik für alte Menschen. Ich möchte erst einmal mit der Kinderstube anfangen, nämlich mit der fehlenden Kinderstube von Herrn Kollegen Huber. Wenn man sagt, "weil die Steiger davon gelaufen ist", zeigt das keine Kinderstube, Herr Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich wieder auf die alten Menschen zu sprechen. Ich möchte erst einmal einen Blick auf die Situation richten: Wir haben bereits jetzt einen eklatanten Pflegenotstand. Das weist zum Beispiel der Bayerische Sozialbericht aus, der uns sagt, dass wir in den nächsten zehn Jahren 115.000 mehr zu Pflegende haben werden. Das ist ein Anstieg um ein Drittel. In dieser Zeit muss sich die Anzahl der Pflegekräfte verdoppeln; denn wir bleiben bereits jetzt hinter der Fachkraftquote zurück. Wir haben also einen Riesennachholbedarf. Ich prophezeie Ihnen, wir werden ihn nicht aufholen können, denn in der gleichen Zeit, in der wir versuchen aufzuholen, wird sich die Situation massiv verschärfen.

Wir hatten neulich eine Anhörung zur Geriatrie. Professor Oswald aus Erlangen hat ausgeführt, wie dramatisch sich die Zahl der zur Verfügung stehenden Pflegekräfte verringert. Er hat gesagt, 1880 seien auf

einen zu Pflegenden 79 potenzielle Pflegekräfte gekommen, 2008 kämen auf einen noch zu Pflegenden 10,5 potenzielle Pflegekräfte. Aber 2050 würden es nur noch 3,9 potenzielle Pflegekräfte sein. Von diesen 3,9 Menschen muss noch irgendeiner Brötchen backen, irgendeiner Straßenbahn fahren, irgendeiner vielleicht noch Arzt sein, irgendeiner muss noch Apotheker sein, und dann sind diese 3,9 Menschen ausgeschöpft. Dann haben wir niemanden mehr, der für die Pflege zur Verfügung steht, insbesondere dann, wenn die Bedingungen für die Pflege so verheerend bleiben, wie sie jetzt sind; denn der Pflegeberuf genießt in der Öffentlichkeit kein Ansehen. Wir können für die aufopfernde Tätigkeit dieser Menschen noch so hehre Worte finden, wenn wir ihnen nicht helfen, ihre Berufsbedingungen zu verbessern, wird sich daran nichts ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die jetzige Situation ist aber auch ein Abbild der Versäumnisse der Vergangenheit. Wir haben in der Vergangenheit versäumt, die ambulanten Dienste auszubauen. Wir haben es zugelassen, dass ambulante Dienste weit unterfinanziert sind, und wir haben zugelassen, dass es in Bayern Versorgungslücken und weiße Flecken in der Pflegelandschaft gibt.

Das ist die Situation. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Auszubildenden. Obwohl wir deutlich mehr bräuchten, haben wir immer weniger Menschen, die bereit sind, die Altenpflegeausbildung zu machen. Gleichzeitig geraten Berufsfachschulen für Altenpflege in Existenznöte. Das hängt auch damit zusammen, dass man sich hartnäckig weigert, die Pflegeumlage einzuführen, die dazu beitragen würde, dass es möglich ist, in allen Einrichtungen auszubilden.

All das sind die Fehler der Vergangenheit, die sich natürlich jetzt massiv rächen.

Vor dem Hintergrund dieser desaströsen Situation helfen sich viele Familien selbst und stellen eine sogenannte ausländische Pflegekraft ein. Es handelt sich dabei meist um Polinnen, um Rumäninnen oder um Ukrainerinnen. An dieser Stelle sei mir eine Anmerkung zu dem Wort "ausländische Pflegekräfte" erlaubt. Es ist sehr geschlechtsneutral formuliert. Aber, meine Damen und Herren, die Pflege ist weiblich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanna Werner-Mugendorfer (SPD): So ist das!)

Die Pflegenden sind weiblich. Die ausländischen Pflegenden sind weiblich. Die pflegenden Familienangehörigen sind weiblich und die meisten zu Pflegenden sind auch weiblich. Denn meist sind die Männer früher gestorben; übrig bleiben die Frauen, die dann gepflegt

werden müssen. Vielleicht ist das der Grund, dass Pflege weiblich ist.

(Unruhe)

Vielleicht ist das der Grund, weshalb in den letzten Jahrzehnten nichts geschehen ist. Vielleicht wäre es besser, wenn Pflege männlich wäre.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Die ausländischen Pflegerinnen sind in unseren Familien oft die einzige finanzierbare Lösung. Das aber, meine Damen und Herren, ist die Bankrotterklärung der Pflege in diesem Lande. Stellen Sie sich einmal vor, in Polen, in Rumänien oder in anderen osteuropäischen Staaten würde der Lebensstandard plötzlich ansteigen und es würde diesen Menschen sehr gut gehen. Dann würde hier in Bayern und in Deutschland die gesamte Pflegeblase platzen. Wir hätten dann eine noch schlimmere Situation, als wir sie ohnehin schon haben. Dann käme nämlich niemand mehr, um hier für Hungerlöhne alte Menschen zu pflegen.

Der Antrag versucht nun, eine Scheinlösung anzubieten, indem ausländische Pflegekräfte, wie Sie so schön sagen - ich werde im folgenden Text immer "ausländische Pflegerinnen" sagen; denn ich kenne keinen ausländischen Pfleger - auch sogenannte notwendige pflegerische Alltagshilfen verrichten dürfen. Das klingt auf den ersten Blick plausibel, ist es aber nicht. Denn wir müssen mit Vorsicht darauf schauen, ob es nicht sein könnte, dass wir damit ein Einfallstor für eine Abwärtsspirale in der Pflegequalität aufstoßen. Es besteht die Gefahr, dass der notwendige Ausbau der ambulanten Dienste durch eine Billigkonkurrenz verhindert wird. Die ambulanten Dienste - das habe ich vorhin bereits gesagt - haben schon jetzt große Probleme. Wir hatten auch im Ausschuss schon das Thema, dass private Anbieter gegenüber den Anbietern von Wohlfahrtsunternehmen deutlich schlechter gestellt sind und Existenznöte haben. Wenn wir überhaupt daran denken können, ausländische Pflegerinnen zu legalisieren, müssen damit untrennbar der Nachweis von Mindestqualifikationen und ein Mindestlohn verbunden sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten handelt es sich um Ausbeutung.

Es ist positiv zu werten, dass endlich das Problem der sogenannten illegalen Pflegerinnen wahrgenommen wird. Aber wir müssen dann auch Rechtssicherheit für die betroffenen Familien und Pflegerinnen schaffen. Wir müssen versuchen, über die Vermittlung der Arbeitsagenturen soziale und rechtliche Mindeststandards einzuführen.

Ich habe mich schon gefragt, was dieser Antrag eigentlich soll. Es steht schon im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, dass eine Besserung angestrebt werden soll. Jetzt ist Herr Unterländer leider nicht da, das ist schade.

(Hubert Aiwanger (FW): Macht nichts!)

Ich würde ihn gerne fragen, was dieser Antrag bewirken soll. - Ach, da ist Herr Unterländer! - Der Antrag unterstützt im Grunde nur das, was im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ohnehin schon steht. Weshalb haben Sie denn diesen Antrag gestellt, Herr Unterländer? Wollten Sie Ihrer Ministerin den Rücken stärken, oder haben Sie noch ein Thema gebraucht? Es bringt überhaupt nichts, diesen Antrag hier zu stellen, denn dieser Antrag ist bereits verabschiedet, Herr Unterländer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen vor einer Situation, die kaum zu lösen ist. Wenn wir aber richtige Schritte in die richtige Richtung machen wollten, müssten wir die Pflegeberufe aufwerten, wir müssten das ambulante Netz ausbauen, wir müssten niedrigschwelligere, qualifiziertere Pflegeangebote anbieten und müssten flexiblere Pflegeangebote schaffen. Wir müssten eine Pflegeumlage einführen und die Pflegestufen neu ordnen. Wir bräuchten eine grundsätzlich neue Konzeption für mehr Fachkräfte, mehr Wohngruppen und endlich mehr ambulantes Handeln statt stationäres Handeln.

Für uns ist dieser Antrag keine Lösung, sondern dient nur der Verschleierung. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Ackermann. Für die FDP hat sich Herr Dr. Bertermann zu Wort gemeldet.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ackermann und liebe Frau Steiger, großen Teilen Ihres Vortrages kann man zustimmen. Besonders der letzte Teil Ihrer Rede, Frau Ackermann, wo Sie die Perspektive für die Zukunft der Pflege in Bayern aufwerfen, ist richtig. Aber das ist jetzt nicht mein Thema.

Ihre Frage lautete: Was soll der Antrag jetzt, wenn er schon in der Koalitionsvereinbarung zu finden ist, aber noch nicht als Gesetz formuliert ist? Ich denke, dieser Antrag soll unter anderem auch zeigen, dass wir die Dringlichkeit des Problems erkannt haben und dass wir auf den Koalitionspartner in Berlin einwirken, indem wir mit einer Botschaft reagieren, die besagt, dass das

Thema auch für uns in Bayern als Koalition wichtig ist, weil es den Familien auf den Nägeln brennt.

Zu Ihren eigenen Argumenten: Die Koalition will keine "Pflege light". Wir wollen keine Verschlechterung der Qualität. Wir wollen den Arbeitsschutz der ausländischen Arbeitskräfte. Wir wollen keine Ausbeutung. Wir wollen die Migranten und Migrantinnen mit einbeziehen und wir wollen keine Niedriglöhne für eine Leistung in der Pflege, die von ausländischen Arbeitskräften erbracht wird.

Wir haben allerdings zwei Probleme, Frau Steiger. Das eine Problem ist die Frage: Was machen wir mit den hunderttausend ausländischen Arbeitskräften oder Hilfskräften in der Pflege, die jetzt schon da sind und jetzt unterschiedliche Leistungen erbringen?

(Christa Steiger (SPD): Arbeitsverträge anbieten!)

Da gibt es einen Teil, der macht nur hauswirtschaftliche Versorgung, ein anderer Teil macht auch die Grundpflege und die Behandlungspflege. Dieser Teil macht also etwas Illegales, und das geschieht deshalb, weil die Pflegekosten von den Familien nicht mehr bezahlt werden können. Das gilt es zu regeln und darauf zielt der Antrag auch ab mit der Frage, ob wir einen Weg finden, wer die definierten Leistungen erbringen darf oder wer nicht. Die Leistung muss qualitativ hochwertig sein.

Machen wir uns doch einmal ein Bild. Wir haben in Deutschland 2,2 Millionen Pflegebedürftige; von diesen 2,2 Millionen Pflegebedürftigen wird rund eine Million von deren Angehörigen versorgt, das heißt, es sind die Familien, die ihre Angehörigen pflegen. Dieser Antrag zielt letztlich darauf, diese Familienangehörigen zu entlasten.

Wer pflegt denn die Angehörigen in Deutschland? - Es sind die fünfzig- bis siebzigjährigen Frauen.

(Christa Steiger (SPD): Wem sagen Sie denn das?)

Dieser Antrag dient dazu, diese Familien zu entlasten,

(Christa Steiger (SPD): Damit nicht!)

wenn die Qualität stimmt. Wir wollen es als Koalition doch nicht zulassen, dass ein Dekubitus übersehen wird,

(Christa Steiger (SPD): Ja, eben!)

dass die Dehydrierung nicht erkannt wird. Wir wollen nicht, dass der alte Mensch falsch gefüttert oder falsch gelagert wird.

(Christa Steiger (SPD): Sie haben recht! Das wollen wir auch nicht!)

Das sind langfristige Forderungen.

Wir müssen aber kurzfristig auf die Situation reagieren. Deshalb sind für mich, Frau Steiger, die notwendigen pflegerischen Maßnahmen nicht die Maßnahmen, die jemand nach einer zweijährigen Pflegeausbildung erbringt, sondern das sind Maßnahmen im Bereich des Haushalterischen, Maßnahmen, die wir gemeinsam in den Ausführungsbestimmungen definieren müssen.

Es ist eben nicht so, dass jeder füttern kann -

(Christa Steiger (SPD): Eben! Mir müssen Sie das nicht sagen!)

das ist nicht der Fall -, sondern dazu ist eben eine ganz bestimmte Haltung erforderlich. Aber wir müssen auf die Frage reagieren, wie die ausländischen Arbeitskräfte, die jetzt schon da sind, behandelt werden sollen. Wenn Sie diese Kräfte abziehen, was passiert dann? Dann belasten Sie wieder die Angehörigen, und die Pflege bricht zusammen.

Wir müssen kurzfristig handeln. Das ist es, was Herr Unterländer und die CSU und was wir wollen. Wir wollen, dass die bestehende Situation kurzfristig gemanagt wird. Langfristig wollen wir den gleichen Weg gehen, den auch die SPD, die Freien Wähler und die GRÜNEN gehen wollen.

(Christa Steiger (SPD): Dann muss der Antrag anders lauten!)

Wir wollen eine bessere und qualitativ hochwertigere Pflegeausbildung. Dazu gibt es das Gutachten des Sachverständigenrates. Wir wollen letztlich eine grundlegende Hochschulausbildung für die Pflege. Die Ausbildung in den Pflegeberufen darf nicht länger als Sonderweg in der beruflichen Bildung gestaltet sein. Gefordert wird die Angleichung der Bildungsstrukturen, auch müssen wir auf die europäischen Herausforderungen reagieren. Nur so bleiben die Pflegeausbildung in Deutschland und das Image der Pflegeausbildung im internationalen Umfeld zukunfts- und wettbewerbsfähig. Mit diesem Antrag, meine Damen und Herren, sorgen wir dafür, dass die Menschen weiter zu Hause betreut und in Würde alt werden können.

Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen, der in meinen Augen kurzfristig die beste Maßnahme ist. Langfristig müssen wir das Image der Pflegerinnen und die Qualität der Pflege in Deutschland heben. Denn auf uns kommt ein "Tsunami" in der Pflege zu.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU hat sich noch einmal Herr Ländner zu Wort gemeldet. Danke, dass Sie sich so arrangiert haben.

Manfred Ländner (CSU): Ich gestatte mir eine kleine Bemerkung zu einem Zwischensatz in der Rede von Frau Kollegin Steiger. Sie haben einen Zeitungsartikel in unserer heimischen "Main-Post" erwähnt. Zur Richtigstellung darf ich sagen: Es ging um eine Veranstaltung von Ministerin Haderthauer in Hopferstadt, das ist ein Stadtteil von Ochsenfurt.

(Christa Steiger (SPD): Zwischenintervention!)

Der Berichterstatter, der Verfasser dieses Artikels, war nicht bei der Veranstaltung. Frau Ministerin Haderthauer wurde falsch zitiert. Daraufhin hat Frau Ministerin einen Leserbrief verfasst, dessen Abdruck aber von der Zeitung abgelehnt wurde.

So viel zur Wahrheit und Klarheit. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte bleiben Sie noch, Herr Ländner. Jetzt sind Sie Adressat einer Zwischenintervention. Bitte, Frau Steiger.

Christa Steiger (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege, ich beziehe mich auf den Presseartikel, den Sie gerade auch erwähnt haben. Es ist wohl richtig, dass die Frau Sozialministerin daraufhin einen Leserbrief an die Zeitung geschickt hat. Diese Zeitung namens "Main-Post" hat es abgelehnt, diesen Leserbrief abzudrucken, "weil Leserbriefe grundsätzlich für unbeteiligte Leser gedacht sind und nicht als Stellungnahme von Betroffenen", schreibt die "Main-Post" am 8. Dezember dieses Jahres.

Die "Main-Post" hat Frau Sozialministerin Haderthauer eine Stellungnahme angeboten. Die angebotene Stellungnahme lehnte die Ministerin ab.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, da schau her!)

Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Manfred Ländner (CSU): Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Frau Ministerin im Ursprungsartikel falsch zitiert wurde. Frau Ministerin steht nach wie vor zu dieser Aussage.

(Christa Steiger (SPD): Aus einer CSU-Veranstaltung! Das ist aber fein!)

- Bei der Veranstaltung ist der Redakteur, der den Artikel geschrieben hat, nicht anwesend gewesen.

(Hubert Aiwanger (FW): Noch schlimmer!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Staatsregierung möchte abschließend Herr Staatssekretär Sackmann das Wort ergreifen.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf diesen Zeitungsartikel nicht weiter eingehen. Der Kollege hat das dankenswerterweise klargestellt. Ich möchte aber ein paar Punkte aufgreifen, die in der Diskussion genannt wurden.

Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir vom Ministerium - ich habe auch gerade mit Frau Ackermann darüber gesprochen - nicht diejenigen sind, die die Tarifverträge vereinbaren. Das sind die Tarifparteien. Wir können nur an sie appellieren. Ich kann Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen, dass nicht nur, seit Christine Haderthauer und Markus Sackmann tätig sind, sondern dass auch früher unter Christa Stewens, Barbara Stamm und anderen bei jeder Gelegenheit darauf verwiesen wurde, dass gerade die Pflegekräfte eine bessere Bezahlung bräuchten und verdient hätten.

(Christa Steiger (SPD): Ja!)

Das sind oft Schlüsselpunkte, warum viele es ablehnen, in einen solchen Beruf zu gehen. Da kann man noch so viel werben, aber entscheidend ist, was von den Tarifparteien geleistet wird. Das wollte ich nur noch einmal klarstellen.

Ich sage das auch deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil wir am 17. September unseren Gipfel zum Thema "Zukunft der sozialen Berufe" hatten, wo wir auch noch einmal appelliert haben. Mittlerweile haben wir erste Signale bekommen. Zum Beispiel haben die Wohlfahrtsverbände vereinbart, bestimmte Kriterien anzuerkennen - lieber Kollege Dr. Beyer, Sie waren ja in anderer Funktion dabei. Dies wurde damals positiv aufgenommen. Ich glaube, wenn wir diesen Gipfel nicht einberufen hätten, hätte man diese Einigung möglicherweise noch nicht geschafft. Uns hat es jedenfalls gefreut.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Doch! Wir waren ein bisschen schneller, aber das ist nicht der Punkt!)

Das Thema Umlage möchte ich kurz ansprechen, weil es vorhin genannt wurde. Ich bin eigentlich grundsätzlich ein Gegner davon, höre aber immer mehr, auch aus den Wohlfahrtsverbänden, dass sie sich mit einer solchen Umlage anfreunden könnten. Wir wissen aber auch, dass es andere gibt, insbesondere aus dem Be-

reich der Privaten, die das ablehnen. Auch das ist etwas, was ich nicht gegen die Wirtschaft machen möchte. Wenn, dann muss das auch von den Verbänden gemeinsam getragen werden.

Konkret zum Antrag. Wir haben eine unzureichende Rechtslage, das ist heute schon des Öfteren dargestellt worden. Herr Professor Bauer hat zu Recht darauf verwiesen, dass hier Unsicherheiten bestehen. Ich möchte nur zwei ganz kurze Beispiele nennen. Eine ausländische Haushaltshilfe darf zum Beispiel in einem Haushalt kochen, aber beim Verabreichen des Essens darf sie nicht helfen. Sie darf zum Beispiel die Wäsche waschen, aber beim Ankleiden darf sie nicht helfen. Ich glaube, diese beiden Beispiele zeigen, dass diese Tätigkeiten dazugehören würden und auch selbstverständlich sind und - ich habe mich gerade mit Christa Stewens unterhalten - auch in der Familie selbstverständlich geleistet werden. Aber eine Haushaltshilfe darf es nicht machen. Das ist etwas, was schleunigst geändert gehört.

(Beifall des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FW))

Das ist realitätsfremd, das ist unpraktikabel. Hier wollen wir entsprechend tätig werden.

Was haben wir bisher unternommen? Punkt eins: Wir haben den damaligen Bundesarbeitsminister Scholz darauf hingewiesen, dass eine Änderung notwendig ist. Er hat dies zwar anerkannt, aber nichts unternommen.

Punkt zwei: Wir sind in den Koalitionsvertrag mit diesen Fragen hineingegangen. Ich möchte mich bei meiner Ministerin bedanken, die mit der Partei massiv gekämpft hat, dass dies erreicht wurde.

Punkt drei: Morgen wird im Bundesrat ein entsprechender Änderungsantrag von Bayern behandelt.

Punkt vier: Wir haben vor wenigen Tagen der neuen Arbeitsministerin einen Brief zu diesem Thema geschrieben, in dem wir noch einmal auf diese Rechtsunsicherheit hingewiesen haben.

Wir hoffen, dass auch von der heutigen Sitzung ein Signal ausgeht, dass endlich etwas getan werden muss und entsprechende Regelungen geschaffen werden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zu einer Zwischenintervention, nehme ich an - denn die Frage hat sich mit dem Ende der Redezeit erledigt - hat sich Frau Kollegin Ackermann gemeldet.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Staatssekretär, stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass Sie zwar den Arbeitsbereich der ausländischen Pflegerinnen ausweiten wollen, aber in diesem Antrag nicht daran gedacht haben, auch deren Rechtsstellung zu festigen und zu sichern? Das wäre dringend notwendig, nachdem das Oberlandesgericht Bamberg bereits festgestellt hat, dass hier eine Scheinselbstständigkeit vorgegaukelt wird und für diese Menschen in keiner Weise eine Rechtssicherheit besteht.

Wenn Ihnen diese Pflegerinnen so wichtig sind, warum sichern Sie dann nicht auch ihren Lebensstandard so ab, dass sie tatsächlich Rechtssicherheit bekommen?

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Kollegin Ackermann, dafür sind wir nicht zuständig; dafür ist der Bund zuständig. Wir haben mehrmals darauf hingewiesen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatssekretär. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2958 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der Freien Wähler und Frau Pauli. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion der SPD. Enthaltungen? - Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Markus Reichhart und Fraktion (FW)

Besetzung des Verwaltungsrats bei der Bayerischen Landesbank (Drs. 16/2960)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung stammt natürlich vom Antragsteller. Herr Aiwanger, bitte.

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte der letzten Tage um die Zukunft der Landesbank und um den Verkauf der HGAA usw. kam immer wieder darauf zurück, dass sich die Opposition, dass sich der Rest des Landtags zu wenig in die Entscheidungen eingebunden fühlt. Wir fühlen uns nicht nur nicht eingebunden, sondern wir fühlen uns massiv in der Informationspolitik abgehängt, und am Ende sollen wir die Hand für Entscheidungen heben, obwohl uns die Grundlagen dafür fehlen. Wir wollen uns nicht in die Schmollecke zurückziehen, sondern bitten um mehr Teilhabe an der Diskussion und um mehr Informationen. Unser Dringlichkeitsantrag lautet: "Die

Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, den Verwaltungsrat bei der Bayerischen Landesbank so zu besetzen, dass jede Fraktion, die im Landtag vertreten ist, mindestens einen Vertreter entsenden kann." Dieser Antrag ist somit nur folgerichtig.

Wie ist der Verwaltungsrat momentan aufgestellt? Darin sitzen die Staatsminister der Finanzen, des Innern und der Wirtschaft, ein weiterer Vertreter des Staatsministeriums, ein Vorstandsmitglied einer bayerischen Sparkasse, ein Vertreter eines bayerischen kommunalen Spitzenverbandes, ein Vertreter des Personalrats der BayernLB und vier weitere externe Mitglieder, die aber, wohlgemerkt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen bestellt werden müssen. Uns fällt auf, dass der Vorsitz beim Staatsminister der Finanzen liegt; okay. Mit Sicherheit bringt das doppelte Stimmrecht der Minister in diesem Gremium in der aktuellen Lage einen Gewissens- oder Arbeitszielkonflikt mit sich. Schon bei oberflächlichem Lesen fällt auf: Mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats muss über Sachverstand in Rechnungslegung und Abschlussprüfung verfügen.

(Heiterkeit bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, man kann sich jetzt auf das EU-Recht zurückziehen und sagen, es ist eine EU-rechtliche Vorgabe, dass mindestens ein Mitglied des Verwaltungsrats über Sachverstand in Rechnungslegung und Abschlussprüfung verfügen muss. Meine Damen und Herren - bitte verzeihen Sie diese direkte Bemerkung -, bei den anderen hat bisher offensichtlich das CSU-Parteibuch ausgereicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Herr Ministerpräsident hat von strukturellen Konsequenzen gesprochen, die gezogen werden müssen. Wir haben in unserem Änderungsantrag zum Gesetzesentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Landesbankgesetz und zum Sparkassengesetz im Juni 2009 strukturelle Konsequenzen aufgezeigt. Die Änderung, den Ministerpräsidenten in den Verwaltungsrat hineinzunehmen, ist nur dann zielführend, wenn der Ministerpräsident tatsächlich mit drin säße.

Im heutigen Dringlichkeitsantrag fordern wir, dass jede Fraktion, die im Landtag vertreten ist, mindestens einen Vertreter entsenden kann. Bitte sagen Sie also nicht, wir sollten einen Antrag zur Gesetzesänderung vorlegen und keinen Dringlichkeitsantrag. Das haben wir damals getan, und Sie haben den Antrag abgelehnt. Aufgrund der politischen Aktualität haben wir jetzt einen Dringlichkeitsantrag nachgereicht. Ich sage noch einmal: Wir haben bereits im Juni 2009 gefordert, dass pro Fraktion je ein Vertreter in den Verwaltungsrat kommt.

Dann wollen wir hier auch den Sachverstand im Gremium etwas aufmörteln. Wir haben daher gefordert, dass eines von den vier weiteren externen Mitgliedern fundierte Kenntnisse und Erfahrungen im Passiv- und Aktivgeschäft und im Immobiliengeschäft haben muss. Das geht also über das hinaus, was momentan gefordert ist. Das ist mehr als recht und billig vor dem Hintergrund, was wir aktuell erleben.

Herr Minister Fahrenschon hat im Ausschuss beim Gespräch über diese Dringlichkeitsanträge einige Äußerungen fallen lassen, etwa des Inhalts: Es sei ihm, dem Finanzminister Fahrenschon, schon wichtig, in grundlegenden Fragen in Abstimmung mit dem Bayerischen Landtag zu handeln; wo bleibe hier die Opposition. - Dann heißt es weiter, er halte es aber für problematisch, dass jede Fraktion einen Sitz im Verwaltungsrat habe; denn es gebe hier zwei zentrale Verantwortungskreise, einmal den Verantwortungskreis von Vorstand und Verwaltung, der sich damit beschäftige, wie man die Bank positioniert und für die Zukunft gut aufstellt; der Vorstand arbeite hoch engagiert, der Verwaltungsrat stehe ihm zur Seite, kontrolliere ihn und sei bei der Ausrichtung mit Leitentscheidungen behilflich. Dem stehen in meinen Augen die Aussagen von Herrn Beckstein entgegen, der sich nur als nominales Mitglied des Verwaltungsrates gefühlt hat. Hier steht aber, der Verwaltungsrat kontrolliere die Ausrichtung und sei bei Leitentscheidungen behilflich; eine Beteiligung der Opposition sei nicht nötig, weil die Mitglieder der Staatsregierung den Abgeordneten rund um die Uhr Rede und Antwort stehen würden, um den Anliegen der Fraktionen zu entsprechen.

Es heißt weiter, die vier externen Mitglieder seien keine willfährigen Marionetten, sondern sie nähmen ihr Amt vielmehr unabhängig, weisungsfrei und mit vollem Stimmrecht wahr. - Die vier externen Mitglieder sind also keine Marionetten. Offensichtlich gibt es nominale Mitglieder, ich habe aber keine Ahnung, welche Rolle die bei Leitentscheidungen spielen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Aiwanger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hubert Aiwanger (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, ich rede jetzt fertig.

Die Entsendung des Ministerpräsidenten hält er auch nicht für erforderlich; denn nach der Bayerischen Verfassung sei jeder Staatsminister für sein Ressort verantwortlich. Herr Ministerpräsident hat bei der HGAA-Entscheidung aber bekannt gegeben, er hätte um 6.30 Uhr morgens die finale Entscheidung getroffen, die HGAA zu verkaufen. Hier sagt man, das sei nicht erforderlich, jeder sei für sein Ressort selbst verantwortlich. Der Ministerpräsident ist nicht im Verwaltungsrat,

das ist auch nicht nötig, aber er trifft die letzte Entscheidung.

Auch das Doppelstimmrecht der staatlichen Vertreter kann man in meinen Augen in Zweifel ziehen. Darüber wollen Sie aber selbst entscheiden. - Es sei davor zu warnen, die staatliche Beteiligung über zusätzliche Vertreter des Landtags umzusetzen; so Originalzitat Herr Fahrenschon.

Meine Damen und Herren, das ist der Hintergrund. Man will die Opposition aus dem Verwaltungsrat heraushalten, man braucht sie nicht, alles ist in Butter, man hat die Lage im Griff, und wir werden dann informiert, wenn es nötig ist, und zwar rund um die Uhr, und in die anderen Angelegenheiten sollen wir uns bitte nicht einmischen. Angesichts der Ereignisse der letzten Tage und Monate ist es aber überfällig, dass wir die Zusammensetzung des Verwaltungsrats ändern. Der Landtag und die Staatsregierung mögen dafür sorgen, dass je ein Vertreter der Landtagsfraktionen mit am Tisch sitzt. Wenn uns das nicht gelingt, dann sind wir eine traurige Gesellschaft.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Aiwanger.

(Abgeordneter Hubert Aiwanger (FW) bleibt am Rednerpult)

Herr Kollege Aiwanger, es gibt keine Zwischeninterventionen. Sie dürfen zu Ihrem Platz zurückgehen.

Die nächste Wortmeldung von der CSU kommt von Herrn Weidenbusch, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, ich darf zum Antrag zunächst formal sagen: Wir werden den Antrag ablehnen, weil es uns als abwegig erscheint, als Landtag die Staatsregierung zu etwas aufzufordern, wenn wir selbst als Gesetzgeber dazu berufen wären, das Ziel zu erreichen, das Sie mit dem Antrag verfolgen.

(Hubert Aiwanger (FW): Das habt ihr auch schon abgelehnt, ihr lehnt alles ab, ihr versteckt euch immer hinter einem anderen Baum!)

Es macht doch wirklich keinen Sinn, die Staatsregierung aufzufordern, wenn der Landtag selbst der Gesetzgeber ist, der diese Veränderung herbeiführen kann. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie das wollen. Sie sollten aber zugeben, dass es nicht sinnvoll wäre, wenn sich der Landtag mit solchen Anträgen seiner Gesetzgebungsrechte berauben würde.

Ich habe gestern diesen Antrag gelesen. Mein erster Reflex war, mir zu überlegen, was ich den Freien Wählern sagen würde. Ich habe einmal nachgeschaut, was dort passiert, wo nicht die CSU in den Verwaltungsräten von Kreditinstituten sitzt. Ich könnte Ihnen das im Einzelnen vortragen. Ich könnte Beispiele der SPD und der Freien Wähler anführen. Bei den GRÜNEN gibt es solche Beispiele nicht, weil diese nirgendwo so viel Macht hatten, dass sie etwas versaubeuteln konnten. Das führt uns aber nicht weiter. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir diesen Bankbetrieb organisieren.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist der Auftrag!)

Sie werfen den Verwaltungsräten vor, Fehler begangen und sich strafbar gemacht zu haben. Außerdem stellen Sie die Frage nach der Haftung.

(Hubert Aiwanger (FW): Diese Frage lässt sogar Herr Fahrenschon prüfen!)

- Herr Kollege Aiwanger, seien Sie doch nicht so aufgeregt. Das ist doch nicht notwendig. Lassen Sie uns einmal seriös den Sachverhalt betrachten.

Dieser Landtag hat vor einem Jahr beschlossen, 10 Milliarden Euro in den Haushalt einzustellen, davon 7 Milliarden Euro für die Eigenkapitalstärkung der BayernLB und 3 Milliarden Euro als stille Einlage. Ich bitte alle heute anwesenden Kolleginnen und Kollegen, auf der Heimreise einen weißen Zettel zur Hand zu nehmen und aufzuschreiben, wie sich diese 10 Milliarden Euro im Einzelnen zusammensetzen. Alle Kolleginnen und Kollegen sollten sich fragen, ob sie damals nachvollzogen haben, welche Risikobeurteilungen zu welchen Einzelbewertungen führten und warum die damalige Summe bei 10 Milliarden Euro gelegen hat.

Ich bitte jeden - auf der Nachhausefahrt, nicht jetzt - ehrlich zu sein und die Frage zu beantworten, ob er sich damals nicht darauf verlassen hat, was der Finanzminister, die Bank und die Finanzexperten in der jeweiligen Fraktion gesagt haben. Dann können Sie ermes- sen, inwieweit sich ein Verwaltungsrat auf die Vorlagen des Vorstandes und auf die Aussagen der zur Prüfung berufenen Beamten verlassen muss und inwieweit er sich selbst damit befassen kann. Hier sind selbstver- ständlich unterschiedliche Gewichtungen möglich, mit denen unterschiedlich umgegangen werden kann. Ich bitte jedoch - auch bei der eigenen Betrachtung im Spiegel - um ein bisschen Fairness. Haben Sie zu allen Themen, über die wir hier entscheiden, die notwendige Erkenntnistiefe, die eigentlich erforderlich wäre?

(Hubert Aiwanger (FW): Geben Sie uns doch diese Erkenntnistiefe! Warum mauern Sie? Warum wol- len Sie die Oppositionsvertreter partout nicht im

Verwaltungsrat haben? Arbeitnehmervertreter und Externe sind im Verwaltungsrat, aber wir nicht!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Sie haben die Möglichkeit, Zwischenfragen zu stellen oder eine Zwischenintervention zu machen.

Ernst Weidenbusch (CSU): Ich habe versucht, Ihnen zu sagen, dass die Wahrnehmung dieser Aufgaben - unabhängig davon, welches Parteibuch jemand hat - schwierig ist. Sie wiederholen ständig, das CSU-Parteibuch sei Voraussetzung für die Mitgliedschaft gewesen. Das stimmt natürlich nicht.

(Hubert Aiwanger (FW): Dr. Naser hat es schnell noch abgelegt!)

- Sie wissen doch ganz genau, dass im Verwaltungsrat professionelle Sparkassenvertreter waren, die kein CSU-Parteibuch hatten. Aus politischen Gründen blen- den Sie aus, dass im Verwaltungsrat zwei Vollzeit- Sparkassenleute saßen. Das sind keine CSU-Mitglie- der. Sie nennen diese Leute Experten.

(Beifall bei der CSU)

Wo war das Veto dieser Experten? Wir würden nicht hier sitzen, wenn es automatisch funktionieren würde, sobald pro Fraktion ein Experte im Verwaltungsrat sit- zen würde. Das ist leider nicht der Fall.

(Hubert Aiwanger (FW): Dann würde aber etwas kritischer gearbeitet!)

Ich bin dafür, dass wir uns zur Regelung dieser Fragen Mechanismen überlegen.

(Hubert Aiwanger (FW): Dafür ist es höchste Zeit!)

Sie machen es sich aber sehr einfach. Sie sagen, wenn ein Experte Ihrer Fraktion im Verwaltungsrat gesessen hätte, wären die Probleme nicht aufgetaucht. Die Hypo Group Alpe Adria wäre dann im letzten Jahr auf wun- dersame Weise plötzlich zu einem Goldesel geworden. So stellen Sie das dar. Sie wissen, dass das nicht stimmt.

(Hubert Aiwanger (FW): Machen Sie sich nicht lä- cherlich! Das habe ich nie gesagt! Ich habe gesagt, dass die Kontrolle dann kritischer gewesen wäre!)

- Doch, das haben Sie gesagt. Auch wenn die Kontrolle kritischer gewesen wäre, hätte sich am Ergebnis nichts geändert. Das müssen Sie einräumen.

(Hubert Aiwanger (FW): Das würde ich bezwei- feln!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Weidenbusch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pohl?

Ernst Weidenbusch (CSU): Geht diese Frage von meiner Zeit ab?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ja.

Ernst Weidenbusch (CSU): Dann nicht.

Leider ist es nicht so einfach, dass alles gut läuft, wenn es ein anderer macht. Sie hätten den Verwaltungsrat zwar kritischer begleiten können, es wäre aber nichts anderes herausgekommen. Heute ist Weihnachten. Da man an Weihnachten Wünsche äußern kann, wünsche ich den kommunalen Spitzenverbänden, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst sind und bei der Auswahl ihrer Vertreter in Gremien das nötige Verantwortungsbewusstsein haben und dabei alles richtig machen, auch in naher Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwan-
ger (FW): Meinen Sie Herrn Schaidinger?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die Zwischenfrage wurde in eine Zwischenintervention umgewandelt. Bitte, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FW): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Weidenbusch, wir haben Ihren netten Weihnachtsgruß an Herrn OB Schaidinger nach Regensburg vernommen. Ich denke, dass das Parlament und die Regierung etwas anderes sind als der Verwaltungsrat und der Vorstand. Wir haben im Dezember letzten Jahres über die Frage befinden müssen, ob wir der BayernLB 10 Milliarden Euro geben oder sie mit einem Risiko von 100 Milliarden Euro - Zitat Ministerpräsident Seehofer - sterben lassen sollen. Hier erübrigt sich eine Risikobeurteilung.

Niemand kann behaupten, er hätte es anders oder besser gemacht. Aber diejenigen, die in der Verantwortung waren und es schlecht gemacht haben, haben nun einmal diese Verantwortung. Wir wollten damals mit unserem Antrag, den wir heute wiederholen, nur eines bezwecken: Wir wollten deutlich machen, dass wir künftig bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Wir fordern eine Abkehr von dem bisherigen System, das Sie in einer der letzten Sitzungen wie folgt umschrieben haben: Wenn man andere als die Mitglieder der Regierungsfaktionen in diesen Verwaltungsrat reinließe - also Freie Wähler, SPD oder GRÜNE -, würde dadurch das Rating dieser Bank gefährdet. Ich denke, das Rating dieser Bank wurde durch andere Dinge gefährdet.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Pohl, abgesehen davon, dass ich nicht glaube, dass dieses Zitat korrekt ist, schlage ich vor, dass uns die Bankexperten aller Fraktionen eine Kostprobe ihrer Kenntnisse geben. Sie können an diesem Mikrofon sagen, wie diese 10 Milliarden Euro im letzten Jahr genau kalkuliert wurden.

(Hubert Aiwan-
ger (FW): Wir können die Leiche nicht mehr sezieren. Vorher waren wir nicht dabei!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Weidenbusch, bleiben Sie bitte am Pult. Herr Kollege Halbleib hat sich zu einer weiteren Zwischenintervention gemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Kollege Weidenbusch, in Ihrem Eingangsstatement haben Sie das Parlamentsverständnis der Antragsteller moniert. Würden Sie mir zustimmen, dass es schon um das Selbstverständnis dieses Parlaments als Haushaltsgesetzgeber geht? Die Argumente, die Sie gegen eine Beteiligung der Oppositionsfraktionen im Verwaltungsrat vorgetragen haben, wurden auch angeführt, als es um die Frage ging, in welcher Weise sich der Bayerische Landtag an Grundsatzentscheidungen bezüglich der Bayerischen Landesbank zu beteiligen hat.

Lange Zeit wurde vonseiten der CSU und der Staatsregierung vorgeschlagen, uns kein Beteiligungsrecht einzuräumen. Bei der Reformierung des Landesbankgesetzes ist das auch lange Zeit so geblieben. Dann kamen Sie zu der Erkenntnis, dass der Haushaltsgesetzgeber in einem Ausmaß von den Auswirkungen des Desasters bei der Landesbank betroffen ist, dass es sinnvoll ist, ein Beteiligungsrecht des Landtags vorzusehen. Die Konsequenz müsste meiner Auffassung nach sein - da sind Sie als Parlamentarier angesprochen -, dass das Parlament über die Fraktionen an den Entscheidungen des Verwaltungsrats mitwirkt.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben zwei Minuten, die nicht von der Redezeit abgehen.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Halbleib, Ihre Frage lautete, ob ich Ihnen zustimmen würde. Die Antwort ist Nein.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es gibt keine weiteren Zwischeninterventionen. Für die SPD zu Wort gemeldet hat sich Frau Aures. Darf ich Sie nach vorn bitten?

Inge Aures (SPD): Sehr verehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst möchte ich einmal für das Protokoll feststellen, heute ist nicht Weihnachten, auch wenn Herr Weidenbusch sagt, es ist heute Weihnachten. Ein bisschen muss er sich noch gedulden, bis es soweit ist.

Ich möchte heute noch einmal deutlich machen, dass nicht alles, was die CSU sagt - -

(Zurufe von der CSU)

- Moment. 16.12.2008, gleiche Stelle, gleiche Leute: 10 Milliarden Euro in die Bayerische Landesbank versenkt.

(Zurufe von der CSU)

- Ja, um die Kernkapitalquote für die HGAA zu stützen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Wie war die Kalkulation der 10 Milliarden?)

- Melden Sie sich doch einfach zu Wort, Herr Weidenbusch. Sie haben gesagt, der Landtag ist der Gesetzgeber. Da haben Sie natürlich recht, aber als wir das Landesbank-Gesetz fortschreiben wollten und die Oppositionsparteien dafür gestritten haben, dass von jeder Fraktion mindestens ein Vertreter im Verwaltungsrat sitzt, haben Sie sich arrogant darüber hinweggesetzt. Sie wollen unter sich bleiben und die Dinge in der CSU allein ausmachen. Sie wollen überhaupt keinen Sachverstand.

(Beifall bei der SPD)

Eines muss ich Ihnen sagen: Da sind manche, die können nicht bis drei zählen. Den Eindruck muss man jetzt gewinnen. Da wird das Geld mit ABS-Papieren versenkt, sich aufgepumpt mit Milliarden, die nicht gebraucht werden, das Geld wird auf den Kreditmarkt geschwemmt, kein Wirtschaftsunternehmen hat das Geld gebraucht. Und was ist daraus geworden? - Das hängt uns alles an der Backe.

(Beifall bei der SPD)

Der Landtag wird ausgeschlossen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir von den Oppositionsparteien wollen ein Mitspracherecht. Das steht uns zu; denn nicht nur die Regierungsbank mit doppeltem Stimmrecht kann darüber befinden, was mit dem Geld der bayerischen Bürgerinnen und Bürger passiert, sondern wir, der Landtag, sind das eigentliche Gremium.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zunächst habe ich gedacht: Was wollen die Freien Wähler jetzt schon wieder mit einem Antrag? - Aber sie haben natürlich recht. Sie brauchen sich nur anzusehen, was in den letzten Wochen passiert ist und was Tag für Tag in den Zeitungen steht. Schauen Sie sich einmal die österreichischen Zeitungen an. Da steht drin: Hypo Alpe Adria - 400 Luxusjachten sind spurlos verschwunden. Es gibt Leasingverträge, von denen keiner mehr weiß, wer sie abgeschlossen hat. Da geht es um Leute, mit denen Geschäfte gemacht worden sind, die Kriegsverbrecher sind. Die sitzen jetzt im Knast, die anderen haben sich abgesetzt. Das sind unsere Partner auf dem Balkan. Dafür sollen jetzt die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die sich buckeln müssen, um ihr Geld zu verdienen, aufkommen.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Machen Sie nur weiter in Ihrer Arroganz und Überheblichkeit, die Bürger vergessen das nicht. Diese 10 Milliarden Euro hängen uns an der Backe mit 400 Millionen Euro pro Jahr. Man braucht sich nur anzuschauen, was in den Zeitungen in Österreich zu lesen ist. Ich zitiere wörtlich aus dem "Standard": "Kärnten war zweimal Sieger, einmal beim Verkauf und auch jetzt." - Die schlagen sich auf die Schenkel und lachen sich über uns kaputt, wie blöd wir sind. Mit uns kann man machen, was man will. Ich frage Sie: Wo ist der Sachverstand in diesem Verwaltungsrat? - Da sind Leute drin, die sind sicher kompetent in ihrem Fachbereich, in ihren Städten und Gemeinden, aber sie haben keinen Sachverstand bewiesen, als es darum ging, Risiken korrekt einzuschätzen und Schaden von diesem Land abzuwenden.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Machen Sie weiter in diesem Gremium, kochen Sie weiter mit Ihrem CSU-Parteibuch! - Bei der nächsten Wahl ist es dann vorbei.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nächste Wortmeldung: Herr Hallitzky für das B ÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Bevor Herr Hallitzky redet, möchte ich bekannt geben, dass die Freien Wähler namentliche Abstimmung beantragt haben.

Eike Hallitzky (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir nur, kurz auf drei Punkte einzugehen.

Ich verstehe den Antrag der Freien Wähler so, dass der Begriff "dafür Sorge zu tragen" so zu verstehen ist, dass die Staatsregierung mit einem eigenen Gesetzentwurf aktiv wird, weil die Mehrheitsfraktionen die Gesetzentwürfe der Opposition abgelehnt haben. Natürlich wissen wir auch, dass die Staatsregierung nicht unter Verzicht auf ein neues Gesetz Frau Aures, Herrn Pohl und Herrn Hallitzky in den Verwaltungsrat berufen könnte, so gern sie das auch würde - ich weiß es. Deswegen ist die Forderung nach einem eigenen Gesetzentwurf richtig.

Warum ist sie richtig? - Sie ist aus zwei zentralen Gründen richtig: Das eine ist unser Verständnis von Demokratie. Die wesentlichen Entscheidungen rund um die Landesbank haben das Budgetrecht des Landtags ausgehebelt. Das ist keine theoretische Fragestellung. Das Budgetrecht ist das Königsrecht des Landtags, und das Verhalten der Vertreter der Exekutive im Verwaltungsrat hat dieses Budgetrecht ausgehebelt. Die Staatsregierung und ihre Mitglieder im Verwaltungsrat allein haben die fundamentale Erosion der finanzpolitischen Spielräume Bayerns auf Jahre hinaus festgeschrieben. Sie haben die Erosion zu verantworten. Frau Aures hat dazu einiges skizziert.

Das unterscheidet die Beteiligung an der Landesbank fundamental von allen anderen Beteiligungen. Deshalb ist die Forderung des Landtags richtig, dass alle Fraktionen der Legislative unmittelbar die Entscheidungen der Bayerischen Landesbank zu kontrollieren und zu beeinflussen haben. Das aber funktioniert nur mit Sitz und Stimme im Verwaltungsrat. Das ist der eine Grund.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Der Grund ist aber nicht nur eine Verfassungsproblematik, die sich hier auftut. Der Grund ist auch ein sehr praktischer. Sie pflegen gern zu argumentieren, dass die Politiker mangels Know-how gar nicht in der Lage sind zu kontrollieren, was im Übrigen offensichtlich nicht dann gilt, wenn es Ihre Politiker sind. Das ist ein überraschendes Selbstbewusstsein angesichts der Erfahrungen, die wir mit dem Desaster der Landesbank gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Es wird doch niemand ernsthaft behaupten, dass Herr Naser auch nur ein sinnvolles Wort zum Erwerb der HGAA gesagt hat, obwohl er Experte war. Wenn wir in dieser Woche die Statements der Herren Beckstein,

Huber und Schmid lesen, dann ist doch die herausragende Aussage nicht: Wir waren zu blöd, um das kontrollieren zu können. Nein, die herausragende Botschaft war: Wir hatten keine Lust zu kontrollieren, wir haben uns auf andere verlassen. Deshalb haben Sie sich auf die Aussagen und Bewertungen jener verlassen, die Sie eigentlich hätten kontrollieren müssen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Mehrheitsfraktion, ist ein systemisches Kontrollproblem. Wir brauchen den Willen zur Kontrolle, und den haben Sie nicht bewiesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wer, wenn nicht die Opposition, hätte den Willen und die Kraft und das herausragende Interesse zu kritisieren, zu widersprechen, nachzufragen, zu korrigieren, sprich: zu kontrollieren? Wer, wenn nicht die Opposition? Deshalb ist das jetzige Landesbank-Gesetz, auf Grund dessen Sie altgediente Wirtschaftsfürsten - ich nenne sie einmal die "Pierers des Mittelstands" mit allen Zweideutigkeiten, die in diesem Namen mit-schwingen - und nicht die Opposition in den Verwaltungsrat der Landesbank berufen haben, nicht das, was dieses Land braucht. Diese Konstruktion ist nicht das, was dieses Land braucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder glauben Sie im Ernst, dass es ausreichend ist, nur Menschen vom Schlage eines Herrn Schaidinger im Verwaltungsrat herumsitzen zu haben, der jede Entscheidung mitgetragen hat und dabei nach eigener Aussage niemals einen Fehler gemacht hat? Herr Schaidinger beklagt sich jetzt auch noch öffentlich darüber - das ist die Höhe -, dass die Medien der Tatsache große Aufmerksamkeit schenken, dass 10 % des Staatshaushalts durch seine Mitentscheidung verpulvert werden. Er meint, solche Berichte stören den professionellen Umgang mit dem Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin fast vom Stuhl gefallen, als ich gestern diese Ticker-Meldung von Herrn Schaidinger gelesen habe, diese Kombination von Dreistigkeit und Inkompetenz der Verwaltungsräte, die Ihrer Partei angehören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, spätestens nachdem Sie das vertrauliche Protokoll der Verwaltungsratssitzung vom 21.07. gelesen haben, spätestens dann, wenn Sie dort erfahren haben, wie die Landesbank-Kontrollurin in sachlich nicht nachvollziehbarer Weise von den Herren des geschlossenen Zirkels Verwaltungsrat auseinandergenommen wurde, spätestens dann, so bin ich mir sicher, werden auch Sie langsam dazu kommen, dass die Forderung nach Sitz und Stim-

me der Opposition des Landtags im Verwaltungsrat nie so wichtig war wie heute.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FDP spricht Herr Kirschner. Ich bitte Sie ans Pult.

(Klaus Stöttner (CSU): "Dr. Kirschner", so viel Zeit muss sein!)

- Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ich bin der Herr Kirschner.

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema hier schon einmal diskutiert, und ich muss Ihnen gestehen, Frau Aures, all die Dinge, die Sie ausgeführt haben, treffen den Nagel auf den Kopf - was die Vergangenheit anbelangt.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Gleiches gilt für die Ausführungen von Herr Hallitzky. Ich widerspreche dem, was die Vergangenheit anbelangt, in keiner Weise. Im Gegenteil: Es ist nahezu beschämend, was dort abgelaufen ist und wie sich die einzelnen Personen, soweit man das nachlesen kann, dort verhalten haben. Wir kennen den Zustand.

Ich komme aber jetzt auf einen ganz wesentlichen Punkt in der Sache, der weniger politisch besetzt ist. Es geht um die neuen gesetzlichen Vorgaben und die neuen BaFin-Vorgaben. Wir haben § 116 des Aktiengesetzes, der wohl auch für die Verwaltungsräte der Bayerischen Landesbank gilt. Dort wird die Sorgfaltspflicht der Aufsichtsräte beschrieben. Im Kommentar heißt es ganz klar: Zunehmend wird die fachliche Kompetenz der einzelnen Verwaltungsräte gefordert. Darüber hinaus gibt es das neue MaRisk, das ist die Mindestanforderung an das Risikomanagement von Sparkassen und Landesbanken. Das wurde am 04.08.2009 in Kraft gesetzt und muss von den Sparkassen und Landesbanken bis zum 31.12.2009 umgesetzt werden. Dort heißt es ganz klar und deutlich: "Der einzelne Verwaltungsrat muss die fachliche Kompetenz nachweisen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Sparkassen ist es noch relativ einfach, weil man dort die Kreditnehmer kennt, weil man weiß, wer der Unternehmer ist, weil man weiß, wie er lebt und wie er sich in der Vergangenheit verhalten hat. Dort sind die Dinge noch relativ gut einschätzbar.

Aber ich bitte doch zu berücksichtigen, dass wir in der Landesbank - und selbst wenn von 400 Milliarden Euro Bilanzsumme auf 200 Milliarden Euro abgeschmolzen wird - im internationalen Geschäft sind, und wenn ich da im Verwaltungsrat tätig sein möchte oder bin, muss ich eine hohe fachliche Kompetenz nachweisen. - Ich spreche jetzt nicht von der Vergangenheit, sondern ich spreche von dem, was uns der Gesetzgeber in der Zukunft da auferlegt.

Ich verweise des Weiteren auf einen Artikel im Wirtschaftsteil der gestrigen "Süddeutschen Zeitung", wonach die EU - in den "Kurznachrichten" nachzulesen - der LBBW, also der Schwester der Bayerischen Landesbank in Baden-Württemberg, vorgegeben hat, dass der Verwaltungsrat, soweit er politisch besetzt ist, komplett ausgewechselt werden muss und ein fachlich kompetenter Verwaltungsrat hineinkommen muss.

Wenn Sie, Herr Aiwanger, darauf hinweisen, dass man ausweichen könnte und jede Fraktion einen Fachmann benennt, ist das ja in Ordnung, nur, ich verweise wiederum auf die §§ 116 und 93 des Aktiengesetzes. Dort ist bestimmt, dass der Verwaltungsrat einer hohen Verschwiegenheitspflicht unterliegt. Das heißt, Sie bekommen ja gar keine Informationen. Ich bekomme auch keine Informationen, selbst wenn ich es gerne hätte, weil ich nicht im Verwaltungsrat sitze.

Insofern ist der politische Zugang zu Informationen, auch wenn wir einen Vertreter aus einer Fraktion, aus welcher Fraktion auch immer, nehmen bzw. wenn wir uns einen Fachmann je Fraktion besorgen - es ist ja wunderbar, ich verstehe Ihr politisches Ansinnen - -

(Hubert Aiwanger (FW): Es geht darum, kritische Leute zu platzieren, nicht unbedingt die Partei draußen zu füttern!)

- Herr Aiwanger, verstehen Sie nur bitte: Wenn wir aus jeder Fraktion einen Fachmann organisieren und dorthin entsenden, ist er zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(Hubert Aiwanger (FW): Trotzdem kann er hier berichten!)

Dann bekommen Sie die gewünschte Information auch nicht. Sie unterstellen eben, dass jetzt wieder Leute drin sind, die keine Fachkompetenz haben. Ich habe einen von ihnen kennenlernen dürfen, den ich bisher nicht kannte; ich sage Ihnen: Der hat richtig guten Sachverstand.

(Hubert Aiwanger (FW): Die richtige Haltung, um die geht es, nicht um die Fachkompetenz!)

Ich weise, Herr Aiwanger, aber auch auf Folgendes hin - ich bin selbst im Aufsichtsrat einer börsennotierten

Aktiengesellschaft - und sage Ihnen ganz ehrlich: Bei der Verantwortlichkeit und der Haftung, die sich in den letzten zwei, drei, vier Jahren aufürmen, wünsche ich jedem viel Spaß und kann nur raten: Schließ rechtzeitig Versicherungen ab, wenn du in so einem Haus als Verwaltungsrat tätig bist, denn wenn irgendetwas passiert, bist du neben dem Vorstand sofort rechtlich dran!

(Hubert Aiwanger (FW): Das hätte nicht geschadet! - Weitere Zurufe von der SPD)

Des Weiteren komme ich auf Ihren Wunsch zu sprechen, Informationen zu bekommen. Wir haben bisher auch die Landesbank-Kommission. Dort bekommen wir Informationen, die teilweise weitergegeben werden dürfen und teilweise nicht weitergegeben werden dürfen. Ich sage das ausdrücklich so, weil wir da manchmal leichte Probleme bekommen.

Darum lehne ich aus rein sachlichen, nicht politischen Gründen den Antrag ab und bitte da um Verständnis.

Einen weiteren Punkt habe ich, der zwar nicht zu diesem Antrag passt, aber ich hoffe, es wird mir verziehen. Ich habe eine große Bitte: In der Landesbank-Kommission reden wir unter der Überschrift "Begleitung der Krisenbewältigung der Landesbank". Meine lieben Kollegen, die in der Kommission sind: Wir haben bisher keinen einzigen Beitrag zur Krisenbewältigung der Landesbank geleistet, sondern wir waren nur noch mit der Vergangenheitsbewältigung beschäftigt.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Entweder wir ändern den Titel und den Auftrag oder wir nehmen die Dinge ernst, uns zukünftig weniger in der Öffentlichkeit auszulassen über die Zukunft der Landesbank. Wir können reden und uns streiten über die HGAA, da bin ich völlig bei Ihnen und das mache ich genauso wie Sie, genauso kritisch. Nur: Mit jeder Information, mit der wir sagen, die Landesbank ist schlecht, schädigen wir das, was wir in der Hand haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein Letztes, eine Bitte - da bitte ich um Unterstützung aller Fraktionen. Sie wissen, der Vorstand der Landesbank wird bzw. soll komplett neu geregelt werden. Das, Geschäftsmodell der Landesbank, so wie wir es in der Landesbank-Kommission auf den Tisch bekommen haben und wie Sie alle es kennen - wer es gelesen hat -, baut - und das ist die Zukunft unseres Haushalts - ganz wesentlich darauf auf, dass die Zusammenarbeit mit den Sparkassen funktioniert. Mir ist es völlig unverständlich, dass man bisher nicht versucht hat, einen Vertreter der Sparkassen in den Landesbank-Vorstand mit hineinzubekommen, weil dann dieses Modell we-

sentlich besser funktionierte, und ich wünsche mir da Unterstützung von allen Seiten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Staatsminister Fahrenschon. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler greift ein Anliegen auf, das bereits im Zusammenhang mit der Änderung des Landesbank-Gesetzes im Sommer dieses Jahres vorgebracht und auch eingehend diskutiert wurde.

Wir haben im neuen Landesbank-Gesetz die Besetzung des Verwaltungsrats erheblich verändert. Die Neubesetzung ist nach meiner Einschätzung eine gute Basis für effiziente und kompetente Arbeit dieses Gremiums. Neben den Vertretern der Staatsregierung, der Sparkassen und Kommunen sowie der Mitarbeiter gehören dem Verwaltungsrat seit August dieses Jahres vier externe Mitglieder an. Es handelt es sich hierbei um anerkannte und erfahrene Personen aus Wirtschaft und Wissenschaft.

Ich muss an dieser Stelle, Herr Hallitzky, schon sehr deutlich sagen: Wenn man Herrn Prof. Crezelius, aktiver Professor an der Universität Bamberg, deutschlandweit anerkannt als Bilanz- und Steuerrechtsexperte, in dieser Weise hier vor dem Plenum des Landtags diskreditiert, dann weise ich das mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das gilt auch für Herrn Gerhard Häusler, Abteilungsleiter der Deutschen Bundesbank, Direktor des Internationalen Währungsfonds, die rechte Hand des damaligen Präsidenten Horst Köhler, der weltweit anerkannte Kompetenz gesammelt hat und uns deshalb in dieser schwierigen Zeit bei der weiteren Ausrichtung der Landesbank - ich möchte fast sagen Gott sei Dank - zur Verfügung steht. Auch er gehört nicht in die Kritik, sondern wir müssen ihm Danke sagen, dass er sich die Zeit nimmt, uns bei den Arbeiten im Verwaltungsrat der Landesbank an der Seite zu stehen, lieber Herr Hallitzky.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dasselbe gilt für einen erfolgreichen bayerischen Unternehmer, der die Passauer Verlagsgruppe als europäische Verlagsgruppe ausgerichtet hat und der deshalb einen wesentlichen Anteil daran hat, dass wir im Verwaltungsrat auch über Rahmenbedingungen reden können, wie wir die Bank dahingehend ausrichten kön-

nen, dem bayerischen Mittelstand - in München, in Bayern, in ganz Deutschland und in angrenzenden europäischen Regionen - zur Verfügung zu stehen.

Ich kann nur sagen: Auch Herr von Lindeiner, ein ehemaliger Finanzvorstand eines DAX-Konzerns, nimmt sich jetzt die Zeit, die Arbeit des Verwaltungsrates mitzutragen.

Alle vier externen Sachverständigen - kann ich nur sagen - bringen sich hoch engagiert ein. Es ist der falsche Weg, sie hier im Plenum des Bayerischen Landtags zu diskreditieren, Herr Kollege Hallitzky.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im selben Zusammenhang will ich auch darauf hinweisen, dass wir im Verwaltungsrat nicht nur personelle Veränderungen vorgenommen haben, sondern wir haben auch strukturelle Änderungen beschlossen. Mit Beginn des neuen Jahres wird zusätzlich zum Prüfungsausschuss auch ein Risiko- und Kreditausschuss eingesetzt werden. Hierdurch wird es einem engeren Kreis der Verwaltungsratsmitglieder ermöglicht, sich vertieft mit der Risikosituation der Bank auseinanderzusetzen. Verstehen Sie es als Signal in die richtige Richtung, dass wir den Vorsitz des Risikoausschusses eben nicht mit einem Politiker besetzt haben, sondern dass dieser Ausschuss von Herrn Gerhard Häusler als einem externen Mitglied - und keinem Mitglied der Staatsregierung - übernommen wird.

Das Gleiche gilt für den Prüfungsausschuss. Die beiden Arbeitsausschüsse im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank werden von externen Sachverständigen geleitet, weil das der Kurs ist, mit dem wir das Bayerische-Landesbank-Gesetz vor einem halben Jahr in diesem Verständnis ins Werk gesetzt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir haben also in den letzten Monaten konsequent eine Professionalisierung des Verwaltungsrates in die Wege geleitet. Die aktuell kritisierten Entscheidungen des Verwaltungsrats aus dem Jahr 2007 wurden auf der Grundlage des alten Landesbank-Gesetzes getroffen und können damit nicht als Argument gegen die jetzige Besetzung des Verwaltungsrates angeführt werden.

Ich bin vor diesem Hintergrund nach wie vor der Meinung, dass die Besetzung des Verwaltungsrates der Bayerischen Landesbank keiner Änderung bedarf, und ich will darauf hinweisen, dass wir gleichzeitig mit der Landesbank-Kommission im Landtag ein Gremium auf den Weg gebracht haben, das uns als zusätzlicher Kontrolleur, als zusätzliche Beratungsinstanz auch zur Verfügung steht.

Damit ist meines Erachtens nach wie vor den beiden Zielen Rechnung getragen: dass wir ein gemeinsames Interesse haben müssen, dass sich die Bank positiv entwickelt und dass Verwaltungsrat und Vorstand in der Verantwortung für die Geschäftsentwicklung der Bank stehen, genauso wie natürlich der Bayerische Landtag, insbesondere der Haushaltsausschuss, aber alle Abgeordneten und damit auch alle Fraktionen ein Interesse haben, sich über die weitere Entwicklung der Landesbank zu informieren.

Ich will mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei dem Vorsitzenden der Landesbank-Kommission, aber auch bei deren Mitgliedern für die Arbeit bedanken. Die Herannahme weiterer Politiker in den Verwaltungsrat halte ich aus einer Handvoll von Gründen für nachteilig. Zum einen wollen wir ein schlankes und effizientes Gremium, das auch in schwierigen Situationen uneingeschränkt handlungsfähig ist. In grauer Vorzeit hatte der Verwaltungsrat einmal 38 Mitglieder. Mit 38 Mitgliedern ist man nicht in der Lage, einen Vorstand zu kontrollieren und Leitlinien aufzustellen. Wir haben den Verwaltungsrat absichtlich verkleinert und dadurch schlagkräftig gemacht.

Zum anderen ist es aus meiner Sicht unabdingbar, dass wir auch in der Außenwahrnehmung auf mittlere Sicht den politischen Einfluss auf die Bank nicht ausbauen, sondern zurückfahren. Man muss doch festhalten: Die Fehler und das Debakel um die Bayerische Landesbank haben etwas - das ist Ihr Vorwurf - mit dem Einfluss der Politik auf die Bank zu tun. Soll die Antwort jetzt wirklich darin bestehen, dass wir den Einfluss der Politik erhöhen? Nein, der Einfluss der Politik auf die Bank muss reduziert werden. Wir brauchen externe Sachverständige. Wir wollen diese Bank kapitalmarktfähig machen, um auf diese Weise möglichst viel von den 10 Milliarden Euro zurückzuholen. Lassen Sie uns diesen Weg gehen und die Bank professionalisieren! Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen wird davon wesentlich die Attraktivität der Bank für etwaige Investoren abhängen.

Drittens geht der Antrag auch mit Blick auf die Haltung der Europäischen Kommission in die falsche Richtung. Bitte setzen Sie sich mit den Entscheidungen, zum Beispiel bezogen auf die LBBW in Stuttgart, auseinander. Dort werden gerade eine Reduzierung des staatlichen Einflusses und eine Angleichung an die Strukturen der Privatwirtschaft gefordert.

Ich bitte Sie daher um Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen im Rahmen der Aussprache liegen nicht vor. Die Beratung ist damit geschlossen.

Zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung hat sich Herr Kollege Dr. Beckstein zu Wort gemeldet.

Dr. Günther Beckstein (CSU): Herr Vizepräsident, Hohes Haus! Herr Abgeordneter Aiwanger hat behauptet, ich hätte mich nur als nominales Mitglied des Verwaltungsrats der Bayerischen Landesbank bezeichnet. Diese Behauptung ist falsch, zumindest irreführend. Meine Bewertung, ich sei nur nominales Mitglied gewesen, betrifft ausschließlich solche Sitzungen, in denen ich nicht persönlich anwesend war, sondern, wie es die Rechtsvorschriften für den Fall der Abwesenheit vorsehen, durch den Amtschef des Staatsministeriums des Innern vertreten war.

Ich lege Wert auf die Feststellung: In Sitzungen, in denen ich anwesend war, habe ich meine Funktion und darüber hinaus auch meine dortige Tätigkeit insgesamt keineswegs als nur nominal angesehen, sondern als eine sehr wichtige Aufgabe des Ministers und des Staatsministeriums des Innern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler, die in namentlicher Form erfolgen soll. Sie haben für die Stimmabgabe wie immer die Namenskarten. Die Urnen sind aufgestellt. Mit der Stimmabgabe kann sofort begonnen werden. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.14 bis 12.19 Uhr)

Die fünf Minuten sind vorbei. Ich schließe die Stimmabgabe. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Wir fahren in der Antragsberatung fort.

Zu Ihrer Information teile ich mit: Es werden noch drei Dringlichkeitsanträge zur gemeinsamen Beratung aufgerufen. Wir haben also noch einen Tagesordnungspunkt vor uns, bevor die Schlussworte gesprochen werden.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Reformbedarf am "Feldversuch G 8": Q-11-Misere stoppen! (Drs. 16/2961)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)
Q-11-Schülerinnen und -Schüler sind keine Versuchskaninchen - Sofort die Lernbedingungen in der G-8-Oberstufe verbessern (Drs. 16/2976)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Neue Oberstufe am Gymnasium begleiten (Drs. 16/2978)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache zu den drei Dringlichkeitsanträgen. Erster Redner ist Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich als Testperson an einem Versuch beteiligt, wird man gemeinhin um eine Einverständniserklärung gebeten, die man unterschreibt. Die Schülerinnen und Schüler des G 8 haben aber keine Einverständniserklärung unterschrieben. Sie sind auch nicht gefragt worden. Dennoch werden sie als Testpersonen in einem groß angelegten Feldversuch missbraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der erste G-8-Jahrgang geht jetzt in die 11. Klasse; aus K 12 wurde jetzt sozusagen Q 11, die erste Klasse der Oberstufe. Nach wenigen Wochen dieses Schuljahres bekommen wir Rückmeldungen und Klagen von Schülerinnen und Schülern, von Eltern und von Lehrerinnen und Lehrern. Wir müssen sie in diesem Hause sehr ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das sind Klagen über eine große Arbeitsbelastung, über hohen Druck und über unangemessene Leistungsanforderungen. Wir erleben wieder dieselbe Situation, die wir beim G 8 bisher immer erlebt haben: Es wird versucht, einen Stoff für neun Jahre mehr oder weniger auf acht Jahre zu pressen und in einem Zeitraum von acht Jahren durchzudrücken. Zumindest ist

es nicht gelungen, die Schule so zu gestalten, dass sie in acht Jahren möglich wäre.

Schülerinnen und Schüler in der 11. Klasse haben oft 36 Pflichtwochenstunden, die sie belegen. Das hat etwas mit der Methodik zu tun, aber nicht mit der Unfähigkeit dieser Schülerinnen und Schüler. Wir wissen alle, dass die Arbeitswoche eines Schülers nach 36 Stunden nicht beendet ist, sondern dass auch zu Hause gearbeitet werden muss. Wir erleben, dass die W- und P-Seminare viel Arbeit machen. Eigentlich sind sie eine gute Geschichte, aber der Aufwand für die W- und P-Seminare steht in keinem Verhältnis zu deren tatsächlicher Anrechnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns einfach klarmachen, dass das alte System der Leistungskurse verändert worden ist. Während Leistungskurse früher 6- und 5-stündig waren, gibt es jetzt Pflichtkurse mit vier Stunden, und während früher die Gruppen klein waren, sind heute 30 Schülerinnen und Schüler in solchen Gruppen. Die Lernbedingungen sind also wirklich schlechter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Abituraufgaben, die im Netz sind, sind zu schwer und werden von den Lehrerinnen und Lehrern als zu schwer beurteilt. Solange wir ein Zentralabitur haben, können Sie in jeden Lehrplan hineinschreiben, was Sie wollen - das Abitur gibt den heimlichen Lehrplan vor. Alle schauen, was im Abitur steht und organisieren den Unterricht dementsprechend. Deswegen müssen wir an den Stellschrauben dieser Schulart drehen und brauchen einen Maßnahmenkatalog, um diese Schulart zu verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zu den Lehrkräften. Die Lehrkräfte am G 8 kommen mir vor wie Piloten, die ein Flugzeug ohne Navigationsinstrumente durch die Nacht und zur sicheren Landung bringen müssen. So sind sie vorbereitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen gebührt also hoher Respekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben deswegen einen Antrag vorgelegt, in dem gefordert wird, dass die Lehrpläne neu überarbeitet werden und dass im Landtag bis zum März ein neues Konzept vorgelegt wird. Es ist notwendig, dass es für die Q-11-Schüler Sofortlösungen gibt, dass realistische Abituraufgaben ins Netz gestellt werden und dass das

System der Anrechnung der Pflichtwahlfächer und der Seminarkurse überdacht und korrigiert wird.

Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Wir werden dem Antrag der SPD zustimmen. Dem Antrag der CSU und der FDP werden wir nicht zustimmen, weil er das suggeriert, was der Kultusminister immer sagt, dass das G 8 ein Schiff in ruhigen Gewässern sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens ist Ruhe keine Bürgerpflicht für Eltern und Lehrer an Gymnasien, und zweitens ist das G 8 allenfalls ein Schiff in Schiefelage mit Konstruktionsfehlern; es fährt durch ein Gewässer mit Strudeln und Untiefen und Klippen. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der erste Jahrgang des G 8 nicht auf die Klippe Oberstufe fährt, sondern dass die Schülerinnen und Schüler die Klippen meistern können.

Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung? - Bitte sehr.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt sehr eindrucksvoll ausgeführt, wo die Schwächen dieses Feldversuchs liegen. Man muss ja auch daran denken, dass das Ganze nicht nur leistungsmäßig eine große Belastung darstellt, sondern dass es auch zu psychischen Belastungen der Schüler führt und dass auch die Lehrerinnen und Lehrer und die Eltern mit ihren Kindern unter der Unsicherheit und der Ungewissheit, was kommen mag und was man mit dem Abitur noch anfangen kann oder wie man durch das Abitur kommt, sehr leiden. Vielleicht können Sie noch ausführen, ob Sie das auch so sehen und wie denn die Schule aussehen müsste oder was man konkret tun müsste, um das G 8 doch noch in besseres Fahrwasser zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der Kollege bedankt sich für die Zwischenintervention.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Nachdem sich der Präsident bedankt hat, muss ich mich nicht mehr bedanken. Liebe Kollegin, es ist interessant, dass gerade Eltern von leistungsstarken und ehrgeizigen Schülerinnen und Schülern berichten, wie sehr sie unter den Belastung leiden und wie groß der Druck ist. Gerade Schülerinnen und Schüler, die ein gutes Abitur erreichen wollen, empfinden den Druck als sehr stark. Gerade Schülerinnen und Schüler, die in den neuen Seminarkursen, den W- und P-Seminaren gute Arbeit abliefern wollen, stöhnen über die damit verbundene große Belastung.

Wir haben ein Grundproblem beim G 8, das sich von unten bis oben durchzieht - wir hatten sechs Jahre Zeit, um es besser zu machen -, nämlich, dass das G 8 eine Schule ist, die den ganzen Tag stattfindet, die die ganztägige Anwesenheit und die ganztägige Arbeit der Schülerinnen und Schüler erfordert, das G 8 aber nach wie vor eine Halbtageschule mit den entsprechenden Verdichtungen und dem entsprechenden Druck einer Halbtageschule ist. Möglichkeiten für ganztägiges Arbeiten an der Schule fehlen; es fehlt die Rhythmisierung des Unterrichts, die notwendig wäre, und es fehlt das neue Lernen, das für eine neue Schule notwendig wäre. In die Lehrpläne kann man zwar leicht Kompetenzorientierung des Unterrichts schreiben; wenn der Unterricht aber wirklich so stattfinden soll, dass anders gelernt wird, müssen die Lehrpläne anders gestaltet und überarbeitet werden

(Beifall bei den GRÜNEN)

und die Lehrerinnen und Lehrer müssen darauf besser vorbereitet werden. Deswegen ist die Situation beim G 8 eben nicht ruhig, sondern es besteht großer Handlungsbedarf. Wir müssen ihn zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich kann jetzt zwischendurch das Ergebnis der vorher stattgefundenen namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag, betreffend die Besetzung des Verwaltungsrats bei der Bayerischen Landesbank, bekannt geben. Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler auf Drucksache 16/2960. Mit Ja haben 73 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 95, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wir fahren fort in der Aussprache zu den aufgerufenen Dringlichkeitsanträgen. Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Kollegin Karin Pranghofer. Bitte sehr.

Karin Pranghofer (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eine Lebensweisheit, die heißt: Erfahrung ist eine Reihe von Fehlschlägen. Nun hätte man annehmen können, dass man aus dem Fehlstart des G 8 und aus der jahrelangen Kritik an der Reform und an deren Umsetzung eigentlich etwas gelernt hätte.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hätte man meinen können!)

- Das hätte man meinen können. Ich glaube aber, die Kritik an der Oberstufenreform zeigt, dass man leider nichts gelernt hat. Wenn ich mir den Dringlichkeitsantrag von CSU und FDP mit dem Titel "Neue Oberstufe

am Gymnasium begleiten" ansehe, muss ich mich nicht wundern. Uns erreichen flehende Mails von Eltern. Schülerinnen und Schüler kommen auf uns zu und klagen über den großen Leistungsdruck. In Briefen und Resolutionen, auch von Philologen, werden uns Möglichkeiten oder Vorschläge zu Änderungen aufgezeigt. In dieser Situation läuten alle Alarmglocken. Und was sagen CSU und FDP: Sie möchten von der Staatsregierung einen Rechtfertigungsbericht. Ich meine, das ist zu wenig. Wir brauchen keine Rechtfertigungsberichte der Staatsregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen Lösungen, und zwar jetzt und sofort.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem, meine Damen und Herren der Koalition, können wir nicht feststellen, dass die Konzeption des neuen Gymnasiums, der gymnasialen Oberstufe gut gelungen ist; denn wir haben Hinweise, dass das Abitur möglicherweise inzwischen sogar zum Glücksspiel wird.

Herr Minister, ich frage Sie direkt: Stimmt es oder stimmt es nicht, dass Plätze an W- und P-Seminaren an einigen Gymnasien in Bayern über Losverfahren vergeben werden? Wenn das stimmt, dann sagen Sie uns auch, ob das rechtlich zulässig ist. Wenn es nicht stimmt, sagen Sie uns, dass Sie das widerlegen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir versuchen mit unserem Antrag - auch der Antrag der GRÜNEN, den wir unterstützen, geht in diese Richtung -, diese Kritik und diese Hilferufe ernst zu nehmen. Wir wollen, dass wir hier vor allem auch diejenigen berücksichtigen, die draußen derzeit mit dieser Situation zurechtkommen müssen. Wenn uns Eltern schreiben, der Lehrplan der neuen gymnasialen Oberstufe Q 11 sei in der Form unmöglich umsetzbar, er sei viel zu umfangreich und steige in fast allen Fächern viel zu tief in die Materie ein, dann muss die Lehrplankommission nacharbeiten und dann muss das Ganze überprüft und überarbeitet werden. Eltern schreiben auch, alle Schülerinnen und Schüler der Q 11 litten jetzt schon am Burn-out-Syndrom, seien zum Teil krank geschrieben oder verließen das Gymnasium. Der Leidensdruck sei mittlerweile so groß, so schreiben die Eltern, dass viele Schüler nachfolgender Jahrgänge nach der zehnten Klasse einen Schulwechsel planten. Wenn das tatsächlich die Bilanz der ersten Monate der 11. Klasse am Gymnasium ist - und daran haben wir wirklich keine Zweifel -, dann muss sofort gehandelt werden. Herr Minister, wir raten dringend dazu, dass Sie sich jedes Gymnasium anschauen und konkrete Unterrichtsver-

besserungen herbeiführen. Dazu gehört für uns - das haben wir in unserem Antrag auch niedergeschrieben - die Verkleinerung der Klassengrößen und Kursgrößen, die Anpassung der Leistungsdefinition in den vierstündigen Grundlagenfächern, die Vorlagen von Musterabituraufgaben für das erste G-8-Abitur und deren Einbindung in den Unterricht. Dazu gehört für uns auch die unverzügliche Reduzierung des verpflichtenden Anteils der Lerninhalte und damit die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich meine, und damit spreche ich auch die Situation der Kinder an, es muss berücksichtigt werden, dass Kinder, deren Stundenplan teilweise 34 bis 36 Pflichtstunden in der Woche umfasst, daneben zusätzlich noch Hausaufgaben zu machen haben, sich zusätzlich noch für Prüfungen vorbereiten sowie Seminaraufgaben bewältigen müssen. Wir sollten also dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler dieses Gymnasium nicht als Lernmaschine erleben, sondern wir sollten ihnen hier sofort Lösungen anbieten, damit sie das Abitur erreichen und wir sie entsprechend ihrer Rechte auf ein gutes Studium und einen guten Beruf vorbereiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenintervention von Frau Kollegin Zacharias. Bitte sehr.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Liebe Kollegin, Sie haben eben ausgeführt, wie die Situation der Schülerinnen und Schüler am G 8 ist. Vielleicht können Sie noch einmal genauer ausführen, wie sich ihr Freizeitverhalten tatsächlich verändert hat. Denn wir wissen alle, dass das informelle Lernen, also das, was ich außerhalb der Schule lerne, für meinen Bildungserfolg genauso wichtig ist, etwa Partizipationen an Sportvereinen, Musikkapellen, an Orchestern und Tanzvereinen. Vielleicht können Sie darauf nochmals eingehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jawohl. Bitte sehr, Frau Pranghofer.

Karin Pranghofer (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Wenn wir die Schilderungen der Schülerinnen und Schüler sehen und hören - ich habe häufig Kontakte zu Schülerinnen und Schülern -, dann müssen wir feststellen, dass das kaum noch stattfindet, dass sie eigentlich nur noch auf Schule und Lernen fixiert sind und in ihrer Freizeit auch zeitlich keine Möglichkeiten mehr für diese Erlebnisse haben, die für soziale Prägungen

ganz wichtig sind. Es gibt auch Hinweise von Sportvereinen, von Musikgruppen und Musikschulen, dass solche Aktivitäten rückläufig sind und dass man damit den Schülerinnen und Schülern dieses Erlebnis nicht mehr garantieren kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Eisenreich. Herr Eisenreich, Sie haben das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine neue Oberstufe mit einer neuen Konzeption. Die ersten Schülerinnen und Schüler sind jetzt in dieser sogenannten Qualifizierungsphase. Wir haben ein ganz großes Ziel: Wir wollen diese Schülerinnen und Schüler, die Schulen und Eltern begleiten. Deswegen stehen wir in einem intensiven und regelmäßigen Austausch mit Schulen, mit Elternvertretungen und mit Schülern. Wir nehmen diese Rückmeldungen, die Sie, aber auch wir schon seit einiger Zeit bekommen haben, sehr, sehr ernst, weil uns das Gelingen dieser neuen Oberstufe sehr am Herzen liegt.

Wir wollen zwei Ziele erreichen: Wir wollen Überlastung vermeiden. Unser Ziel ist es - das kennen Sie -, zu fordern und zu fördern, aber ohne zu überfordern. Und: Wir wollen natürlich für diese Schülerinnen und Schüler die Chancengleichheit sichern. Das heißt, sie sollen die gleichen Startchancen haben wie die anderen Jahrgänge auch. Deswegen sind wir gerne bereit, wenn wir diese Rückmeldungen bekommen und Handlungsbedarf sehen, dort, wo es notwendig und möglich ist, auch umzusteuern.

Die erste Maßnahme nach dem Eingang der Rückmeldungen war, dass sofort eine Umfrage an den bayerischen Gymnasien durchgeführt worden ist, um sich ein realistisches Bild zu verschaffen. Dafür bin ich dem Kultusministerium sehr dankbar.

Eines der Themen ist die Anzahl der Wochenstunden. Ich würde Sie schon bitten, dort, wo es möglich ist, nachzusteuern. Das ist die Voraussetzung. Ich bitte auch, zur Kenntnis zu nehmen: Die KMK setzt für die Oberstufe 66 Stunden voraus. Das ist keine Erfindung Bayerns, sondern eine Bedingung der KMK. 66 Stunden, das bedeutet im Schnitt zweimal 33 Stunden. Das verlangt die KMK von uns.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Plus/minus wie viel?)

Es gibt eine Reihe von Schülern, die mehr Stunden haben; das ist richtig. Aber das sind meistens freiwillige Entscheidungen, die dazu geführt haben, dass jetzt bei

einem Teil eine Überlastung vorliegt. Deswegen war die Reaktion darauf: Wer jetzt in der Qualifizierungsphase gemerkt hat, dass diese Stundenbelastung zu hoch ist, der erhält nicht nur in den ersten vier Wochen des Schuljahrs, sondern eben bis zum Halbjahreszeugnis die Möglichkeit, umzuwählen. Die Oberstufenkoordinatoren - die Kollegstufenbetreuer heißen jetzt anders - sind sensibilisiert und beraten hier die Schülerinnen und Schüler.

Das zweite Thema ist der Nachmittagsunterricht. Wir haben viele Schulen, die den Nachmittagsunterricht auf zwei- bis dreimal begrenzen können; einige haben viermal Nachmittagsunterricht. Wenn es auch möglich ist mit zwei Nachmittagen auszukommen, kann es nicht an der grundsätzlichen Konzeption liegen. Das muss man ganz deutlich feststellen. Ich glaube, dass hier noch der richtige Umgang mit etwas Neuem gefunden werden muss, aber auch der richtige Mittelweg zwischen der Fächervielfalt, also dem Angebot für die Schülerinnen und Schüler, auf der einen Seite und kompakten Stundenplänen auf der anderen Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Viele Schulen haben diesen Mittelweg schon gefunden. Ich denke, auch die anderen Schulen werden im nächsten Jahr das Handling dafür haben.

Die Schulen und auch wir können nichts dafür, dass die Raumsituation die Stundenplangestaltung erschwert. Wenn die Fachräume fehlen, sind die Sachaufwands-träger gefordert.

Der dritte Bereich ist das Anforderungsniveau im Abitur. Hier ist die Sorge, dass das Anforderungsniveau zu hoch sei. Dazu muss man sagen, es gibt keine Leistungskurse mehr. Das System Grundkurse/Leistungskurse ist abgeschafft und damit auch die fünfstündige Vorbereitung auf Leistungskursfächer. Somit kann es auch kein Leistungskursniveau mehr in den Abiturprüfungen geben. Wir haben jetzt eine andere Konzeption mit den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache für alle. Damit muss die Orientierung schon in den Grundkursen erfolgen, und das wird auch der Fall sein.

Die Musteraufgaben, die jetzt im Netz sind, sind sehr anspruchsvoll und setzen eine vollständige Umsetzung der Konzeption des G 8 voraus. Diese ist natürlich im ersten Jahrgang noch nicht erfolgt. Insofern brauchen wir in der Übergangsphase auch noch entsprechende Abituraufgaben. Das Kultusministerium wird in den nächsten Wochen Handreichungen und Hinweise geben, welche Abiturprüfungen verwendet werden können.

Abschließend möchte ich feststellen, dass wir, nachdem uns das Gelingen dieser Oberstufe sehr am Her-

zen liegt, diese Oberstufe gut ausgestattet haben. Wir haben in diesem Jahr das Budget um 3,6 % erhöht. Ich glaube, damit haben wir unser Möglichstes getan. Deswegen noch einmal: Wir brauchen keine neue Konzeption für die Oberstufe, sondern wir müssen eine gute Umsetzung erreichen. Wir begleiten das Ganze und sind über jede Rückmeldung, aber auch für jede Kritik dankbar. Dort, wo es dann notwendig ist, werden wir für die Schülerinnen und Schüler nachsteuern.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Eisenreich, Sie dürfen noch kurz am Rednerpult bleiben. Frau Kollegin Schopper hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Eisenreich, ich kann Ihnen gleich eine Rückmeldung geben. Mein Sohn ist auch in einer Q-11-Klasse. Wenn er und seine Klassenkameraden nun hören, dass Sie sagen "wir werden die Schüler begleiten; wir sind in einem regen Austausch; wir nehmen die Rückmeldungen ernst; wir werden Überlastungen vermeiden", dann geht denen, ehrlich gesagt, der Hut hoch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was glauben Sie denn? Die Schüler schreiben pro Woche zwei Klausuren; sie müssen Referate ausarbeiten. Sie pfeifen aus dem letzten Loch. Und Sie sprechen von einer guten Konzeption. Da fallen Theorie und Praxis zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was die Kinder und Jugendlichen vor Ort erleben, zu 150 % auseinander.

Wenn Sie nun sagen, Sie würden noch rücksteuern und umändern, dann überlegen Sie doch einmal: Die Schüler stehen schon jetzt mitten im Abitur und es geht darum Punkte zu sammeln. Sie müssen doch genau jetzt schon diesen Anforderungen genügen. Glauben Sie, dass es da noch Vertrauen gibt, dass sich da was ändert? In den Schulen brennt es und Sie geben hier Beruhigungspillen aus. Sie sagen, Sie gingen aufs Eis, und dabei ist das Eis schon gebrochen.

Menschenskinder, Sie müssen umsteuern und zwar so, dass Sie das Vertrauen der Jugendlichen wiedergewinnen und sie überzeugen, dass sie nicht die Versuchskaninchen sind! Die Jugendlichen müssen irgendwann tatsächlich noch sagen können: Eigentlich bin ich ganz gerne in die Schule gegangen. Wie es momentan ist, können sie nichts außerhalb der Schule machen. Es gibt kaum eine Möglichkeit, noch einmal in einem Fußballclub mitzumachen. Die Jugendlichen schwänzen das Training, damit sie halbwegs in der Schule hinkommen.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, da ist es mit dem Weihnachtsfrieden bei mir wirklich zu Ende.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke, danke! So, Herr Eisenreich, Sie können dazu jetzt noch einmal Stellung nehmen.

Georg Eisenreich (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ehrlich, ich habe keine Frage gehört. Deshalb kann ich jetzt auch nicht antworten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Es war eine Zwischenintervention, der lernt das nie! Ich sage Ihnen das doch jedes Mal!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das war eine Zwischenbemerkung, Herr Eisenreich. Herr Eisenreich, Sie haben das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Was soll ich zu dieser Zwischenbemerkung sagen?

(Harald Güller (SPD): Dass sie richtig ist!)

Ich habe meine Ausführungen gemacht, --

(Harald Güller (SPD): Und die waren nicht richtig! - Weitere Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ruhe, Herr Eisenreich hat das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Meine Damen und Herren, Sie hätten mir eigentlich nur die letzten fünf Minuten zuhören müssen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Argumentation verfehlt!)

- Sie hätten mir wirklich nur fünf Minuten zuhören müssen! Nächste Bemerkung? - Gibt's noch eine?

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist unnötig in diesem Fall!)

Genau.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann kommt als Nächste Frau Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FW): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es ist fast symbolisch, dass wir in dieser letzten Diskussion in diesem Jahr im Rah-

men dieser drei Sitzungstage wieder einmal das Thema Bildung haben. Das ist auch deswegen signifikant, weil hier in diesem Hohen Hause in vielen Reden immer wieder über Bildung geredet wird, aber nach wie vor für die Bildung zu wenig getan wird. Daher freut es mich, dass jetzt wieder ein Antrag vorliegt, der dieses Thema aufgreift.

Im Rahmen der Bildungsdiskussion haben wir wieder das Thema Schule zu erörtern.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Uns wäre es lieber, wenn etwas gemacht würde!)

Ich muss dazu feststellen, dass Gott sei Dank Bildung nicht nur in der Schule stattfindet, sonst wäre es möglicherweise noch schlechter um sie bestellt. Jetzt ist also das Thema G 8 zu behandeln. Dabei ist von vorneherein dilettantisch und stümperhaft vorgegangen worden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In Baden-Württemberg wurde auch von neun auf acht Schuljahre umgestellt. Man hat dort ohne großes Theater ebenfalls mehrere Abiturfächer eingerichtet. Ich frage mich, warum das bei uns nicht gegangen ist.

Herr Eisenreich, Sie haben sich gerade selbst bloßgestellt. Sie sagten, man könne bei diesem Abiturjahrgang noch nicht das fordern, was wir eigentlich für das G 8 fordern müssten, denn das ist von Anfang an nicht so gut gelaufen. Wenn es eine Schulreform gewesen wäre, die von Anfang an korrekt und sorgfältig durchgeführt worden wäre, hätte man jetzt nicht das Problem, dass man heuer noch nicht so etwas verlangen kann, wie man es eigentlich vom Konzept her verlangen müsste.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Nun zu den Anträgen. Wir stimmen dem Antrag der GRÜNEN zu. Ein kleiner Hinweis: Er ist sehr textlastig. Er eignet sich vielleicht als Musterabituraufgabe, vielleicht auf Leistungskursniveau.

(Widerspruch von den GRÜNEN)

Oder vielleicht auch nach dem neuen Niveau. Mit ein paar Absätzen mehr wäre der Antrag vielleicht leichter zu lesen gewesen. Es fordert schon sehr viel, ihn zu verstehen.

Zum Antrag der SPD. Diesem Antrag stimmen wir ebenfalls zu. Der letzte Spiegelstrich darf nicht missverstanden werden. Es geht hier nicht um eine Leistungssenkung, sondern es geht um eine andere Anordnung von Leistungsnachweisen.

Dem FDP-Antrag stimmen wir auf keinen Fall zu. Er enthält Eigenlob, das nicht gerechtfertigt ist.

(Heiterkeit bei der FDP)

Es wird hier wieder nur verlangt zu berichten. Der Herr Spaenle wird sich dann wieder hinstellen und sagen: Ja, wir tun dies und jenes, ohne zu fragen, warum denn so viel getan werden muss. Es muss rumgedoktert werden, weil das Ganze von Anfang an nicht richtig konzipiert wurde. Dieses Herumdoktern als Leistung darzustellen, ist unverschämt. Auf weitere Berichte, was alles gut läuft, verzichten wir. Deswegen lehnen wir diesen FDP-Antrag ab.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass in diesem Hohen Hause im Zusammenhang mit der Bildung zu wenig über die Nachhaltigkeit der Bildung gesprochen wird. Es geht jetzt auch wieder nur um die kleinen Leistungsnachweise. In den großen Leistungsnachweisen aber steckt teilweise das Problem. Wir verlangen hoch punktuell Wissen ab, aber fordern kein nachhaltiges Wissen.

(Zurufe von der CSU)

Wir schaffen es anscheinend auch nicht, so etwas noch abzufordern.

Ich weise in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass natürlich das größte Problem die Rahmenbedingungen sind, egal, wo es um Bildung geht, und bei allem, was mit Bildung zu tun hat. Wir nehmen zu wenig Geld in die Hand. Wenn man die Debatten der letzten Tage verfolgt, wofür Geld ausgegeben werden muss, dann hapert es gewaltig. Das ist der große Fehler, den wir der nächsten Generation antun.

Wir brauchen kleinere Klassen, mehr Lehrer, neue Unterrichtsmodelle - dann funktioniert auch dieses Modell des G 8 besser.

Und noch ein weiterer Hinweis: Auch bei der Mittelschule stümpern Sie inzwischen vor sich hin. Das ist problematisch. Wir bitten Sie also, im Bildungsbereich wesentlich sorgfältiger zu sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke, Frau Kollegin Gottstein. Ein Hinweis: Wir führen anschließend die Abstimmung über die jetzt gemeinsam beratenen Dringlichkeitsanträge getrennt durch. Für den Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion hat Kollege Kreuzer namentliche Abstimmung beantragt. Das gebe ich hiermit bekannt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der weiß schon, warum! - Unruhe - Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Sepp Daxenberger (GRÜNE))

Diese Abstimmung findet frühestens in 15 Minuten statt. Frau Kollegin Will, Sie sind nun die nächste Rednerin.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umsetzung des G 8 war tatsächlich sehr holprig und nicht wirklich gut vorbereitet. Das haben wir auch immer kritisiert. Nicht richtig ist aber, dass die Lehrpläne nicht überarbeitet worden wären. Die Lehrpläne sind überarbeitet und warten auf ihre Umsetzung.

Wir wollen demnächst auch verfügen, dass die Schulen mehr Eigenständigkeit bekommen, sodass die gesetzten Ziele auch eigenverantwortlich umgesetzt werden müssen und die einzelne Schule in die Lage versetzt wird zu sagen: Da setzen wir Schwerpunkte und da weniger. Das steht aber noch aus.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Umgestaltung der neuen gymnasialen Oberstufe gut gelungen ist. Sie wird eigentlich von allen Seiten hoch gelobt.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Insbesondere die beiden Seminare und das neue Abitur sind gut geeignet,

(Zurufe von den GRÜNEN)

- doch, doch, doch -, die Schülerinnen und Schüler auf die gestiegenen Anforderungen in Studium und Beruf vorzubereiten. Das hat auch der Philologenverband auf seiner Jahresversammlung in Rosenheim in diesem Jahr bestätigt. Dort wurde gesagt, die Grundkonzeption der neuen Oberstufe sei tragfähig und zukunftsweisend.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Ich denke, wenn diese Fachleute das bestätigen, ist auch etwas dran.

Drei Monate nach Schuljahresbeginn liegen uns erste Erfahrungen mit der neuen Oberstufe vor. Diese müssen im Zuge des weiteren Umsetzungsprozesses berücksichtigt werden, das ist klar. Rückmeldungen von Eltern und Schülern bekommen wir wie Sie auch. Diese müssen wir ernst nehmen, denn sie zeigen, dass die neue Oberstufe mit einer stärkeren individuellen Belastung verbunden ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Das nehmen wir ernst und werden es auch begleiten.

(Christa Naaß (SPD): Wie?)

Ziel muss es sein, dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Startchancen haben wie die anderen Jahrgänge. Das ist selbstverständlich.

Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat hierzu, wie Kollege Eisenreich schon gesagt hat, eine Umfrage bei den Gymnasien durchgeführt und schon eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Man muss festhalten: Die angesprochene Belastung ist natürlich zeitlicher Art. Mit durchschnittlich 33 Wochenstunden in den Jahrgangsstufen elf und zwölf sieht die neue Oberstufe zwar eine Mindeststundenzahl vor, die unter jener der Mittelstufe und etwa im Bereich jener der beruflichen Oberschule liegt. Es hat sich aber gezeigt, dass fast die Hälfte der Schülerinnen und Schüler freiwillig über dieses Stundenmaß hinaus Fächer belegt haben.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Will, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Gottstein?

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nein. Dazu habe ich im Moment keine Zeit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann müssen Sie, Frau Gottstein, sich nachher zu einer Zwischenintervention melden. - Frau Will, bitte.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Lehrer eine sorgfältige Beratung für die Fächerwahl des Abiturjahrgangs 2012 vornehmen. Die erforderliche Mindeststundenzahl von 132 Halbjahreswochenstunden sollte nur von wenigen Schülern überschritten werden. Das ist aber Sache der Freiwilligkeit.

Auch die Hausaufgaben in der neuen Oberstufe sind mit Blick auf den Nachmittagsunterricht sensibel zu behandeln. Schulen, die Teile des Unterrichts im Klassenverband durchführen und die Stundenpläne möglichst nach dem Doppelstundenprinzip gestalten, tun sich dabei leichter. Wenn man darüber hinaus den Unterricht rhythmisieren würde mit Anspannungs- und Entspannungsphasen, wie es einige Schulen gemacht haben, dann wäre es noch leichter. Denn dort, wo die Jahrgangsstufe elf als übermäßig belastend empfunden wird, mag diese Verunsicherung unter den Schülern, Eltern und Lehrkräften hinsichtlich der Leistungsanforderungen in der neuen Oberstufe zurückzuführen sein.

Die Gymnasialschulordnung - GSO - erlaubt eine Dosierung der kleinen Leistungsnachweise. Auch in den Seminaren kann eine hohe Prüfungsichte vermieden werden. Schulaufgaben müssen sich nicht auf den gesamten bis zum Prüfungstermin behandelten Lehrstoff beziehen. Das Staatsministerium stellt ausdrücklich fest, dass in den vierstündigen Grundlagenfächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache nicht das Anforderungsniveau der fünfstündigen Leistungskurse zugrunde gelegt wird. Eine Reihe von Publikationen, zum Beispiel Musterabiture, gibt den Lehrkräften Orientierung bei der Umsetzung der Oberstufenlehrpläne, aber auch hinsichtlich der Aufgabenformate und der Anforderungen, die in der neuen Abiturprüfung gestellt werden.

Bis zum Ende dieses Schulhalbjahres werden im Rahmen eines Sonderkontaktbriefes des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung - ISB - weitere Materialien für die Schulen zur Verfügung gestellt und konkrete Hinweise für alle Fächer gegeben werden, zum Beispiel inwiefern Teile alter Abiturprüfungsaufgaben vom Grundkurs für die Vorbereitung der Abiturprüfungen am achtjährigen Gymnasium genutzt werden können. Von Mitte Januar bis Mitte April 2010 werden von der Gymnasialabteilung gemeinsam mit einem Vertreter des Wissenschaftsministeriums Dienstbesprechungen in allen Bezirken abgehalten, an denen auch für jede Schule je ein Vertreter der Eltern und je ein Schüler der beiden Abiturjahrgänge teilnehmen werden.

Wir müssen diese Reform sorgfältig begleiten - das ist keine Frage - und die Probleme der Schüler und der Eltern ernst nehmen. Aber jede Reform braucht auch ein wenig Zeit. Das war auch bei der Kollegstufenreform so.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Opfer sind unsere Kinder!)

Eines ist sicher: Das künftige Abitur wird zwar anders sein, aber nicht anspruchsvoller als bisher, meine Damen und Herren.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin Will. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt zwei Zwischeninterventionen, erst vom Kollegen Daxenberger und anschließend von Frau Kollegin Gottstein.

Sepp Daxenberger (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Will, ich bin doch etwas überrascht, dass Sie in Ihren Ausführungen erneut wie schon im Antrag davon gesprochen haben, dass die Reform der gymnasialen Oberstufe gut gelungen sei. Wenn Sie sagen, das werde Ihnen auch in Gesprächen bestätigt, führen Sie außer Selbstgesprächen offen-

sichtlich mit niemand anderem Gespräche. Gehen Sie doch einmal in die Schule und reden Sie mit den Schülerinnen und Schülern der Q 11.

(Georg Eisenreich (CSU): Das ist eine völlig unqualifizierte Äußerung!)

Ich konnte das in den letzten Wochen in mehreren Schulen tun. Auch ich habe einen Sohn, der eines der ersten Opfer dieses G-8-Jahrgangs ist. Außerdem habe ich einen Sohn, der heuer Abitur gemacht hat, so dass ich sehr gut vergleichen kann. Auch wenn ich nicht so viel zu Hause bin, bekomme ich sehr wohl den Unterschied zwischen der schulischen Belastung meines Großen und jetzt meines Mittleren mit. Er ist vier Tage pro Woche am Nachmittag in der Schule, und wenn er heimkommt, muss er erst mit dem Lernen anfangen, Facharbeiten machen usw.

Mein Sohn hat seinen Optimismus durchaus von mir geerbt. Wenn ich gesagt habe: Jetzt musst du lernen, damit du einen guten Abschluss beim Abitur schreibst, hat er bis vor Kurzem durchaus gesagt: Die können mich nicht durchfallen lassen. Sie wollen ja ein gutes Ergebnis beim ersten G-8-Abitur haben. Deswegen, hat er gemeint, wird das schon alles gut gehen. - Inzwischen bekommt er langsam die Panik, wenn er die ersten Prüfungen sieht und weiß, dass das alles schon zählt, und wenn er die ersten Ergebnisse sieht, die sie kollektiv haben.

Ich war, wie gesagt, vor Kurzem in der Schule. Fast alle Schülerinnen und Schüler haben Sorge, dass sie jetzt sozusagen Opfer dieses Jahrgangs sind, dass sie, wenn sie Abitur machen und dann in Konkurrenz stehen zu denen, die aus der 13. Klasse kommen, große Schwierigkeiten haben, einen Studienplatz oder eine Lehrstelle usw. zu bekommen.

Auf diese Probleme und Sorgen sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Das finde ich sehr schade.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Will, wenn Sie mögen, nehmen wir die weitere Zwischenintervention dazu.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nein. Ich würde ganz gern gleich auf Herrn Daxenberger eingehen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Gerne.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe wenig Zeit, Selbstgespräche zu führen. Lieber träume ich,

(Allgemeine Heiterkeit)

als mit mir selber zu sprechen. Herr Daxenberger, diese Sorgen sind ernst zu nehmen. Das ist jetzt die Umstellung. Sie haben von Ihren Kindern gesprochen. Es ist gut, dass Sie mit Ihren eigenen Kindern ernsthaft über ihre Probleme reden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Lachen bei den GRÜNEN)

Meine Kinder haben alle drei Abitur gemacht, und auch ich habe in dieser Zeit mit ihnen geredet, und das war manchmal nicht einfach.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das ist doch eine gute Sache. Ich habe zwar ernst genommen, was mir meine Kinder erzählt haben,

(Zurufe von den GRÜNEN)

aber ich habe ihnen auch gesagt, wenn sie das Abitur machen wollen, dann müssen sie dafür den nötigen Zeitaufwand auch erbringen, sonst müssen sie in eine andere Schulart wechseln oder eine Lehre machen. Sie haben dann nicht mehr so viel Freizeit und können nicht mehr so viel Sport machen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir reden vom G 8!)

Da muss man ein bisschen mehr lernen. Wenn man während der Schulzeit den nötigen Arbeitsaufwand betreibt, hat man die Ferien für sich.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Die Klagen über die Stofffülle sind zwar ernst zu nehmen, aber jemand, der heute das Abitur macht, hat grundsätzlich nicht sehr viel andere Voraussetzungen zu erfüllen als jemand, der früher das Abitur machen wollte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Das ist so. Die Gespräche, die ich führe, sind unterschiedlicher Natur. Natürlich bekomme ich auch Briefe, in denen Eltern klagen, weil das G 8 noch nicht so eingeführt ist. Der richtige Rhythmus ist noch nicht da, es gibt zu viele Leerstunden am Nachmittag. Zwei bis vier Nachmittage an der Schule würden ausreichen, das müssen keine fünf sein. Das ist aber eine Sache der Schulorganisation, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Schule muss diese Umstellung vollziehen. Man kann nicht immer nur erwarten, dass die Politik zurückrudert.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Man kann von der Politik erwarten, dass sie Entwicklungen begleitet, und schaut, wo Defizite bestehen, aber nicht, dass sie bei jeder Umsetzung gleich wieder zurückrudert und auf diese Weise auf die ersten Fehlschläge reagiert. Das kann doch nicht sein. Man kann doch nicht alles, was man anfängt, gleich wieder zurücknehmen; das geht doch nicht, Herr Daxenberger.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt wird es doch noch unterhaltsam. Zu einer weiteren Zwischenintervention: Frau Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FW): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Zunächst möchte ich kurz feststellen, dass das Protokoll über die heutige Abschlusssitzung eine zweite Musteraufgabe für das Internet liefern könnte, nämlich eine Aufgabe über die problematische Verwendung des Possessivpronomens im Zusammenhang mit der Formulierung "ihre/Ihre Probleme".

(Allgemeine Heiterkeit)

Nun zu meiner Frage. Sie haben sich vorhin auf den Philologenverband berufen.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich darf um Aufmerksamkeit bitten, damit die Kollegin auch gehört wird.

Eva Gottstein (FW): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich gehe davon aus, dass Sie das Schreiben des Philologenverbands vom 15.12. kennen. Dieses Schreiben enthält Forderungen, die mit Forderungen aus dem Antrag der GRÜNEN und aus dem Antrag der SPD absolut deckungsgleich sind. Es ist also nicht so, dass der Verband, der dauernd mit dieser Sache zu tun hat, Lob spendet, sondern er übt sehr konkrete Kritik und stellt konkrete Forderungen.

(Renate Will (FDP): Ich habe "grundsätzlich" gesagt, da könnte man genauer hinschauen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Entschuldigung - - Entschuldigung, bitte - -

Eva Gottstein (FW): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Dann könnte man natürlich semantische Überlegungen zum Wort "grundsätzlich" anstellen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Will, Sie dürfen darauf reagieren.

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich habe "grundsätzlich" gesagt und ausgeführt, dass die Bitten an das Ministerium um Begleitung auch be-

deuten, dass man genau hinschaut, wo noch Defizite bestehen, und das wirklich ernst nimmt. Mir ist das Thema viel zu ernst, als dass ich das am letzten Tag vor der Weihnachtspause so ins Leere laufen lassen will. Es wäre sehr schade, wenn man das täte. Die Probleme sind da und ernst zu nehmen, aber ich möchte zurückweisen, was hier immer wieder gesagt und gefordert wird: alles Mist, nicht gelungen, alles zurücknehmen. Wenn Sie sagen - - Ich weiß gar nicht: Was war genau Ihre Frage? Haben Sie eigentlich eine Frage gestellt?

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Langsam, wollen Sie hier ein Gespräch provozieren?

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nein, ich habe nur die Frage nicht präsent.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das war eine Zwischenintervention. Ich glaube, Sie haben auch darauf geantwortet.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Renate Will (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Abschließend möchte ich feststellen: Die Fachleute sagen, es ist grundsätzlich gelungen, und da, wo es Defizite gibt, muss nachgebessert werden. Da werden wir genau hinschauen. Mir ist das Thema viel zu ernst, als dass ich es lächerlich machen wollte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Pfaffmann hat noch ums Wort gebeten.

(Gerhard Wägemann (CSU): Der Oberbürgermeister!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) - Nur kein Neid! - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Will, nachdem ich die Debatte verfolgt habe, kann ich nur feststellen: Zwischen Ihrem Anspruch, dass man ernst nimmt, was die Eltern sagen, und Ihrem Handeln hier im Parlament besteht ein himmelweiter Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden diesen Unterschied in dieser Legislaturperiode nicht mehr aufholen.

Wie wollen Sie den Eltern erklären, dass Sie die Arbeit der Oberstufe lediglich begleiten wollen? Das ist doch tägliches Geschäft. Was ist das denn für eine Wortmeldung: Wir wollen die Oberstufe begleiten? Herzlichen

Dank! Davon können sich die Schüler nichts kaufen, wenn Sie jahrelang die Oberstufe begleiten.

(Hubert Aiwanger (FW): Hospizbegleitung!)

Wir brauchen konkrete Maßnahmen. Wenn Sie übrigens heute den Antrag der Opposition ablehnen, dann lehnen Sie auch die Forderung der Verbände ab. Es stimmt einfach nicht, was Sie hier immer wieder erklären, dass alle zufrieden sind.

Herr Eisenreich, ich höre immer nur ein Wegdiskutieren und ein Wegreden. Sie reden immer alles schön. Jede Ihrer Reformen in den letzten Jahren ist schiefgegangen, und trotzdem stellen Sie sich hier immer wieder hin und reden alles schön. Hören Sie damit endlich auf, damit helfen Sie den Schülerinnen und Schülern überhaupt nicht!

(Beifall bei der SPD)

Es wurde gesagt, dass man vor einer Oberstufenreform die Überarbeitung der Lehrpläne abwarten müsste. Wie lange sollen wir denn abwarten? Es ist schon gesagt worden: Die Schüler erleben konkret jeden Tag in der Klasse Leistungsdruck und Leistungsstress, und Sie wollen hier abwarten, bis die Überarbeitung greift. Das ist Hilflosigkeit pur. Sie wollen den Leuten nicht helfen, weil Sie Angst haben, dass das ohne eine Verbesserung der Rahmenbedingungen schlechthin nicht funktioniert. Wir brauchen um Himmels willen keine Berichte mehr. Sie können als Berichte die Meldungen der Eltern betrachten; das sind Berichte genug, Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen nur endlich darauf reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Pfaffmann. Es gibt noch eine Zwischenintervention von Herrn Kollegen Güller. Bitte sehr.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Pfaffmann, nachdem Sie aus Zeitgründen nicht mehr auf die Wissenschafts- und Praxisseminare in der Oberstufe zu sprechen kommen konnten, ist meine Frage an Sie: Wird im neuen System denn sichergestellt, dass überhaupt alle Schüler diese Wissenschafts- und Praxisseminare besuchen können? Was können Sie uns davon berichten?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte sehr.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Diese Frage muss noch beantwortet werden; Frau Pranghofer hat das auch geklärt. Wir wollen konkret wissen, ob es stimmt, dass an bayerischen Oberstufen W- und P-Seminare verlost werden, dass damit mithilfe der CSU und FDP die Zukunft und das

Abitur unserer Kinder zum Glücksspiel wird. Das wollen wir konkret wissen. Kolleginnen und Kollegen, wenn das stimmt, läuft das so: Schüler in der Oberstufe ziehen ein Los, und davon hängt ab, welches Seminar sie besuchen dürfen.

(Zurufe von der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie das für eine vernünftige Bildungspolitik halten, dann gute Nacht!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Am Ende der Aussprache erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Spaenle.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke allen Fraktionen dafür, dass sie sich des Themas der Umsetzung der gymnasialen Oberstufe angenommen haben. Die Anträge sind zum Teil gehaltvoller als die Wortbeiträge, aber das ist nun einmal so. Ich danke ausdrücklich allen, die sich bei der Umsetzung dieser zentralen Reform einbringen. Wir haben diese Umsetzung von Anfang an intensiv begleitet. Wir haben eine Umfrage, die auf Repräsentativität angelegt war, durchgeführt. Drei Hauptgründe sind für die Umsetzung dieser Reform bedeutsam: Wir müssen zwei Systeme in zwei Jahrgängen über drei Jahre hinweg fahren. Das bedeutet, dass wir bei der Einführung der Oberstufe, die von allen Fachleuten als qualitativ hochwertig bezeichnet wird, die Allgemeinbildung stärken müssen. Wir müssen das Abitur mit fünf Fächern diversifizieren, darunter drei Kernfächer. Die neuen Seminare sind in dem Konzept eine qualitative Weiterentwicklung.

Wir befinden uns in der Umstellungsphase:

Erstens. Die zeitlichen Belastungen, die sich über die Pflichtstundenzahl hinaus ergeben, haben ihre Ursache in der Wahlfreiheit und der Wahlbreite. Im April dieses Jahres haben wir über Hinweise diskutiert, dass bei dem vorhandenen Stundenbudget nur eine sehr schmale Möglichkeit der Auswahl oder der Fächerwahl besteht. Daraufhin haben wir nachgesteuert und die Budgets erhöht, wie das Herr Kollege Eisenreich angesprochen hat.

Zweitens. Die Stundenplanorganisation ist ein weiterer Grund für die genannten zeitlichen Belastungen. Die Schulen müssen auf die einzelnen Anforderungen dieser Stundenpläne unterschiedlich reagieren. Dies hängt auch mit der Raumsituation zusammen.

Drittens. Die Schülertransporte in den ländlichen Räumen sind noch nicht mit dem Rhythmus, der sich durch

die neuen Stundentafeln ergibt, abgestimmt. Dies führt dazu, dass die jungen Leute häufig erst am späten Nachmittag nach Hause kommen.

Wie reagieren wir darauf?

Erstens. Wir haben die individuelle Wahlmöglichkeit bis Februar verlängert. Auf die Oberstufenkoordinatoren zuzugehen sind die Schülerinnen und Schüler gebeten und aufgefordert worden. Wir haben bereits erste Erfolge; individuell konnten hohe Stundenbelastungen korrigiert werden.

Zweitens. Wir müssen die KMK-Vereinbarung einhalten, weil sonst die Anerkennung des bayerischen Abiturs an anderen Standorten gefährdet würde. Wir haben eine Untergrenze an Pflichtstunden, die wir nicht unterschreiten dürfen.

Drittens. Die Frage nach den Leistungsanforderungen in der neuen Oberstufe ist eindeutig beantwortet. Der Leistungskurs wird künftig nicht mehr die Bezugsgröße sein. Das Grundkursniveau, fußend auf dem neuen Lehrplan, wird künftig der Orientierungsmaßstab sein. Das ist eine Konsequenz der höheren Gewichtung der Allgemeinbildung in der gymnasialen Oberstufe.

Viertens. Die Vorbereitung auf das Abitur ist eine Kernfrage. Deshalb hat das ISB den Auftrag erhalten, bis zum Halbjahr, ausgehend von früheren Abiturprüfungen, Aufgaben zu entwickeln, die dem künftigen Niveau des Abiturs entsprechen. Dies hängt auch damit zusammen, dass wir teilweise neue Prüfungsformate anbieten, die die alten Prüfungsformate ergänzen sollen. Diese Prüfungsformate müssen selbstverständlich erst in den Rhythmus der elften und zwölften Jahrgangsstufe einbezogen und erfahren werden. Das hat Herr Kollege Eisenreich vorhin gemeint. Diese ergänzenden Prüfungsformate werden bereits heute in der gymnasialen Oberstufe unterrichtet. Die Schüler dieser Oberstufe sind jedoch nach knapp zwölf Wochen noch nicht in der Lage, dies zu bewerten. Dies wird erst in zwei Jahren der Fall sein, wenn sie diese Formate vollständig erlebt haben.

Das ISB wird bis zum Februar Aufgabenmaterial erarbeiten, ausgehend von Grundkurs-Abiturprüfungsaufgaben.

Fünftens. Wir wollen die Prüfungen, die kleinen Leistungserhebungen, im Zusammenwirken mit den Lehrkräften auf ein Minimum reduzieren.

Sechstens. Die Fachanforderungen in den Kollegien sollen künftig auf Grundkursniveau liegen. Frau Kollegin Will hat bereits angesprochen, dass dazu eine Beratungs- und Veranstaltungsreihe in Vorbereitung ist. Eines möchte ich deutlich sagen: Das Abitur und die

Vorbereitung auf die Allgemeine Hochschulreife ist und bleibt ein ambitionierter Bildungsgang. Ich bin Absolvent des ersten regulären Kollegstufenjahrgangs des Jahres 1980, zusammen mit Frau Kollegin Schopper. Aus eigener Erfahrung weiß ich deshalb, was dieser Systemwechsel unseren Schulfamilien abfordert. Deshalb begleiten wir diesen Prozess sehr intensiv.

Wir nehmen alle Hinweise von Eltern, Schülern und Lehrern ernst. Im ersten Jahrgang müssen die Erfahrungen im laufenden Betrieb beobachtet, begleitet und wenn nötig korrigiert werden. Das hat nichts mit Schönreden zu tun. Ich werde kein einziges Problem, das bei der Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums auftreten wird, beiseite schieben. Wir haben auf diese Probleme materielle und inhaltliche Antworten zu geben. Die Schulorganisation muss darauf entsprechend reagieren.

In diesen Tagen haben wir den Schulen umfangreiche Hinweise zur Verfügung gestellt. Die Einführung und Umsetzung einer neuen gymnasialen Oberstufe stellt für die Schulen eine große Herausforderung dar. Die Schüler des ersten Jahrgangs haben selbstverständlich einen Anspruch darauf, dass ihr Weg zum Abitur so gestaltet wird, dass eine Vergleichbarkeit mit dem letzten Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums, der im Jahre 2011 die Abiturprüfung ablegen wird, gegeben ist. Hier muss volle Chancengleichheit gewährleistet sein.

(Beifall bei der CSU)

Wir kehren nichts unter den Teppich. Jeder Schüler in diesem Land hat einen Anspruch darauf, an einem W- und P-Seminar teilzunehmen. Kein Schüler hat jedoch einen Anspruch auf ein bestimmtes Thema.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber das wird verlost!)

- Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Themen verlost werden. Die Schüler haben einen individuellen Anspruch auf die Teilnahme an einem W- und P-Seminar. Sie haben jedoch keinen Anspruch auf ein bestimmtes Thema. Ich nehme die Hinweise - gerade aus der Elternschaft - sehr ernst. Wir wollen und werden die neue gymnasiale Oberstufe begleiten. Sollten im laufenden Jahr Nachsteuerungen oder Umsteuerungen erforderlich werden, werden wir diese auf den Weg bringen. Die jungen Menschen, die im Rahmen des ersten Jahrgangs des achtjährigen Gymnasiums ihr Abitur ablegen, werden eine gute Startchance für eine akademische oder sonstige Laufbahn erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatsminister, Sie haben erwähnt, dass zunächst das Budget für die Oberstufe nachgebessert worden ist. Das geschah auf Anraten der Fraktionen dieses Landtags. Die Einführung der neuen Oberstufe ist somit von Beginn an als Nachbesserungsprozess zu verstehen gewesen. Das Kultusministerium hat Rechnungen von den Schulen erhalten, und daraufhin nachgebessert. Das bedeutet, dass wir uns wohl in einem ständigen Nachbesserungsprozess befinden. Alle Kolleginnen und Kollegen, die dieses Konzept von vornherein gelobt haben, sollten sehr vorsichtig sein.

Konkret: Sie haben über die Kurse und das Niveau der Pflichtfächer gesprochen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie deutlich erklärt haben, dass es nicht um das Leistungskursniveau, sondern nur um das Grundkursniveau gehen kann. Ich frage Sie, wie Sie dem Vorwurf des Niveauverlusts begegnen wollen. Wie wollen Sie den Lehrerinnen und Lehrern erklären, dass sie jetzt auf niedrigerem Niveau unterrichten müssen? Entscheidend ist die Frage: Wie stellen Sie sicher, dass diese Niveausenkung in den Abituraufgaben, die jetzt erarbeitet werden, umgesetzt wird? Die Lehrkräfte werden sich zunächst die Abituraufgaben ansehen und ihre Schülerinnen und Schüler dementsprechend vorbereiten.

Ein Problem ist die Gruppengröße. In der Kollegstufe waren die Leistungskurse wesentlich kleiner. Jetzt haben wir Gruppengrößen zwischen acht und 30 Schülerinnen und Schülern. Das bedeutet eine Verschlechterung der Lern- und Unterrichtssituation. Ich möchte wissen, wie Sie dem begegnen und ob Sie hier etwas tun.

Ich habe Zweifel, ob das System der verpflichtenden Fächer tatsächlich die Allgemeinbildung verbessert. Wir stellen fest, dass es zumindest im Fach Mathematik, wo alle auf dem gleichen Niveau in einem vierstündigen Kurs zum Abitur geführt werden sollen, große Probleme gibt. Gleichzeitig stellen wir fest, dass es eher zur Abwahl naturwissenschaftlicher Fächer kommt. Deswegen gibt es Vorschläge, hier etwas zu verändern und die Möglichkeit zu eröffnen, ein naturwissenschaftliches Fach statt der Mathematik zu wählen. Ich glaube, da gibt es Nachbesserungsbedarf. Dazu sollten Sie sich äußern.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die Zeit für die Zwischenbemerkung ist abgelaufen. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Arnold ge-

meldet. - Ich gebe es nur schon einmal bekannt. Herr Staatsminister, zuerst haben Sie das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Kollege Gehring, vor demjenigen, der im Besitz der absoluten Wahrheit ist, habe ich großen Respekt. Wenn man eine wichtige Reformmaßnahme verantwortlich umsetzt, dann gehört es zu Wahrheit und Klarheit, dass man gerade in der ersten Phase der Umsetzung eines Konzepts dazu verpflichtet ist, die Entwicklungen intensiv zu begleiten, wenn das Ganze systemisch ans Netz geht, und darauf zu reagieren, wenn Phänomene auftreten, die man im Sinne der jungen Generation, die das als erste durchlebt, korrigieren muss. Das ist doch eine klare Ansage. Ich kann Ihnen den Katalog gern zur Verfügung stellen. Wir verfügen über alle Fragen hinweg über eine angemessene Maßnahmenbegleitung, fußend auf der von uns selbst durchgeführten Erhebung an den bayerischen Gymnasien, wo die Problemfelder sind und wie wir darauf reagieren können. Wenn Sie in der Lage sind, das mit Ihren seherischen Gaben im bildungspolitischen Bereich, vor denen ich großen Respekt habe, zu bewältigen, finde ich das hervorragend. Wir gehen an die Sache nüchtern und orientiert am schulischen Alltag heran.

Die Frage der Einpendelung des Niveaus der Abiturprüfung ist - jetzt hätte ich beinahe gesagt - scheinheilig. Ich sage es lieber nicht, weil der Heiligenschein vor Weihnachten ein wichtiger Begriff ist. Wir haben die wissenschaftspropädeutischen Elemente, die in Leistungskursen insbesondere mit der erhöhten Stundenzahl verankert sind, ein Stück weit - das ist gerade die Errungenschaft der Seminare - in den Seminaren mit abgebildet. Das, was im Leistungskurs mit dem vertieften Befassen mit dem Stoff und der Einübung wissenschaftspropädeutischer Arbeitsformen möglich ist, bildet sich auch in den Seminaren ab.

Deswegen ist es logisch und nachvollziehbar, wenn die Stundenzahl des regulären Wochenunterrichts gerade in den Kernfächern abgesenkt wird. Dass man sich bei der Frage der stofflichen Verdichtung und des Anspruchsniveaus des Abiturs auf die Lösung verständigt, dass nicht mehr eine vertiefte Kurswahl stattfindet, sondern dass drei Fächer verpflichtend sind, ist verständlich.

Wir sind anders als andere Länder im südlichen Deutschland den Weg gegangen, dass wir sagen, nur drei Fächer sind verpflichtend. Zwei Fächer sind frei zu bewegen mit der Abdeckung der fachlichen Körbe. Da sind wir anders als Sachsen-Anhalt oder Baden-Württemberg unterwegs, um der individuellen Schwerpunktsetzung nach wie vor Raum zu geben. Wenn wir ein solches Bezugsniveau haben, das für alle Schüler

eines Jahrgangs in den Pflichtfächern zu bewältigen ist, dann kann nicht das Leistungskursniveau bei der stofflichen Verdichtung das Prüfungsniveau sein.

Ich halte es für das Weinen von Krokodilstränen, wenn man behauptet, ein ganzer Jahrgang würde sich aus der Allgemeinbildung zurückziehen. Ich trage dem Rechnung, indem ich dafür Sorge, dass sich die Allgemeinbildung in der Abiturprüfung abbildet und das Grundkursniveau, basierend auf den neuen Lehrplänen - insofern ist ein Vergleich 1:1 ohnehin nicht möglich -, eingehalten wird. Ich unterstreiche das auch gegenüber den Lehrkräften. Keine Maßnahme für die Oberstufe ist so intensiv mit den Lehrkräften vorbereitet worden wie die gymnasiale Oberstufe im achtjährigen Zug. Wir haben das noch einmal ganz deutlich unterstrichen, damit sich die gesamte Schulfamilie von der Bezugsgröße ausgehend in den Leistungserhebungen daran orientieren kann.

Ich hätte noch viel zu sagen, aber die Redezeit ist schon überschritten.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es folgt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Staatsminister, Stichwort: Evaluierung. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, Unterricht überhaupt anzubieten, stellen wir immer häufiger fest, dass Lehrkräfte eingestellt werden, die null Komma null pädagogische Ausbildung haben. Diese werden auch in der Vorbereitung auf das Abitur eingesetzt. Haben Sie Kenntnis davon, welche Leute da eingestellt werden und wie erreicht wird, dass diese Lehrkräfte, von denen Sie sprechen, auch wissen, was Sie, Herr Staatsminister, wollen?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Das bayerische Lehramtsstudium setzt sich aus zwei Teilen zusammen: Die erste Phase ist universitär abgestützt mit einem Praxisanteil von derzeit einem Semester. Die zweite Phase findet in der Form des Seminars statt. Einige norddeutsche Länder haben einen systemischen Vergleich der Lehrerbildung vorgenommen - die Studie ist nicht veröffentlicht, ich kann Ihnen aber das Ergebnis nennen - und haben als Referenzgröße die bayerische Form der Lehrerbildung herangezogen. Was für uns interessant ist, ist die Tatsache, dass die Form, in der in Bayern Lehrerbildung grundsätzlich organisiert ist, insbesondere in der zweiten Phase, in der Seminarstruktur mit der starken Verortung in der schulischen Praxis, als Vorbild empfunden wird. Das war Punkt eins.

Punkt zwei. Wir nehmen uns ein ganzes Jahr Zeit - das haben wir hier schon dargestellt -, um, basierend auf den Empfehlungen, die der Wissenschaftlich-Technische Beirat vor einem Jahr gegeben hat - ich durfte Anfang Dezember dort einen Zwischenbericht halten -, die offenen Fragen zu klären. Dabei geht es darum, wie wir strategische Personalentwicklung an den bayerischen Schulen betreiben. Es geht auch um die Frage der Bewerbung für das Lehramt und um die Frage, ob das Verhältnis zwischen fachwissenschaftlicher Tiefe und Fachdidaktik richtig ist und wie die Verzahnung zwischen erster und zweiter Phase verbessert werden kann. Da gibt es interessante Ansätze etwa an der Universität Eichstätt.

Wir beschäftigen uns auch damit, wie die Anbindung der Seminarrektoren, Seminarlehrer und Fachbetreuer an den wissenschaftlichen Fortschritt zu verbessern ist. Ich sage, sie ist verbesserungsbedürftig. Wir befassen uns mit der Frage, wie das zu organisieren ist.

Daneben prüfen wir, wie wir den wichtigen Bereich der Lehrerfortbildung, also die dritte Phase, unterstützen können. Gerade in der regionalen Lehrerfortbildung messe ich den Landesuniversitäten und deren Zentren für Lehrerbildung und -fortbildung eine zentrale Rolle bei. Wir bemühen uns um Klärung der Frage, wie eine stärkere Verzahnung der Lehrerfortbildung mit der wissenschaftlichen und universitären Wirklichkeit hergestellt werden kann.

Wir haben Möglichkeiten für Quereinsteiger nach dem Lehrerbildungsgesetz, die wahrgenommen werden. Dabei ist eine entsprechende pädagogische Nachbildung notwendig. Wenn sich eine vollakademische Kraft und eine Schule mit ihrem Budget für eine solche Lösung entscheiden, dann akzeptiere ich das. Wir wollen im Übrigen das Instrument, den einzelnen Schulen Mittel zur Verfügung zu stellen, um für ihr Profil passendes Personal anstellen zu können, auch in anderen Schularten ausweiten. Frau Kollegin Will hat dies bereits unter der Überschrift "eigenverantwortliche Schule" angesprochen. Da werden wir Sie überraschen - das können Sie mir glauben -, wenn wir im Februar mit unserem Entwurf kommen. Wir wollen diesen Weg weitergehen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, Ihre Redezeit - -

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Wir wollen die Dinge von der Schule ausgehend mit allem Ernst betreiben. Wir werden Ihnen die Fortschreibung der Lehrerbedarfsprognose vorlegen. Wir müssen uns auch überlegen, wie wir den Lehrerbedarf mit den Möglichkeiten der jungen Menschen, die im Studium sind, stärker in Einklang bringen. Auch dazu

werden wir etwas auf den Tisch legen. Hierfür wollen wir uns dieses eine Jahr Zeit nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, wobei über die ersten beiden Dringlichkeitsanträge der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD in einfacher Form abgestimmt wird. Über den dritten Dringlichkeitsantrag wird wie angekündigt namentlich abgestimmt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2961 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Dafür waren die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN sowie Frau Pauli.

(Zurufe von den Freien Wählern: Wir auch!)

- Und die Freien Wähler selbstverständlich. Entschuldigung. Ich frage nach Stimmenthaltungen. - Die gibt es nicht. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2976 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und der GRÜNEN sowie Frau Pauli. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2978. Das ist der interfraktionelle Antrag von CSU und FDP. Hier erfolgt namentliche Abstimmung. Dafür haben Sie die Namenskarten. Die Wahlurnen sind wie immer aufgestellt. Die Abstimmung kann erfolgen. Wir haben dafür fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 13.30 bis 13.35 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe den Wahlgang und bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Nach den Schlussworten werde ich das Ergebnis bekannt geben.

Die restlichen Dringlichkeitsanträge 16/2962 mit 16/2967 werden in die dafür zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Atmen Sie durch, Sie haben es geschafft, wir haben es geschafft. Ich

bedanke mich; es war doch eine sehr arbeitsreiche Woche.

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Sie werden mir gestatten, dass ich - der Tradition entsprechend - einige persönliche Bemerkungen mache und diesen hinzufügen darf, was das Haus in diesem Jahr geleistet hat.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das erste Jahr der 16. Wahlperiode war reich an Themen und Veranstaltungen; das wissen Sie genauso gut wie ich. Von meiner Seite nur einige Stichworte: Doppelhaushalt 2009/2010, die Landesbank, der Nichtraucherschutz, das Abgeordnetengesetz, die Wirtschaftslage, Bildung, Ganztagsbetreuung, die Lage der Milchbauern. Diese Liste ließe sich noch erheblich verlängern.

Im Übrigen: Die Statistik weist außerdem bereits 12 Regierungserklärungen aus. In zwei Feierstunden gedachten wir des 60. Jahrestages des Grundgesetzes und 20 Jahren Mauerfall. Hinzu kam die Teilnahme an der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten im vergangenen Mai. Nicht zu vergessen sind schließlich als landtagsinterne Ereignisse die Einrichtung der Kinderkommission, der Bau und die Eröffnung unserer hauseigenen Kinderkrippe sowie der neuen Gaststättenräume, die das ganze Jahr über vor allem von vielen Besucherinnen und Besuchern genutzt werden.

Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für ihr großes Engagement bei der Bewältigung der genannten und zahlreicher anderer Aufgaben - nicht nur hier im Haus und in den Gremien, sondern ich möchte hier ganz besonders auch danken für Ihre Arbeit in Ihren Stimmkreisen, in Ihren Wahlkreisen.

Darin schließe ich selbstverständlich diejenigen Kolleginnen und Kollegen ein, die heute wegen Krankheit nicht hier sein können. Wir wünschen ihnen baldige Genesung.

Mein Dank gilt auch der Alterspräsidentin, Frau Kollegin Barbara Rütting, die im April dieses Jahres ihr Mandat niedergelegt hat.

Zu danken habe ich auch dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett für die gute Zusammenarbeit mit dem Parlament.

Ich danke der Frau Vizepräsidentin und den Herren Vizepräsidenten des Landtags, besonders auch Herrn Kollegen Prof. Dr. Gantzer, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates.

Ich danke den Fraktionsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Ausschüsse und Kommissionen sowie ihren Stellvertretern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Sowohl in den Gremien als auch im parlamentarischen Alltag war zu spüren, dass alle fünf Fraktionen des Hauses über die parteipolitischen Unterschiede hinweg zu einem menschlich fairen Umgang miteinander bereit sind, und dafür danke ich auch.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlich zu danken habe ich auch den Damen und Herren der Landtagsverwaltung - das tue ich in diesem Jahr ganz besonders gern -, an der Spitze dem Amtschef, Ihnen, Herr Worm. Sie haben im April Ihre neue Aufgabe übernommen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zwei Punkte besonders hervorheben. Da sind zum einen die Bauangelegenheiten, die auch in diesem Jahr wieder eine erhebliche Mehrbelastung mit sich gebracht haben. Die Planung und Durchführung des Erweiterungsbaus Nord in den kommenden beiden Jahren werden in dieser Hinsicht sogar noch ein Stück mehr an Einsatz, Flexibilität und nicht zuletzt an guten Nerven verlangen, und zwar nicht nur von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern auch von Ihnen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Es wird mit Sicherheit nicht ohne Belastung gehen. Es wird auch nicht ohne Lärm gehen. Aber wenn wir uns gemeinsam zusätzliche Räume schaffen wollen, um bessere Arbeitsbedingungen sowohl für die Kolleginnen und Kollegen des Parlaments als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu haben, haben wir einiges auf uns zu nehmen und, soweit es möglich ist, dabei die Nerven zu bewahren, vor allem wenn es einmal eng wird.

Das Zweite, was ich erwähnen möchte, ist die hohe Zahl der Veranstaltungen hier im Haus. Ich fasse es in Zahlen: Im Jahr 2009 fanden im Maximilianeum rund hundert größere und kleinere Veranstaltungen statt, an denen der Landtag als Veranstalter oder Mitveranstalter beteiligt war. Hinzu kamen rund fünfzig eigene Veranstaltungen der Fraktionen, Empfänge, Fachkonferenzen, Abendveranstaltungen und Sonstiges.

Wir sind damit rein zahlenmäßig und räumlich an eine Grenze gestoßen. Jede dieser Veranstaltungen betrifft außerdem ganz oder teilweise verschiedene Stellen in der Landtagsverwaltung, vor allem die Hausverwaltung und den technischen Dienst, die oft auch in den späten Abendstunden präsent sein müssen.

Für diesen enormen Einsatz, den viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Hause erbracht haben, darf ich mit ausdrücklich sehr, sehr herzlich bedanken und auch

im Namen von uns allen meine Anerkennung aussprechen.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieses Jahres danke ich auch den Beamten der Polizei für die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten, damit die Sicherheit im Haus gewährleistet ist. Ich danke auch den Sanitätern, die während der Plenarsitzungen stets präsent sind.

Ebenso spreche ich den Dank den Damen und Herren von Presse, Funk und Fernsehen aus. Sie berichten immer sehr ausführlich über das, was hier im Landtag politisch gearbeitet wird, was sich hier tut. Begleiten Sie uns auch weiterhin positiv. "Positiv" bedeutet natürlich auch eine kritische Begleitung. Wichtig ist, dass die Menschen im Lande wissen, was wir hier tun, wie wir uns mit den einzelnen Themen beschäftigen und darum ringen, nach besten Lösungen und Möglichkeiten zu suchen, was die Menschen in unserem Land auch zu Recht erwarten.

Wie immer - auch das ist eine gute Tradition - darf ich jetzt für die Opposition Frau Kollegin Werner-Muggendorfer das Wort erteilen.

(Allgemeiner Beifall)

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Als weihnachtspolitische Sprecherin - die bin ich mittlerweile - mache ich mir natürlich Gedanken, was in einer solchen Rede in diesem Jahr im Vordergrund stehen könnte. Man liest dann nach, was im abgelaufenen Jahr alles gesagt wurde.

Das vorige Jahr war wohl das denkwürdigste. Da habe ich über das Ankommen gesprochen, weil in diesem Haus sehr viele neu angekommen sind. Neu war die Zahl von fünf Fraktionen. Neu war die Regierungskoalition. So etwas hatten wir in den letzten 50 Jahren noch nicht gehabt. Daher war das vorige Jahr sehr denkwürdig.

Während im vorigen Jahr das Ankommen im Mittelpunkt stand, geht es jetzt um das Auskommen, darum, wie wir miteinander auskommen. Das soll in diesem Jahr mein Schwerpunkt sein.

Auf Bayerisch gesagt: Es geht ois sein' Gang! Aber es geht auch nicht von selbst. Daher sehe auch ich die Notwendigkeit, am Anfang all denen Danke zu sagen, die dafür sorgen, dass in diesem Haus "ois sein' Gang" geht. Natürlich kann man nicht alle erwähnen. Die Frau Präsidentin hat sich schon bei allen bedankt. Aber viel-

leicht darf ich auf ein paar Bereiche besonders zu sprechen kommen.

Ganz besonders herausstellen möchte ich das Landtagsamt, von der Pforte bis zum Plenardienst.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist ein hilfreiches Team, eine hilfreiche Truppe. Deshalb vielen herzlichen Dank!

Aber es gibt in unserem Haus auch viele Unsichtbare. Wir sehen sie nicht. Sie tun ihren Dienst, und es würde ganz schön einschlagen, wenn sie nicht arbeiteten. Das sind zum Beispiel die Putzfrauen, es ist der Telefondienst. Und ganz besonders sind es die Techniker; wenn wir die nicht hätten, würden wir vor stummen Lautsprechern sitzen. Also auch denen, die unsichtbar sind und ihre Arbeit machen, einen ganz herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionsgeschäftsstellen, die uns oft den Rücken freihalten - da spreche ich sicher auch im Namen aller Fraktionen, auch der Regierungsfaktionen -, spreche ich vielen Dank für Ihre Zu- und Mitarbeit aus.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will noch etwas zu den Sichtbaren sagen. Die für uns am sichtbarsten sind die Offizianten und - die gibt es mittlerweile Gott sei Dank auch - Offiziantinnen. Sie stehen uns gut zur Seite. Ich freue mich schon auf das nächste Jahr, weil dann die roten Jacken kommen; dann goit's ma no vui besser. Auch denen vielen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Dank sage ich auch den anderen Uniformträgern im Hause: den Polizisten und Polizistinnen, die uns immer begleiten und darauf achten, dass uns nichts passiert.

(Allgemeiner Beifall)

Sichtbar - manchmal erfreulich, manchmal nicht erfreulich - ist auch die Arbeit der Medien. Ich schaue jetzt ganz explizit hinauf. Ich meine aber die anderen Medien genauso. Auch für die Arbeit der Medien herzlichen Dank. Wenn sie nicht berichten, dann - so sage ich es zu meiner Zeitung - moana de Leit, i dua nix.

Also berichten Sie darüber, dass wir etwas tun. Begleiten Sie uns kritisch. Aber berichten Sie. Vielen Dank für Ihre Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Weil bald Weihnachten ist - ganz ist es noch nicht so weit -, darf man sich etwas wünschen. Ich wünsche mir, dass nicht immer nur die schlechten Nachrichten gute Nachrichten sind, dass nicht immer die schlechten Nachrichten auf der ersten Seite stehen, sondern die guten Nachrichten in den Mittelpunkt gestellt werden. Ab und zu liefert dieses Haus auch die Gelegenheit, gute Nachrichten zu bringen. Für das, was dies sein könnte, kann ich nachher vielleicht noch einen Tipp geben.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wie gesagt, ging es mir im vorigen Jahr um das Ankommen, und jetzt geht es mir um das Miteinander-Auskommen. Die Abläufe, die Diskussionen, die schwierigen, hitzigen Debatten sind für viele sicherlich neu, für viele aber auch etwas Gewohntes.

Ich will mich heute ganz besonders mit dem Gang in unserem Haus beschäftigen, mit dem Gang, der unser Plenum trennt in "ennt und drennt". Das ist die altbayrische Version. Die Franken haben dafür nichts Geseitees. Die sagen "hüm und drüm"; etwas Besseres habe ich nicht gefunden. Und die Schwaben und Allgäuer sagen "hiined und dinad". Ich will allen Dialekten gerecht werden und meine Gedanken in der entsprechenden Form ausdrücken. Auf Hochdeutsch heißt das natürlich "hüben und drüben" oder "diesseits und jenseits".

Der Gang trennt uns bis auf einen Ausreißer in Oppositions- und Regierungsfaktionen. Das ist in diesem Haus gewissermaßen die Grenze. Was mich, die ich schon länger da bin, sehr freut, ist, dass die Grenze immer weiter da hinüberryückt. Das ist etwas Positives der letzten Zeit.

Ganz entscheidend ist der Gang für die Frage, wer wo sitzt, auf welcher Seite der Einzelne sitzt, wer etwas zu sagen hat, wer was wird oder auch schon etwas war; - es werden ja immer mehr.

Dann geht es noch um "vorn und hint" oder "ob'n und unt". Aber das klären die Fraktionen.

Dieser Gang ist in diesem Haus ganz entscheidend; entscheidend dafür, ob Anträge angenommen oder abgelehnt werden. Dieser Gang trennt Vorschläge von ihrer Umsetzung. Dieser Gang wird manchmal unüberwindbar. Ab und zu, wenn auch selten, werden über diesen Gang Brücken gebaut. Ich will nicht falsch verstanden werden. Wir müssen in diesem Haus nicht alle einer Meinung sein; dies wäre furchtbar langweilig. Wir treten auch an, unterschiedliche Meinungen zu haben. Unterschiedliche Parteien vertreten auch unterschiedliche Wählergruppen, Wählerinnen und Wähler.

Ich äußere jetzt noch einen Weihnachtswunsch. Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, dann möchte ich gerne, dass die Ideen der Oppositionsfractionen öfter gleich angenommen werden und dass den Vorschlägen der Oppositionsfractionen von den Regierungsfractionen öfter zugestimmt wird. Das wäre ein Weihnachtswunsch;

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

denn umgekehrt findet dies ja statt. Wenn die Regierungsfractionen gute Ideen haben, werden sie immer unterstützt. Es ist kein Weihnachtsmärchen, sondern vom Landtagsamt erarbeitet worden, dass fast 70 % unserer Anträge, Gesetze und Entscheidungen in diesem Haus einstimmig gefasst werden. Das ist eine gute Nachricht, die man ab und zu vielleicht auch als Beispiel dafür anführen könnte, dass wir uns auch über vieles Trennende hinweg einig sein können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Weihnachtsrede ist nicht dazu gedacht, die politische Auseinandersetzung fortzusetzen, sondern dazu, um auf ein paar Dinge hinzuweisen. Dieses Jahr 2009 war auch ein Gedenkjahr. Wir haben in diesem Jahr 20 Jahre Mauerfall gefeiert; da gab es auch ein "ennt" und "drennt". Dieses Zusammenkommen haben wir in diesem Jahr gefeiert. Ich möchte an dieser Stelle einen Gedanken vertiefen - die Wertschätzung der Demokratie. Uns muss wirklich klar werden, wie wichtig die Demokratie für uns ist; wir müssen verdeutlichen, dass wir sie wertschätzen.

Das Jahr 2009 hat uns auch an 60 Jahre geglückte Demokratie, 60 Jahre Grundgesetz erinnert. Darauf können wir alle sehr stolz sein. Wir müssen aber erkennen und deutlich machen, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Das bekommen wir nicht geschenkt. Für diese Demokratie müssen wir alle arbeiten. Dass wir Parlamente, Wahlen und Möglichkeiten haben, unsere Gesellschaft zu gestalten, ist ein hohes Gut. Deshalb müssen wir, gerade wir, die wir in diesem Parlament sitzen, alle dafür sorgen, dass wir nicht zur Passantendemokratie verkommen, sondern dass die Menschen sehen, dass es sich lohnt, sich für andere einzusetzen, dass es sich lohnt, wählen zu gehen, weil diejenigen, die man wählt, es schon richtig machen. Ich hätte auch den Wunsch, dass dies deutlich wird.

Wir haben uns in den vergangenen Tagen das eine oder andere Mal an verschiedener Stelle darüber unterhalten: Das Verhalten in diesem Raum ist auch für das Miteinanderauskommen ausschlaggebend, von dem ich geredet habe; das "ennt" und "drennt" spielt natürlich auch hier eine große Rolle.

Das Jahr 2009 - Frau Präsidentin hat es angesprochen - hat uns vor viele große Herausforderungen gestellt, und ich fürchte, das Jahr 2010 wird nicht besser. Am

Ende des Jahres 2009 möchte ich gerade kurz vor Weihnachten eher das Verbindende statt das Trennende betonen, unsere Arbeit für die Demokratie, für die Menschen herausstellen. Das verbindet uns alle, jeden und jede an seinem, an ihrem Platz. Weihnachten ist immer etwas Nachdenkliches, aber auch etwas Fröhliches. Deshalb wünsche ich allen "a guade Zeit mit de eigenen Leit" und für 2010: "Wenns oide Jahr erfolgreich war, dann frei di aufs Neie, und wars es ned, dann erst recht".

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin, für das, was Sie uns an Wünschen mit auf den Weg gegeben haben. Jetzt darf ich Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort erteilen, der uns in Vertretung des Ministerpräsidenten Horst Seehofer seine Worte mit auf den Weg gibt. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kollegin Werner-Muggendorfer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder stehen wir am Ende eines abwechslungsreichen parlamentarischen Jahres. Ich überbringe Ihnen zum Start in die Weihnachtspause herzliche Grüße von Ministerpräsident Horst Seehofer und auch von Kollegen Martin Zeil, die heute zu wichtigen Terminen in Berlin sind.

Hinter uns liegen zwölf Monate engagierter, politischer Arbeit. Die Zusammenarbeit mit fünf Fraktionen in diesem Hohen Haus war auch für die Staatsregierung ebenso spannend wie konstruktiv. Mitarbeiter in den Ministerien waren nach Kräften bemüht, auch der Vielzahl der Anträge und Anfragen von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerecht zu werden. Ich möchte mich ausdrücklich namens der gesamten Staatsregierung für die kollegiale Zusammenarbeit bei Ihnen allen sehr herzlich bedanken. Dieser Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen der Landtagspresse.

Meine Damen und Herren, gemeinsam haben wir Bayern vorangebracht. Dass in diesem Haus die politische Beurteilung einzelner Schritte kontrovers ausfällt, gehört zum demokratischen Wettbewerb. In diesem Wettbewerb sollten wir uns freilich den guten Willen und das ehrliche Bemühen nicht gegenseitig absprechen. Im Übrigen lehrt die Erfahrung, dass sich geniale Schachzüge und katastrophale Fehler manchmal erst nach Jahren endgültig beurteilen lassen.

(Zuruf von GRÜNEN: Das stimmt!)

Nur wenn wir Fehler offen ansprechen und Missstände aktiv bekämpfen, können wir andererseits auch glaubwürdig über Erfolge sprechen. Bayern hat übrigens

auch am Ende dieses Jahres trotz der Landesbankverluste die mit Abstand solideste Haushalts- und Finanzlage aller Länder. Ich meine, es ist legitim, das eine so offen und ehrlich anzusprechen wie das andere.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in einer Woche Heiligabend feiern, dann wird die weihnachtliche Freude bei vielen Tausenden von Arbeitnehmern getrübt sein, die in diesem Jahr ihren Arbeitsplatz verloren haben - bei großen Unternehmen wie Quelle oder bei kleinen insolventen Handwerksbetrieben. Wir haben gemeinsam zu helfen versucht. Bei vielen Unternehmen waren wir erfolgreich, bei manchen war unser Bemühen leider erfolglos. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir alle zusammen den richtigen Kurs in Deutschland gesteuert haben, um die Folgen der globalen Krise zumindest zu dämpfen und abzufedern. Wenn wir vor einem Jahr, übrigens auch an dieser Stelle, die größte Weltwirtschaftskrise seit den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts befürchteten, so können Kommunen und Länder, so können Deutschland und Europa heute feststellen, dass es richtig war, aktiv dazugreifen, die Finanzmärkte zu stabilisieren und mit gezielten Programmen die Konjunktur nicht abstürzen zu lassen. Wir sind zweifellos noch nicht über dem Berg, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wir können am Ende dieses Jahres jedenfalls feststellen, dass wir gemeinsam eine katastrophale Massenarbeitslosigkeit in unserem Land verhindern konnten. Das ist auch - ich greife das auf, was Kollegin Werner-Muggendorfer gerade gesagt hat - in der Tat wichtig für die Stabilität der Demokratie in unserem Land; denn anders als vor 80 Jahren gibt diese Krise jetzt nicht den extremistischen Rattenfängern von rechts und links Auftrieb. Die Demokratien Europas handeln engagiert und konsequent. Ich glaube, darauf dürfen wir alle am Ende dieses Jahres gemeinsam ein Stück weit stolz sein.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in einer Woche Heiligabend feiern, dann werden die Eltern von Dominik Brunner ihren Sohn ganz besonders vermissen. Unsere Gedanken sind bei ihnen. Sein Tod mahnt uns in besonderer Weise zur Zivilcourage. Dazu treffen sich noch am kommenden Sonntag hier in München viele Münchner Bürger gemeinsam mit Ministerpräsident Seehofer und Oberbürgermeister Ude. Ich freue mich über die Initiativen wie "Münchner Courage" und "Nimm dein Herz in die Hand"; denn wir müssen uns auch am Ende dieses Jahres gemeinsam bewusst sein: Wie sicher wir alle in diesem Land leben können, hängt eben nicht nur von der Stärke und dem Engagement unserer Polizei und der Justiz ab, sondern ganz wesentlich auch davon, was es in einer Gesellschaft an Rücksichtnahme und an Hilfsbereitschaft gibt, und wie viel Zivilcourage wir tatsächlich leben. Trotzdem will ich

an dieser Stelle natürlich auch sagen: Ich bin für das Engagement dankbar, das unsere Polizei, unsere Feuerwehr und unsere Rettungsdienste auch in diesem Jahr Tag für Tag, Nacht für Nacht und übrigens auch am Heiligen Abend wieder für uns alle ehrenamtlich, ganz professionell und selbstverständlich erbringen. Wir können uns darauf verlassen. Ein herzliches Dankeschön all den Mitbürgern, die dieses Engagement erbringen.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn wir in einer Woche Heiligabend feiern, dann werde ich mich ganz persönlich an meinen Besuch im Frühjahr dieses Jahres in Israel und Palästina, in Jerusalem und Bethlehem erinnern. Es waren bewegende Erlebnisse an diesen biblischen Stätten. Aber es gab auch die zwiespältigen Eindrücke einer riesigen Mauer zwischen Jerusalem und Bethlehem.

Wir haben uns in diesem Jahr an den Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren erinnert - Sie haben es angesprochen -, und seitdem gibt es für alle Menschen in Deutschland Frieden und Freiheit. Die Mauer am Stadtrand von Bethlehem ist - jedenfalls technisch gesehen - höher und wuchtiger, als die Berliner Mauer je war. Wir hoffen, dass eines Tages auch diese Mauer wieder fällt und Frieden für die Menschen in Bethlehem heute auch konkret erfahrbar wird.

"Friede den Menschen", diesen Frieden wünsche ich uns allen. Ich wünsche ihn unseren Fraktionen, zwischen unseren Fraktionen, über diesen Gang hinweg, auch über diesen Gang hier vorne hinweg, liebe Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Ich wünsche Ihnen allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in Ihren Familien und mit Ihren Freunden ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest. Ich wünsche Ihnen einige ruhige Tage. Kommen Sie gut in das neue Jahr. Ich wünsche Ihnen für 2010 viel Glück, stabile Gesundheit und Gottes Segen. Ich freue mich darauf, wenn wir uns hoffentlich im Januar alle gesund und munter wieder sehen. Zunächst aber: Frohe Weihnachten!

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, herzlichen Dank für Ihre guten Wünsche und auch für das, was Sie uns genauso wie Kollegin Werner-Muggendorfer an Nachdenklichem mit auf den Weg gegeben haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bleibt mir noch, Ihnen allen mit Ihren Familien und all denen, die Ihnen nahe stehen, ein friedvolles Weihnachtsfest zu wünschen. Schenken Sie sich Zeit. Ich habe das schon in

meiner Rede in der vorweihnachtlichen Feier zum Ausdruck gebracht. Zeit ist ein kostbares Geschenk, das wir für sehr wichtig halten sollten. Denken Sie auch ein Stück an sich und an Erholungsphasen. Kommen Sie gut ins neue Jahr. Ich freue mich, wenn wir uns dann alle gesund wiedersehen und dann wieder gemeinsam in unserer Verantwortung an die Arbeit machen können. Herzlichen Dank.

Bevor ich die Sitzung jetzt schließe, darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Frelle, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU) und der Abgeordneten Thomas Hacker, Renate Will, Julika

Sandt u. a. und Fraktion (FDP), betreffend "Neue Oberstufe am Gymnasium begleiten", Drucksache 16/2978, bekannt geben: Mit Ja haben 81, mit Nein haben 60 Kolleginnen und Kollegen gestimmt; Stimmenthaltungen: fünf. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die Sitzung ist geschlossen. Alles Gute für Sie. Ein schönes Weihnachtsfest!

(Allgemeiner Beifall - Schluss: 14.05 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.12.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Markus Reichhart und Fraktion FW; Besetzung des Verwaltungsrats bei der Bayerischen Landesbank (Drucksache 16/2960)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander			
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	73	95	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.12.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt u. a. und Fraktion FDP; Neue Oberstufe am Gymnasium begleiten (Drucksache 16/2978)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas		X	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp		X	
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia		X	
Kamm Christine			X
Karl Annette		X	
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver			
Klein Karsten			
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef			
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander			
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia			X
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg			
Winter Peter			
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	81	60	5